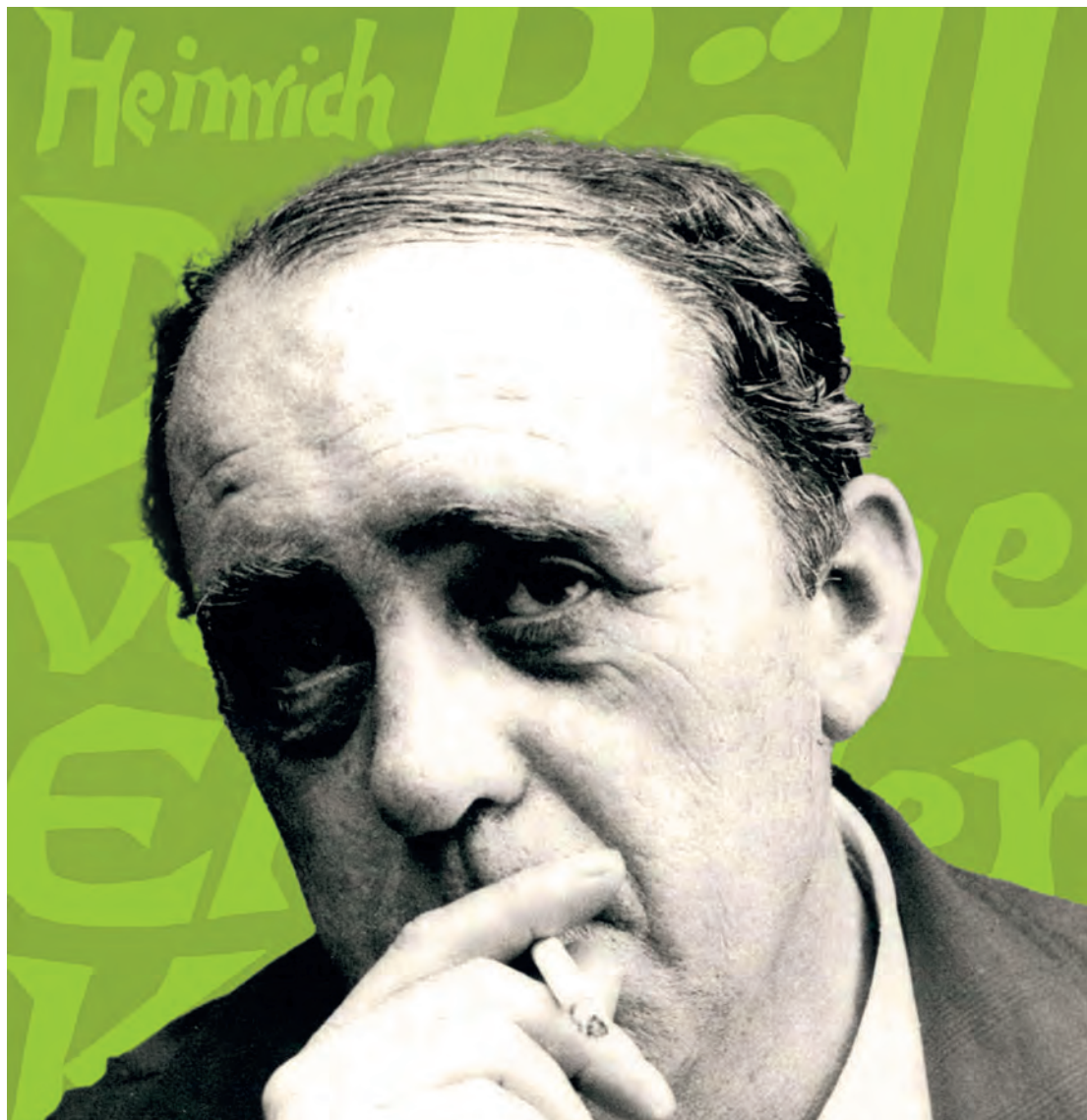




BAND 20

**«Wie Gewalt entstehen und wohin
sie führen kann»**

Über 50 Jahre Katharina Blum

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung
In Zusammenarbeit mit dem Heinrich-Böll-Archiv der Stadt Köln

«WIE GEWALT ENTSTEHEN UND WOHN SIE FÜHREN KANN»

**HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTEN ZU BILDUNG UND KULTUR
BAND 20**

«Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann»

Über 50 Jahre Katharina Blum

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

In Zusammenarbeit mit dem Heinrich-Böll-Archiv der Stadt Köln



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>. Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

«Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann» – Über 50 Jahre Katharina Blum

Band 20 der Schriftenreihe Bildung und Kultur

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

In Zusammenarbeit mit dem Heinrich-Böll-Archiv der Stadt Köln

Texte: Markus Schäfer, Maria Birger (Heinrich-Böll-Stiftung); Gabriele Ewenz (Heinrich-Böll-Archiv, Köln)

Gestaltung: feinkost Designnetzwerk, C. Mawrodiew (basierend auf Entwürfen von State Design)

Druck: ARNOLD group, Großbeeren

Titelphoto: Bildmontage – C. Mawrodiew (basierend auf einem Foto © Imago/Zuma/Keystone und einem Buchcover von 1974, gemeinfrei – wikimedia)

ISBN 978-86928-272-5

Die Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung dürfen nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** buchversand@boell.de **W** www.boell.de

INHALT

Vorwort	7
Markus Schäfer «Was ist Gewalt? Alles ist Gewalt!»	9
Gabriele Ewenz «Sie ist eine Frau, der Unrecht geschieht» – Die verlorene Ehre der Katharina Blum im Film und auf der Bühne	55
Maria Birger Der Fortschreiber – Heinrich Böll als Autor und Citoyen	73
Literatur	85
Bildnachweise	87

VORWORT

Keine Erzählung des Literaturnobelpreisträgers Heinrich Böll hat mehr Popularität erlangt als *Die verlorene Ehre der Katharina Blum*. Millionenfach verkauft, hallt die Geschichte der jungen Haushälterin nach, die durch eine Liebesaffäre in die Mühlen der Ermittlungsbehörden und der öffentlichen Meinung gerät. Vieles wurde über das Buch gesagt – es sei ein Terroristen-Roman, eine Abrechnung mit der Boulevard-Presse, es würde Gewalt rechtfertigen; Vorwürfe kamen von rechts wie links. Böll äußerte sich Jahre später dazu und ließ keinen Zweifel daran, dass es sich tatsächlich um eine Abrechnung mit der BILD-Zeitung handelte. Wichtig war es ihm hinzuzufügen, dass die Erzählung noch einen Untertitel hat: *Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann*. Denn es ist diese Frage nach den Ursprüngen von Gewalt, die Böll zeit seines Lebens beschäftigte. Hass, Diffamierung und Hetze gehören zu diesen Ursprüngen und sind selber schon Gewalt. Immer ist es eine Gewalt durch Worte, die eine Gesellschaft, ihr ziviles Zusammenleben erschweren, wenn nicht gar zerstören kann.

In der Erzählung über Katharina Blum wird für Böll das persönlich Erfahrene zur Fiktion und die Fiktion zur Aufklärung über gesellschaftliche Zustände. Bölls stets wache Zeitgenossenschaft macht sein Werk zeitlos. Der in sozialen Medien ausgelebte Hass, vor allem gegen Frauen, ist heute noch präsenter als vor 50 Jahren, als dieses Buch erschien – aber er war damals schon prägend. Die Lektüre macht immer wieder deutlich, dass Gewalt durch Worte verletzt, verstümmelt und tötet. Heinrich Bölls *Ehre der Katharina Blum* trifft weiterhin mitten ins Herz unserer Kultur.

Aber auch die Vor- und Nachgeschichte der Erzählung ist es wert, erhellt zu werden. Dieser Sammelband, mit dem wir unsere Reihe über Leben und Werk Heinrich Bölls mit drei Beiträgen aus dem Heinrich-Böll-Archiv fortsetzen, führt uns in eine Zeit, in der die Bindungen der Gesellschaft schon einmal bis zum Zerreißen gespannt waren. Böll selbst und seine Familie mussten erleben, wie mediale Macht und Meinungsfreiheit für Verleumdungen missbraucht werden können. Das liest sich spannend und ist doch zugleich beängstigend. Vor allem ist es eine Mahnung – die uns alle angeht.

Berlin, im Februar 2025

Jan Philipp Albrecht
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

«Was ist Gewalt? Alles ist Gewalt!»

«**Konkret:** Es gibt Pläne zu Gesetzesvorlagen, die jede Propagierung von Gewalt in Literatur und Zeitungen unterbinden sollen.

Heinrich Böll: *Wenn man das anfängt, muss man natürlich erst Gewalt definieren. Was ist Gewalt? Alles ist Gewalt! Eine Schlagzeile ist Gewalt, und den Kommentar von Herrn Walden habe ich als Gewalt empfunden. Wenn man nicht vorher Gewalt definiert, geht ein solches Gesetz in eine tendenziöse Richtung. Gewalt ist das Landserheft, Gewalt ist das Alte Testament, das Nibelungenlied besteht fast nur aus Gewalt, Sophokles ist voller Gewalt – da muss man wissen, wo man aufhört, oder man muss die gesamte abendländische Literatur und Kultur in Frage stellen. Gewalt ist auch die Herstatt-Pleite. Da wird Menschen, die ein Leben lang gespart haben, mit Gewalt Geld weggenommen. Was ist denn keine Gewalt?»*

«Alles ist Gewalt» in: *Konkret*, 30. April 1975

Einleitung

Als Heinrich Bölls Erzählung *Die verlorene Ehre der Katharina Blum oder: Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann* im Jahre 1974 mit einer Startauflage von 100.000 Exemplaren erschien, sorgte sie für ein fulminantes Aufsehen. Der *Spiegel* brachte erstmals einen Vorabdruck einer Erzählung, die *Welt am Sonntag* veröffentlichte keine Bestsellerlisten mehr, als der Text von Heinrich Böll in den Listen vertreten war, und der damalige CDU-Vorsitzende Karl Carstens forderte, «sich von der Terrorsitätigkeit zu distanzieren, insbesondere auch vom Dichter Heinrich Böll, der noch vor wenigen Monaten unter dem Pseudonym Katharina Blüm ein Buch geschrieben hat, das eine Rechtfertigung von Gewalt darstellt». Die Erzählung sorgte für einen Skandal: Einerseits wurde Böll für seinen offensichtlichen Angriff auf die Springer-Presse gefeiert, andererseits wurde er vor allem von der konservativen Seite als Terroristensympathisant beschimpft. Ein Kommentator des Sender-Freies-Berlin, Matthias Walden, behauptete im November 1974 in der Spätausgabe der Tagesschau, Heinrich Böll habe mit seinen Publikationen den «Boden der Gewalt durch den Ungeist der Sympathie mit den Gewalttätern gedüngt».

Dass Böll mit seiner Erzählung insbesondere auf die Springer-Presse abzielte, markierte bereits der Vorspruch:

«Personen und Handlung dieser Erzählung sind frei erfunden. Sollten sich bei der Schilderung gewisser journalistischer Praktiken Ähnlichkeiten mit der ›Bild‹-Zeitung ergeben haben, so sind diese Ähnlichkeiten weder beabsichtigt noch zufällig, sondern unvermeidlich.»

Die Erzählung ist einerseits ein zeitgeschichtliches Stück der Auseinandersetzung mit dem Missbrauch einer bestimmten journalistischen Praxis und andererseits eine deutliche Kritik am einflussreichsten Massenblatt der Bundesrepublik und seinem Verleger Axel Springer. Böll setzte sich in der Erzählung mit dem zeitlosen Thema «Gewalt» auseinander, die für ihn nicht nur physische Gewalt war, sondern mehr, denn es gebe «hunderte Sorten von Gewalt, die man noch definieren muss, die wieder Gewalt hervorrufen» (KA 24, S. 348). Bölls Gewaltverständnis reduzierte sich also nicht darauf, illegitime Gewalt auf physische Akte zu reduzieren, sondern bezog soziale Ungleichheit und ungleiche Machtverhältnisse mit ein.

Der norwegische Soziologe Johan Galtung prägte Anfang der 1970er-Jahre den Begriff «strukturelle Gewalt» und ermöglichte so, diesen «hundert Sorten von Gewalt» einen Namen zu geben. Galtung definierte strukturelle Gewalt als systematische Ungerechtigkeit und Ungleichheit, die durch gesellschaftliche Strukturen und Institutionen aufrechterhalten werden. Heinrich Böll nutzte den Begriff nicht, doch seine Kritik an der sozialen Ungleichheit und den ungleichen Machtverhältnissen waren bereits unmittelbar nach dem Krieg Thema, angefangen von der Entnazifizierung und der schnellen Demokratisierung ehemaliger Nazis, der Währungsreform und schließlich der Wiederbewaffnung. Bei einer Podiumsdiskussion im Jahre 1978 mit dem Titel «Bundesrepublik Deutschland: Ideale Demokratie oder Polizeistaat» (WA 10, S. 722–724) widersprach er den Redebeiträgen, in denen lediglich über die Anfänge der Gewalttaten gesprochen wurde. Böll verwies auf den Unterschied zwischen den Anfängen, also dem Zeitpunkt der ersten Gewalttaten, und den eigentlichen Ursachen, die zu Gewalttaten geführt haben könnten. Er ging in seiner Betrachtung sogar zurück zur unmittelbaren Nachkriegszeit und verwies auf die politischen Motive der Adenauer-Regierung und erwähnte dabei explizit den Antikommunismus und die Remilitarisierung der Bundesrepublik und ihre Bedeutung für die 1960er und 1970er Jahre:

«Alles das müssen Sie auch mit einbedenken, was da frustriert worden ist an wirklich demokratischem, politischem Engagement, das keinen Terror rechtfertigt, aber möglicherweise eine der Ursachen ist».

(WA 10, S. 722–724)

Böll konnte dabei auf die eigene Lebenserfahrung zurückblicken. Er gehörte jener jungen Generation an, die sich nach dem Krieg eine neue politische Ordnung

wünschte und dem Dritten Reich und ihren heimlichen und weniger heimlichen Gesinnungsgenossen diametral entgegenstand. Doch wurden diese Wünsche nach der Gründung der Bundesrepublik und mit Ausbruch des Kalten Krieges nicht nur nicht erfüllt, sie wurden geradezu desillusioniert.

«Die Signale stehen immer auf Grün für die Starken»

Böll war 28 Jahre alt, als er nach dem Krieg aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen wurde. Das Leben in der Trümmerlandschaft und auf dem Schwarzmarkt bestimmten die ersten Nachkriegsjahre in Deutschland, und rückblickend meinte Böll:

«Deutschland hatte die einmalige Chance, den verlorenen Krieg, die durch Bomben, allgemeine Verarmung, eine fast schon demokratische Gleichheit der Chancen und Existenz entstandenen Situation als ›geschenkte Revolution‹ wahrzunehmen».

(KA 16, S. 76)

Doch statt über Voraussetzungen eines Neuanfangs nachzudenken, wurden die alten Besitzverhältnisse zügig wiederhergestellt. Am 20. Juni 1948 beendete die Währungsreform zwar die härteste Not der meisten Menschen, doch die Umstellung bedeutete auch die Abwertung privater Sparguthaben, während Aktien und Immobilien des Großbürgertums und der Industriellen ihren Wert behielten. Böll bezeichnete den Tag der Währungsreform als ein entscheidendes Datum in der deutschen Nachkriegszeit. Obwohl die Soziale Marktwirtschaft dem Staat die Aufgabe zuweist, auf sozialen Ausgleich hinzuwirken, glaubte Böll nicht an diese Form sozialer Gerechtigkeit. Er ging vielmehr davon aus, dass man sich fortan den Regeln und Prinzipien einer Konsum- und Profitgesellschaft anpassen und entsprechende Eigenschaften wie Erfolgsstreben und Leistungsbereitschaft entwickeln musste. «Seit diesem Tag», so formulierte er es in seiner Rede «Wo ist dein Bruder» (KA 10, S. 16–28) zur Woche der Brüderlichkeit, «stehen die Signale immer auf Grün für die Starken, immer auf Rot für die Schwachen, die den Dschungel nie durchqueren können» (KA 10, S. 27). Die Währungsreform von 1948 hatte die bestehenden ökonomischen Ungleichheiten verschärft und neue Ungerechtigkeiten geschaffen. Sie begünstigte die, die bereits vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten Vermögen und Immobilien hatten bzw. mithilfe der Nationalsozialisten zu Reichtum gekommen waren, und verstärkte die Armut und Benachteiligung der Menschen, die durch den Krieg ihre Existenzgrundlage verloren hatten. Dies alles geschah im Einvernehmen mit den alliierten Siegermächten, die Adenauers Bestreben, die Bundesrepublik Deutschland fest in den Westen zu integrieren, unterstützten. Vor allem die amerikanische Außenpolitik nach 1945 versuchte den kommunistischen Einfluss in Europa zu verhindern und fand in Adenauers Antikommunismus einen Verbündeten. Die Abscheu gegen die

«sowjetischen Atheisten» und das «sozialistische Gedankengut» prägte nicht nur die Sichtweise Konrad Adenauers, sondern die des gesamten katholischen Milieus, das sich wie ein roter Faden durch die Politik der Bonner Republik zieht. In seinem Essay «Deutsche Meisterschaft» (KA 16, S. 75–81) kritisiert Heinrich Böll, dass insbesondere die «Christen» nach 1945 den Sozialismus vehement bis zur «Schaum-vor-dem-Mund-Phase» ablehnten und ihn als Bedrohung betrachteten (KA 16, S. 76). Adenauer nutzte innenpolitisch das Schreckensbild des Kommunismus und die Bedrohungsängste vor einem Angriff der Sowjetunion, um eine feste Allianz mit dem Westen anzustreben. Dieses Bekenntnis war zugleich Teil der neuen Staatsräson, mit der die Bundesregierung auf die freiheitlich demokratische Grundordnung verwies und ihre Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft untermauerte. In einem Erlass hatte Adenauer verfügt, Gegnerinnen und Gegner der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aus dem Staatsdienst zu entlassen. Der sogenannte Adenauer-Erlass richtete sich vor allem gegen linke und kommunistische Organisationen. Während einerseits im November 1951 von der Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht der Antrag gestellt wurde, die Kommunistische Partei zu verbieten, verabschiedete andererseits der Bundestag im April 1951 ein Gesetz, in dem alle früheren Beamten in das Berufsleben integriert werden mussten: Das Gesetz zu Art. 131 GG erkannte die zwischen 1933 und Mai 1945 erworbenen Qualifikationen, Dienstjahre und -ränge, Einkommensstufen und Pensionsansprüche für alle formell Betroffenen (Beamte, Militärs, Hochschulprofessoren, Angestellte und Arbeiter im Öffentlichen Dienst) nach den seit den zwanziger Jahren geltenden Modalitäten an. Es gab keine Pensions- oder Rentenkürzungen aus politischen oder Gründen individueller Belastung. Vom Bundesinnenministerium ergingen Anordnungen, wonach diese Personengruppe vorrangig zu berücksichtigen sei, so dass der Anteil von ehemaligen Nationalsozialisten bei Behörden oder Einrichtungen extrem hoch war. Für Böll war die nach dem 2. Weltkrieg von den Siegermächten verordnete Entnazifizierung halberzig und wertlos, da mit der Wiedereingliederung von Beamten, die 1945 von den Alliierten aus politischen Gründen noch entlassen worden waren, nun wieder in wichtigen Positionen eingesetzt wurden (KA 24, S. 248). Diese Entwicklung untergrub die Bemühungen, das politische und gesellschaftliche System von nationalsozialistischem Gedankengut zu befreien, und verhinderte vor allem eine umfassende Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit.

Zudem deutete Adenauer bereits im Dezember 1949 die Bereitschaft der bundesdeutschen Regierung an, eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands im Rahmen einer westeuropäischen Allianz zu verhandeln. Dieses Thema stand im Mittelpunkt der innenpolitischen Debatte Anfang der 1950er-Jahre und führte zu heftigen Kontroversen und Frustrationen. Eine Volksbefragung gegen die Remilitarisierung wurde von der Bundesregierung verboten, fand aber dennoch statt. In Heinrich Bölls Essay «Spiegel 1950» von 1982 zitierte er diese Umfrage aus dem Spiegel vom 15. November 1950, in der die Wiederbewaffnung der «nicht nur entmilitarisierten, auch unmilitärisch gewordenen Volksseele nahegebracht [werden sollte]: und es waren 82,6 % gegen, nur 15,8 % für eine allgemeine Wehrpflicht»

(KA 22, S. 138–143). Die SPD lehnte die Remilitarisierung und Westintegration in der von Adenauer forcierten Form zwar ab, nannte allerdings zugleich Bedingungen, unter denen die Partei zu einer Zustimmung bereit gewesen wäre. Unterstützung für die Einrichtung deutscher Streitkräfte fanden Adenauer und seine Regierung, sehr zur Enttäuschung Heinrich Bölls, bei der katholischen Kirche. Für Böll war diese Unterstützung so fatal, weil er zu dieser Zeit außerhalb der katholischen Kirche keine gesellschaftlich relevante politische Kraft erkennen konnte, die in der Lage gewesen wäre, einen konsequenten und breiten Widerstand gegen die Remilitarisierung zu organisieren.

Als am 29. Januar 1955 in der Frankfurter Paulskirche das von der SPD und DGB initiierte Papier «Deutsches Manifest» gegen die Aufstellung deutscher Streitkräfte und den geplanten NATO-Beitritt der Bundesrepublik, der durch die Ratifizierung der Pariser Verträge vollzogen werden sollte, veröffentlicht wurde, war auch Heinrich Böll angefragt worden, ob er eine Rede halten wolle. Er lehnte ab, weil «die unselige, fast fatale Lage aller Gruppen und Grüppchen von Wehr- und Kriegsdienstverweigerern ist – meines Erachtens – die Schuld der Opposition, die es, von 1945 an, versäumt hat, in der Wehrfrage eine klare Stellung zu beziehen. Sie hat es versäumt, allen diesen Leuten eine politische Heimat zu werden, hat ihre Einstellung zur Wehrfrage ständig gewechselt (zeitweise sogar für eine Nationalarmee plädiert), und ich misstrauere ihrer jetzigen Ablehnung einer Remilitarisierung, misstrauere ihr ernstlich» (KA 26, S. 251). In dem Brief an den SPD-Bundestagsabgeordneten Willi Eichler vom 24. Januar 1955 begründet er weiter:

«Ich habe sechs Bücher geschrieben – und keine einzige Zeile alles dessen, was ich geschrieben habe, lässt einen Zweifel an meiner Einstellung zur sogenannten Wehrfrage zu. Hätte ich in Frankfurt gesprochen, so wäre es mir unmöglich gewesen, dieses mein tiefes Misstrauen gegen die Opposition nicht auszudrücken».

(KA 26, S. 852)

Doch trotz der Widerstände und den verschiedenen Kampagnen stimmte am 27. Februar 1955 der Bundestag zu, und am 9. Mai 1955 erfolgte der Beitritt der Bundesrepublik zur Nato. Erste (zunächst freiwillige) Einheiten der Bundeswehr wurden im Januar 1956 aufgestellt; am 7. Juli 1956 änderte und ergänzte der Bundestag das Grundgesetz mit den Stimmen der SPD für die sogenannte Wehrverfassung mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Im Februar 1956 wurde von Hans-Werner Richter, dem Urheber der Gruppe 47, der Grünwalder Kreis gegründet, eine Aktionsgemeinschaft demokratisch gesinnter Intellektueller gegen restaurative Tendenzen, die in verschiedenen Städten Tagungen organisierten. Der Vorwärts berichtete am 19. Oktober 1956 von der Tagung des Grünwalder Kreises in der Universitäts-Mensa in Köln, zu deren Einladungs-Komitee auch Heinrich Böll gehörte. Weit über 200 Personen nahmen an der Veranstaltung teil und hörten einen Bericht von Jesco von Puttkamer über

die wehrpolitische Entwicklung. Es folgte eine Diskussion (mit Beteiligung von Bundestagspräsident Gerstenmaier), an deren Ende festgestellt wurde, dass «ehemalige Angehörige der Waffen-SS nicht in die Bundeswehr hätten aufgenommen werden dürfen, weil die SS die sichtbarste Verkörperung des nationalsozialistischen Unrechtsstaates darstelle».

Im Oktober 1956 ernannte Adenauer den bis dahin Verantwortlichen für das zivile Atomprogramm, Franz Josef Strauß, zum Verteidigungsminister, und es wuchs die Sorge um eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Am 12. April 1957 unterzeichneten achtzehn Atomwissenschaftler die «Göttinger Erklärung», deren unmittelbarer Anlass eine Äußerung Adenauers vor der Presse am 5. April 1957 war, in der er taktische Atomwaffen lediglich eine «Weiterentwicklung der Artillerie» nannte und forderte, auch die Bundeswehr müsse mit diesen «beinahe normalen Waffen» ausgerüstet werden. Die gesamte deutsche Tages- und Wochenpresse, aber auch internationale Zeitungen berichteten ausführlich über diese Erklärung. Die Proteste gegen die Aufrüstung und Atombewaffnung wurden durch die «Göttinger Erklärung» noch wirkungsvoller. Adenauer und Strauß reagierten zunächst empört und wiesen die Einmischung der Wissenschaftler in die Politik zurück. Die Atomwissenschaftler wurden der politischen Naivität bezichtigt und ihnen Verantwortung in dieser politischen Frage abgesprochen. Strauß sprach von einer «Dienstleistung für den Kommunismus» und bezeichnete die Professoren als unfreiwillige Handlanger der Sowjetregierung (Rupp 1980, S. 78). Heinrich Böll schrieb am 28. Mai 1958 an seinen Verleger J. C. Witsch mit Blick auf die politische Auseinandersetzung um die Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen:

«Ich habe wirklich Angst um das politische Klima in der Bundesrepublik; selbstverständlich würde ich auch um Gewissenschutz für die bitten, die für die Atombewaffnung sind – falls wir eine Regierung hätten, die solche Leute diffamierte; das politische Gespräch erscheint mir im Augenblick schlimmer und böser, als es mir etwa im Jahre 1937 erschien: Damals habe ich mich mit Nazis besser unterhalten und streiten können als heute mit einer gewissen Sorte von Adenauer-über-alles-Leuten».

(KA 11, S. 426)

Kurz vor der Bundestagswahl war die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber der Wiederaufrüstung schlecht, in Umfragen lag die Ablehnung für die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomarem Waffen bei über 60 Prozent, und trotzdem gewann Adenauers CDU mit dem Slogan «Keine Experimente» die Wahl mit einer absoluten Mehrheit.

Am 15. September 1957, am Tag der Bundestagswahl, erschien in der Gewerkschaftszeitung *Aufwärts* die Satire «Hauptstädtisches Journal» (KA 10, S. 281–289), in der Böll aus der Sicht eines zynischen Obersts a.D. das Wiederaufleben des Militarismus in einer Bundeswehr beschreibt, die sich ihrer Tradition noch nicht sicher ist. Der Oberst initiiert die Gründung einer «Akademie für militärische

Erinnerungen», in der ehemalige Soldaten (vom Major aufwärts) Gelegenheit haben sollen, ihre Memoiren niederlegen zu können.

Wie in diesem Text – aber vor allem in seinen Satiren – findet Bölls Kritik an den politischen Entscheidungen und der Umgang der verantwortlichen Politiker mit der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition ihren Niederschlag in seinen belletristischen Texten. Einerseits waren die von Heinrich Böll erwähnten «sechs Bücher» Beschreibungen von subjektiven Erfahrungen und Erinnerungen eines ehemaligen Soldaten der Deutschen Wehrmacht, andererseits drücken sie das Zeitgefühl und vor allem die Ohnmacht jener Zeit aus.

Im März 1958 gründete sich in München das Komitee gegen Atomrüstung, deren Vorsitzender Hans-Werner Richter war. Ähnlich wie bei dem Grünwalder Kreis waren es neben Politikern vor allem Schriftsteller der Gruppe 47, die vor den Gefahren der Atomkraft warnten. Am 1. April 1958 erschien in der Zeitschrift *Kultur* ein Aufruf gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr. Bei einigen prominenten Mitgliedern des Komitees, darunter Hans-Werner Richter, wurden daraufhin Hausdurchsuchungen durchgeführt, bei denen Schriftstücke und Mitgliederlisten konfisziert wurden. In Frankfurt am Main gründeten Oppositionspolitiker, Gewerkschaftsführer, Theologen, Professoren und Schriftsteller, u. a. Heinrich Böll und Erich Kästner, den Arbeitsausschuss «Kampf dem Atomtod». Mit ihren Kampagnen riefen sie in der öffentlichen Meinung ein unerwartet lautes Echo hervor, blieben politisch aber völlig wirkungslos. Die SPD verabschiedete im November 1959 auf ihrem Parteitag das neue «Bad-Godesberger Programm», passte sich in sicherheitspolitischen Fragen der CDU an und unterstützte die Kampagne nicht mehr. Die vom Komitee angestrebte Volksbefragung zur Atomrüstung wurde vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig abgelehnt. Vor allem das Auftreten des damals noch jungen, aufstrebenden Ministers Franz-Josef Strauß wurde in den Tageszeitungen und vor allem im *Spiegel* kritisch hinterfragt. So schrieb der *Spiegel*, dass für seinen Herausgeber Rudolf Augstein der Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß eine Gefahr für Deutschland darstelle. Während Augstein dem jungen Strauß gegenüber zunächst recht aufgeschlossen war und ihn als vielversprechendes Talent bezeichnete, begann der *Spiegel* ab dem Frühjahr 1957 mit der Demontage der «Franz-Josefs-Legende». Das Magazin kritisierte nicht nur die Atomwaffenträume des Verteidigungsministers, sondern enthüllte auch dessen zahlreiche Affären.

Im November 1957 begann Heinrich Böll seine Arbeit am Roman *Billard um halb zehn* (KA 11). Dieser Roman ist komplex konzipiert und eine Reflexion von etwa 50 Jahren mit historischem und zeitgenössischem Kontext. Im Zentrum stehen drei Generationen einer Architektenfamilie, die sich am 6. September 1958 versammeln, um den achtzigsten Geburtstag des Großvaters bzw. Vaters in einem Hotel zu feiern. Der Großvater Heinrich Fähmel hatte 1907 den Auftrag erhalten, eine Abtei zu erbauen, die sein Sohn Robert als Sprengmeister der Wehrmacht in den letzten Kriegstagen zerstörte. Der Enkel Joseph beteiligt sich am Wiederaufbau der Abtei, nach alten Plänen. In den Gesprächen, Rückblenden und Erinnerungen der Romanfiguren verknüpfen sich Vergangenheit und Gegenwart. Für die Romanfigur Johanna Fähmel ist die deutsche Geschichte von der Kaiserzeit bis zur

Gegenwart ein Kontinuum, in dem die Propaganda während der Kriegsvorbereitung, der Krieg selbst und die Kriegsfolgen gesellschaftlich bestimmende Themen waren. Sie wurde als Tochter eines wohlhabenden Notars geboren, mit 18 Jahren lernte sie ihren späteren Mann Heinrich Fähhel kennen. Sie bekamen vier Kinder, die Tochter Johanna starb mit 18 Monaten im Jahre 1909, ihr siebenjähriger Sohn Heinrich starb im Fieberwahn mit den Liedzeilen «Wer will unter die Soldaten, muss haben ein Gewehr». Beide Brüder von Johanna, von denen einer beim Militär diente, starben im Ersten Weltkrieg am gleichen Tag an der Front. Johanna nannte Kaiser Wilhelm II. öffentlich einen kaiserlichen Narren und kam vor ein Ehrengericht. Es gab kein Urteil, da ihr Mann gesundheitliche Gründe für das Verhalten ausschlaggebend machte, obwohl er ihr nach eigener Einschätzung hätte öffentlich beistehen sollen. Als ihr Sohn Robert als Schüler nach einem missglückten Attentat an einem Parteifunktionär und SA-Mann festgenommen wurde, drohte ihm die Todesstrafe. Johanna kommentierte die Aktion der drei Jugendlichen später so:

«Kinder, eure Torheit ist Gott gewiss wohlgefällig, aber ihr hättet ihn wenigstens umbringen sollen; jetzt ist er Polizeipräsident geworden; Gott schütze uns vor den überlebenden Märtyrern».

(KA 11, S. 125)

Johanna erwirkte bei einem befreundeten hohen Verwaltungsbeamten lediglich eine Amnestie für ihren Sohn Robert. Ein Mitattentäter wurde hingerichtet, der andere floh in die Niederlande. Anlässlich der Familienfeier zu Ehren von Heinrich Fähhel reist Johanna mit der Absicht an, das missglückte Attentat ihres Sohnes vollenden zu wollen. Sie organisiert sich eine Waffe und begibt sich in das Hotel. Vor dem Hotel findet der «Aufmarsch der Kämpfer» ehemaliger Militaristen statt, und alle sind dort versammelt, die Johanna dort vermutete. Auf dem Neb balkon erwarten ein Minister und seine Entourage, zu der auch ein Mitschüler von Robert gehört, den «Aufmarsch der Kämpfer», dem der Minister durch demonstratives Winken seine Sympathie bezeugen will. Johanna korrigiert ihren Plan und schießt auf den Minister auf dem Balkon. Ihr Attentat auf den Minister ist Ausdruck einer verzweifelten Suche nach Gerechtigkeit und Symbol dafür, wie tief erlebte Ohnmacht in der Vergangenheit die Gegenwart beeinflusst. Bei einem Tyrannenmord handelt es sich um einen politischen Mord eines als willkürlich empfundenen Machthabers, der sein Volk unterdrückt. Johanna bezeichnet das Attentat aber als «Anständigenmord» und bezieht sich auf die «anständigen» Menschen, die in der Vergangenheit Mitgefühl, Humanität und menschliche Orientierung verloren haben, doch keineswegs den «Anstand». Diese «anständigen Menschen» beziehen Pensionen oder sitzen in ihren alten Positionen in Verwaltungen, Gerichten, Polizeipräsidi en oder der neu geschaffenen Bundeswehr. Der Begriff «Anstand» war deshalb nicht nur für Heinrich Böll eine kontaminierte Vokabel, mit der keine moralische Leistung verbunden wurde. Die Figur der Johanna Fähhel verdeutlicht,

dass Gewalt oft aus einem Gefühl der Ohnmacht und des Unrechts entsteht und in einem Kreislauf neuer Gewalt fortbesteht.

Eine Entrüstung oder Empörung über dieses Attentat im Sinne einer moralischen Legitimierung fand in der Rezeption nicht statt, und im Vergleich zu späteren Reaktionen ist es bemerkenswert, worüber sich eine Gesellschaft empört bzw. wo und wie die überschrittenen Grenzen Ende der 1950er-Jahre lagen. Irritierend sind die Rezensionen zu diesem Roman, in denen das Attentat auch von den namhaften Kritikern der großen Zeitungen nicht beachtet bzw. noch nicht mal genannt wird. Dabei hätte dieses Attentat durchaus Potential zu einem Skandal gehabt. Im Roman heißt der Minister, der im Foyer des Hotels als Berühmtheit und Hoffnung dargestellt wird, Kretz und weist Parallelen zu dem damaligen Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß auf, der nicht zufällig am 6. September 1915 in Regensburg geboren wurde und an diesem Tag des fiktiven Attentats Geburtstag hatte.

«Wenn man sagt Intellektueller, ist der Mann sozusagen schon erledigt»

Heinrich Bölls Romane, Erzählungen und Satiren sind bereits seit den 1950er-Jahren Zeitdiagnosen, die ein Bewusstsein für die jeweils aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und Probleme schaffen. Es sind keine akademischen Analysen mit wissenschaftlichen Definitionen, sondern poetische Bearbeitungen der Verhältnisse des Menschen. Im Idealfall fördern Bölls Texte eine Reflexion über soziale, politische und wirtschaftliche Phänomene, um Machtverhältnisse zu hinterfragen und zukunftsorientierte Entscheidungen zu treffen, die eine gerechtere Gesellschaft zu fördern bewirken. In Bölls Werk existiert eine große Schnittmenge mit den Themen der Kritischen Theorie bzw. der Frankfurter Schule, die eine große Bedeutung für die politische Linke und die intellektuelle Szene in den 1960er-Jahren hatte. Angefangen von der Kritik am autoritären Glauben an vorgesetzten Hierarchien und scheinbar legitimer Herrschaft («Die Deutschen gehorchen so gern», KA 14, S. 156) bis hin zur Entfremdung im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Kapitalismus und dem Leistungsprinzip auf den Menschen («Anekdote zur Senkung der Arbeitsmoral», KA 12, S. 441). In der Publikation *Literatur als Utopie* vergleicht Heinrich Herlyn den Philosophen und Soziologen Herbert Marcuse mit Heinrich Böll. Beide waren in den 1960er-Jahren unnachgiebige und couragierte Instanzen einer humanistischen Kritik, und die grundlegende These seiner Arbeit ist, dass «Böll auf literarischer Ebene letztendlich nichts Anderes leistet als Marcuse auf philosophischer Ebene» (Herlyn 1979, S. 11) Das gilt gerade für Heinrich Bölls Texte, die einen Zusammenhang zwischen der Verdrängung der Erlebnisse der NS-Zeit und der emotionalen Verfassung der Nachkriegsgesellschaft herstellen («Was ist ein Mensch ohne Trauer», KA 11, S. 37). Diese Arbeiten finden tatsächlich Schnittmengen mit dem Buch *Die Unfähigkeit zu trauern* von Margarete und Alexander Mitscherlich, das 1967 veröffentlicht wurde. In diesem psychoanalytischen Buch wurden die Grundlagen kollektiven Verhaltens untersucht und gerade

die Unfähigkeit der Deutschen zu trauern im Bezug zur NS-Vergangenheit und den damit verbundenen Gefühlen von Scham und Schuld.

Die jungen Menschen an den Universitäten entwickelten Anfang der 1960er-Jahre ein neues demokratisches Selbstbewusstsein mit dem Wunsch nach Partizipation an politischen Prozessen, die in der akademischen Beschäftigung mit politischen Konzeptionen von Hegel, Marx und Freud kulminierten. So ist es nicht ungewöhnlich, dass von dem damaligen Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß und dem CDU-Politiker Rainer Barzel das Komitee «Rettet die Freiheit» gegründet wurde, um die angebliche kommunistische Unterwanderung der Gesellschaft zu beleuchten und ihr entgegenzuwirken. Das Komitee veröffentlichte zwei sogenannte «Rotbücher». Im zweiten – *Verschwörung gegen die Freiheit: die kommunistische Untergrundarbeit in der Bundesrepublik* – wurden 450 Personen, darunter Professoren, Redakteure und Schriftsteller, auch Heinrich Böll, der «Ostanfälligkeit» und der Handlangerdienste für den Kommunismus verdächtig (KA 16, S. 489). In der Einleitung des Rotbuches hieß es:

«Das vorliegende Rotbuch soll eine Warnung sein. Wenn wir sie nicht beherzigen, werden wir unsere Freiheit verlieren. [...] Einer der Hauptkriegsschauplätze des Kalten Krieges gegen die Bundesrepublik ist die sogenannte öffentliche Meinung. Sie zu unterwandern, zu verwirren, zu pervertieren, ist das Ziel der Aktion.»

Im November 1960 äußerte Heinrich Böll in einem Interview («Insgesamt eine Abwärtsentwicklung», KA 24, S. 26–40) gegenüber der *Freiburger Studentenzeitung*:

«Interessant ist ja doch und einer ausführlichen Analyse würdig, wie man das Wort Intellektueller anwendet. Es gibt natürlich auch Rechtsintellektuelle, wenn man überhaupt diese dumme Rechts-Links-Geschichte ernst nimmt. Aber wenn man sagt Intellektueller, meint man per se links, meint gefährlich, meint rot; ich weiß nicht, ob es Studien darüber gibt, wie diese Methode entstanden ist. Es ist ja doch märchenhaft, dass jemand, der denken gelernt hat, sprechen gelernt hat, möglicherweise schreiben gelernt hat und ein gewisses Bewusstsein hat, dass er durch diese Tatsache allein verdächtig ist. Wenn man sagt Intellektueller, ist der Mann sozusagen schon erledigt. Man braucht gar nicht mehr zu sagen, der ist rot oder der hat Hühner gestohlen oder Kinder verführt. Das Wort Intellektueller genügt».

(KA 24, S. 28)

Böll argumentierte immer wieder gegen die vor allem von konservativen Politikern und Publizisten angewandten Muster, Kritik an der Politik der Bundesregierung oder der Wunsch nach Partizipation an politischen Entscheidungen bzw. der gesamte gesellschaftspolitische Reformprozess würden von «Machthabern in Ostberlin» gesteuert und führten letztlich zu Gewalt.

Der Einfluss der westlichen bzw. amerikanischen Lebenswelten auf Jugendliche führte Anfang der 1960er-Jahre zu einer gesellschaftlichen Modernisierung und zum anderen zu einer Ablehnung des konservativen Weltbildes, das durch die Adenauer-Regierung und Kirchen geprägt wurde. Böll hatte großes Verständnis für junge Menschen, die sich für mehr Partizipation an politischen und demokratischen Prozessen einsetzten, die aufbegehrten gegen die ältere Generation, die mit den Merkmalen einer an starken Autoritäten gewohnten Kultur wie etwa Traditionen, Protokoll, Ruhe und Ordnung, das politische und demokratische Engagement hemmte. Für Frustration bei einigen jungen Menschen sorgte die Neuausrichtung der SPD auf ihrem Weg zur Volkspartei, als sie im November 1961 den SDS aus der Partei ausschloss. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) war der Hochschulverband der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), bis die SPD nicht mehr länger eine Klassen- und Weltanschauungspartei sein wollte. Im Jahre 1959 verabschiedete die SPD das sog. «Godesberger Programm» und stimmte der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Westintegration zu und bekannte sich zur freien Marktwirtschaft. Der SDS setzte sich als parteiunabhängige Hochschulgruppe weiterhin für die ehemaligen Ziele der SPD ein, die mittlerweile aufgehört hatte, eine «antikapitalistische», «sozialistische» oder «radikaldemokratische» Partei zu sein. Auch Heinrich Böll bedauerte den Weg der SPD zur Volkspartei. Als er um Unterstützung für die Wahlwerbung der SPD angefragt wurde, lehnte er ab, weil er die Positionen der SPD in Fragen der allgemeinen Wehrpflicht sowie ihr Bekenntnis zur Westintegration und zur NATO ablehnte. Er schrieb am 10. Dezember 1964 an Hans-Werner Richter:

«Mein Gott, ist es so schwer, einzusehen, dass einer, der sozusagen von Kopf bis Fuß gegen die CDU ist, nicht für die SPD sein muss? Die einzige Möglichkeit wäre eben Parteispaltung: den linken Flügel der CDU mit dem linken Flügel der SPD (der kleiner ist als der der CDU) – alles andere ist Persilreklame».

(KA 14, S. 688)

Heinrich Böll ging auf Distanz zu den von Hans-Werner Richter und Unterstützern aus der Gruppe 47 initiierten Wahlwerbung für die SPD. Das zeigt, dass die Schriftsteller bzw. Schriftstellerinnen sich für einzelne Appelle oder Kampagnen zusammenfanden, aber insgesamt keine homogene Gruppe in ihren politischen Ansichten waren.

Ein besonderer gesamtgesellschaftlicher Politisierungsschub entstand durch die *Spiegel*-Affäre, als im Oktober 1962 wegen eines kritischen Artikels auf Veranlassung von Verteidigungsminister Franz Josef Strauß *Spiegel*-Herausgeber Rudolf Augstein und Chefredakteur Conrad Ahlers wegen «Landesverrates» verhaftet und die Redaktionsräume des Magazins besetzt und durchsucht wurden. Die *Spiegel*-Affäre hat das politische Klima verändert und wurde zum Sinnbild für eine durchsetzungsfähige liberale Öffentlichkeit und für die gewachsene Akzeptanz





einer kritischen Presse als die «vierte Gewalt». Nach den Protesten gegen die Bewaffnung der Bundeswehr formierte sich zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland massiver Widerstand gegen das Handeln der Bundesregierung. Ein Bericht des ARD-Politmagazins «Panorama» informierte kritisch über die Vorgehensweise des Verteidigungsministeriums und der Staatsanwaltschaft. Die CDU und Teile der konservativen Presse protestieren vehement gegen die Ausstrahlung des Magazinbeitrags und die Unterstützung des *Spiegel* (Jung 2016). Mit der Skandalisierung des Machtmissbrauchs durch die Bundesregierung wurden juristisch und medienrechtlich neue Maßstäbe gesetzt. Zum einen fällt das Bundesverfassungsgericht ein Grundsatzurteil, mit dem die Verantwortung der Presse für die demokratische Meinungsbildung definiert und die Pressefreiheit festgeschrieben wurde. Die Sicherheitsinteressen des Staates haben keine Priorität im Interessenkonflikt zwischen Staat und Medien. Zum andern musste Franz-Josef Strauß im November 1962 als Verteidigungsminister zurücktreten. Die größeren liberalen Zeitungen etwa *Zeit*, *Süddeutsche Zeitung* oder *Frankfurter Rundschau* solidarisierten sich mit dem *Spiegel* und protestierten gegen Adenauer, dessen Amtszeit bald endete. Im Oktober 1963 wurde Ludwig Erhard zum Nachfolger von Konrad Adenauer zum Bundeskanzler gewählt. In seiner Regierungserklärung erläuterte er sein Selbstverständnis als «Volkskanzler», dass er sich über alle Parteien hinweg als Sachwalter des ganzen Volkes sieht und aus dieser Verantwortung handeln will. Er wolle sich für eine Politik der Mitte und Verständigung einsetzen, die einen Ausgleich zwischen organisierten Interessen anstrebt. Konkreter wurde er im März 1965 auf einem CDU-Bundesparteitag, wo er ausführte, dass er die Nation in der Perspektive der sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung als eine «formierte Gesellschaft» ansieht.

«Es heißt, dass diese Gesellschaft nicht mehr aus Klassen und Gruppen besteht, die einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen, sondern dass sie, fernab aller ständestaatlichen Vorstellungen, ihrem Wesen nach kooperativ ist, d.h. dass sie auf dem Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen beruht».

(KA 14, S. 720)

Das Konzept setzte sich nicht durch, da es, so Heinrich Böll «in Wahrheit eine deformierte Gesellschaft» wäre (KA 14, S. 359). Dieses Konzept stand diametral den Vorstellungen Bölls von einer gelebten Demokratie gegenüber, in der gerade in einer politisch sich entwickelnden Gesellschaft die individuellen Grundrechte unantastbar bleiben sollen.

Mit dem «Vater des Wirtschaftswunders» als amtierendem Bundeskanzler und Spitzenkandidaten hatten die Unionsparteien bei der Bundestagswahl im September 1965 zwar nicht die absolute Mehrheit gewonnen, hätten aber mit der FDP weiterhin eine Regierung bilden können. Allerdings im Herbst 1966 war das öffentliche Erscheinungsbild der Union durch inhaltliche Kontroversen und den Streit

um die Führungsspitze stark beeinträchtigt. Wegen Differenzen in Haushaltsfragen drohte die Koalition mit der FDP zu zerbrechen, und erste Verhandlungen über eine Große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD kündigten sich an. Vor diesem Hintergrund, dass eine solche Koalition eine Parlamentsmehrheit von dann über 90 Prozent hätte und eine notwendige starke parlamentarische Opposition fehlte und die Kontrolle der Regierung damit nicht mehr für eine Demokratie angemessen gewährleistet wäre, hielt Böll im September 1966 zur Eröffnung des Wuppertaler Schauspielhauses eine Rede über «Die Freiheit der Kunst» (KA 15, S. 210–215). Heinrich Böll machte sich in dieser Rede für eine Politisierung der Gesellschaft stark und forderte, der Kunst ihre naturgegebene Freiheit zu lassen. «Die Kunst muss zu weit gehen, um herauszufinden, wie weit sie gehen darf», sagte er und sah sie als Korrektiv der «formierten Gesellschaft», die Böll als «deformiert» empfand und als Widerpart der Staatsmacht, die zu diesem Zeitpunkt auf Böll folgenden Eindruck machte:

«Ich erblicke den Staat im Augenblick nicht. [...] Dort, wo der Staat gewesen sein könnte oder sein sollte, erblicke ich nur einige verfaulende Reste von Macht, und diese offenbar kostbaren Rudimente von Fäulnis werden mit rattenhafter Wut verteidigt. Schweigen wir also vom Staat, bis er sich wieder blicken lässt. Reden wir von dem, was an seine Stelle getreten ist, von dieser unfasslichen und ebenso fassungslosen Masse, zu der wir alle gehören, von der Gesellschaft.»

Bölls «staatskritische» Elemente seiner Rede standen im drastischen Widerspruch zur Auffassung einiger «staatsloyaler» Publizisten, die die Stabilität des Staatswesens durch solche Aussagen gefährdet sahen. Am 25. September 1966 titelte *Die Welt*: «Böll attackiert den Staat. Schockierender Auftritt im neuen Theater Wuppertal»; und einen Tag später: ««Der Staat ist deformiert [...]» Umstrittene Äußerungen des Schriftstellers in Wuppertal.» In der überregionalen Presse wurde diese Rede überwiegend als «aggressiv», als «Beschimpfung» oder auch «Schmähere» bezeichnet. Doch als die große Koalition dann gebildet wurde, griff der *Spiegel* Bölls Rede auf: «Seit Ende letzter Woche weiß die deutsche Nation, dass Heinrich Bölls Vision vom nicht mehr auffindbaren Staat makabre Wirklichkeit ist.» Tatsächlich war der Satz über den Staat, den Böll als Verteidigung des Staates formuliert hatte, aus dem Zusammenhang gerissen und sinnenstellend zitiert. Die Große Koalition war im November 1966 mit der Absicht gebildet worden, die wirtschaftliche Rezession zu überwinden. Die SPD konnte durch die erstmalige Regierungsbeteiligung in der Großen Koalition Politik endlich mitgestalten, die CDU brauchte die SPD für die Durchsetzung verschiedener Beschlüsse, die eine Zweidrittelmehrheit erforderten. Doch durch die damit verbundene Marginalisierung der Opposition und den zukünftig bedeutungslosen Parlamentsdebatten entwickelte sich neben einer Unzufriedenheit am demokratischen System bei einem großen Teil der akademischen Jugend auch eine Aufbruchsstimmung, außerhalb des Parlaments Oppositionspolitik zu betreiben. Die Bewegung, die vom SDS stark dominiert wurde,

Wir arbeiten nicht für Springer-Zeitungen*

Wir schreiben nicht für Springer, weil er die Leser betrügt, wenn er behauptet, überparteilich und unabhängig zu sein.

Wir schreiben nicht für Springer, weil seine marktbeherrschende Macht nicht der Ausbreitung von Meinungsvielfalt, sondern ihrer Gängelung und Einengung dient.

Wir schreiben nicht für Springer, weil der in seinen Blättern praktizierte Journalismus den Grundsätzen der Demokratie Hohn spricht.

Wir schreiben nicht für Springer, weil in seinen Zeitungen immer wieder Kollegen von uns diskriminiert und verleumdet werden.

Wir geben auch keine Interviews und stellen unsere Arbeiten nicht für Vorabdrucke zur Verfügung. Wir wollen keine Werbung in den Blättern dieses Konzerns.

Mit diesem Appell bekräftigen wir den Beschluß der Mitglieder der Gruppe 47 von 1967.

Heinz Ludwig Arnold
Wolfgang Bächler
Jurek Becker
Wolf Biermann
Heinrich Böll
Bark Bohm
J.C.Delius
Martin Gregor-Dellin
Ingeborg Drewitz
Werner Dürrson
Freimut Duve
Bernt Engelmann
Walter Fabian
Rainer Werner Faßbinder
Iring Fetscher
Heinz Flügel

Günter Grass
Max von der Grün
Jürgen Habermas
Peter Härtling
Peter Hamm
Margarethe Hansmann
Rolf Haufs
Richard Hey
Ingo Jens
Walter Jens
Uwe Johnson
Heinar Kipphardt
Ulrich Klug
Alexander Kluge
Dieter Kühn
Hans Kühner-Wolfskehl

Dieter Lattmann
Siegfried Lenz
Jürgen Lodemann
Jürgen Manthey
Hansjörg Martin
Hans Mayer
Christoph Meckel
Ivan Nagel
Walter Neumann
Leonie Ossowski
Gert von Paczensky
Susanne von Paczensky
Walter Pehle
Johannes Poethen
Fritz J. Raddatz
Peter Rühmkorf

Robert Wolfgang Schnell
Johannes Schenk
Volker Schlöndorff
Franz Josef Schneider
Gerhard Schönberger
Ulrich Sonnemann
Kurt Sontheimer
Klaus Staack
Klaus Wagenbach
Jürgen P. Wallmann
Günter Wallraff
Dieter Wellershoff
Elsbeth Wolfheim
Gerhard Zwerenz

* Die WELT · Berliner Morgenpost · BZ · Hamburger Abendblatt · BILD
BILD am Sonntag · WELT am Sonntag · Julia · Bianca · Baccara
Meine Geschichte · Mein Erlebnis · ski magazin · HÖRZU · Journal für
Haushalt und Familie · Ullsteins Gourmet Journal · Tennis Magazin
rallye racing · Sportfahrer · Funkuhr · galerie der künste

sich selbst aber als «Außerparlamentarische Opposition» (APO) bezeichnete, veränderte die Debattenkultur und formulierte Forderungen wie etwa die nach einer Reform der Hochschulen. Darüber hinaus richtete sich der Protest gegen die geplanten Notstandsgesetze, da sie aus der Sicht der APO den demokratischen Rechtsstaat gefährdeten. Zunächst wurden an den Universitäten Lehrveranstaltungen zu Protestversammlungen umfunktioniert, um auf die Reformnotwendigkeit an den Universitäten aufmerksam zu machen. Die Demonstrationen waren zunächst gewaltfrei und betrafen nicht nur die Reform der Universität, sondern auch eine Transformation der Gesellschaft. Sie initiierten Kampagnen gegen den Springer-Verlag, der aus APO-Sicht die Pressefreiheit mit übergroßen Marktanteilen und «antidemokratischer Massenmanipulation» bedrohte. Die Initiativen gegen die Notstandsgesetze oder gegen den Springer-Konzern kamen zwar nicht aus der Studentenschaft, wurden aber durch deren Proteste medial weit verbreitet. Der Springer-Verlag bekämpfte publizistisch die Studentenbewegung und skandalisierte die Demonstrationen und ihr Handeln. Springer verfügte mit den Boulevardblättern *BILD* und *BZ*, der *Berliner Morgenpost* und der überregionalen *Welt* und der *Welt am Sonntag* über 70 Prozent des Zeitungsmarktes in West-Berlin, dem «Hotspot» der Studentenbewegung.

Ein gewaltsamer Zusammenstoß zwischen Studentenbewegung und Staatsgewalt geschah in Berlin anlässlich des Staatsbesuchs des Schahs von Persien, Reza Pahlawi, als am 2. Juni 1967 bei einer Demonstration gegen den Schah der 26jährige Student Benno Ohnesorg von einem Polizeibeamten erschossen wurde. In der *BILD* vom 3. Juni 1967 hieß es zum Ohnesorg-Tod: «Er wurde Opfer von Krawallen, die politische Halbstarke inszenierten.» Die Studenten wurden als «Rote SA» beschimpft. Die *BZ* hatte im Juni 1967 nach dem Tod von Benno Ohnesorg zynisch formuliert: «Wer Terror produziert, muss Härte in Kauf nehmen.» Für Böll waren diese Vorkommnisse der Beginn einer Gewaltgeschichte, deren Ursprung in der systematischen Verhetzung und medialen Hysterisierung der Studentenproteste lag: eine Geschichte «öffentlicher Gewalt», die von den Kampagnen vor allem der Springer-Presse mit ihrem diffamierenden und denunziatorischen Vokabular mitgeschrieben wurde. Ein Fall «öffentlichen Mordes durch die Staatsgewalt» formulierte Böll «vom unruhigen Rand der Zeitgenossenschaft», als er den renommiertesten Literaturpreis der Bundesrepublik, den Georg-Büchner-Preis der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung Darmstadt, erhielt. In seiner im Oktober 1967 gehaltenen Rede zog er Parallelen zwischen den Protesten der Studentenbewegung und dem Engagement des jungen Georg Büchner:

«Wer will sich da wundern, wenn Studenten, denen ein neues Bewusstsein zuwächst, diesem Protokoll auf die einzig mögliche Weise zuwiderhandeln: durch Unruhe und eindeutig formulierte Ablehnung. Wie sollten sie zu einer Höflichkeit verpflichtet sein, die dieses mysteriöse Protokoll ihnen durch Polizeigewalt aufzwingen möchte? In diesem Land scheitert ohnehin das meiste nicht an sachlichen, sondern an Protokollfragen. [...]. Wer verfügt da über uns, wer verfährt da mit uns, wer gibt uns ungeschriebene Gesetze?

Wer wundert sich da, dass der Widerspruch der Jugend sich auch in Kleidung und Haarwuchs ausdrückt. Wie anders als durch Unruhen, eindeutig formulierten Widerspruch, in Kleidung und Haarwuchs sollten sie sich Ausdruck verschaffen, da ihnen das Wählerkreuzchen, mit dem Verantwortung delegiert wird und das keine andere Wahl mehr lässt, nicht genügen kann».

(KA 15, S. 325)

Auch diese Rede hatte eine große Resonanz. Unerwartet war der positive Artikel von Rudolf Krämer-Badoni in der *Welt* vom 23. Oktober 1967:

«Es war eine kurze Rede, viel kürzer als die vorausgegangene Laudatio Hagelstanges. Aber es war die Rede eines Mannes, der von Sachen sprach, die ihn leidenschaftlich angehen, und der diese Sachen zögernd zurückhaltend vorbrachte, mit Schmerz darüber, daß sie vorgebracht werden müssen, noch immer trotz Büchner und Marx, denn es hat sich fast nichts geändert, bis heute nicht. Und ich stehe nicht an zu sagen: Das war die scheinbar unscheinbarste und in Wirklichkeit stärkste Rede auf Büchner, die je gehalten wurde.»

Auf einer Tagung der «Gruppe 47» im Oktober 1967 wurde eine Resolution verfasst, in der die Schriftstellerinnen und Schriftsteller, darunter auch Böll, erklärten, nicht mehr in der Springer-Presse zu veröffentlichen. Sie forderten ihre Verleger auf, dort auch keine Anzeigen mehr zu schalten. Der *Spiegel* vom 21. April 1968 fasste zusammen:

«Die Studenten-Parole «Enteignet Springer» kam auf, als die Lähmung der Bonner Kontrolleure und das politische Fieber in Berlin den ersten kritischen Höhepunkt erreichten. Springers Berliner Blätter «BZ», «Morgenpost» und «Bild» hatten vor und nach der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni letzten Jahres in einer Form über die Studenten-Demonstrationen berichtet, die dem Volksverhetzungs-Tatbestand des Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches nahekommt. Der atmosphärische Zusammenhang zwischen Springers Berliner Pöbel-Journalismus und den Todesschüssen auf den Studenten Ohnesorg aktivierte den Bundestag so wenig wie das Kabinett.»

Einige Bonner Abgeordnete aus der Opposition forderten ein Bundespresse-Rahmengesetz, um die Macht des Verlegers zu beschneiden. Doch die Bundesregierung forderte nach verschärftem Polizei-Einsatz gegen die Demonstranten und äußerte sich nicht zu den Forderungen nach gesetzlicher Kontrolle des Springer-Verlags.

«Damit bekräftigte das Kabinett Kiesinger abermals das Tabu, das einst schon Konrad Adenauer und Ludwig Erhard über den Springer-Komplex

und die gigantische Presse-Konzentration in der Hand eines Verlegers verhängt hatten. Aus Angst vor Rüpeleien der «Bild»-Zeitung haben sich bislang alle Parlamentarier von CDU und SPD geweigert, auch nur die Frage zu stellen, ob nicht das Auswuchern eines Presseverlegers die durch Verfassung garantierte Meinungsfreiheit unterhöhlt».

(*Spiegel* 17/1968, 21.04.1968)

Auf einer am 20. Februar 1968 vom Berliner Senat und dem Springer Verlag organisierten Gegen-Demonstration zu dem kurz zuvor in Berlin abgehaltenen Vietnam-Kongress des SDS protestierten Menschen mit selbstgemalten Plakaten, eines mit der Aufschrift: «Volksfeind Nr. 1 Dutschke».

Im März 1968 verfassten einige Schriftsteller, darunter auch Hans Werner Richter und Günter Grass einen «Appell an den Berliner Senat». Darin heißt es:

«Im Gleichklang mit den Parolen der vier Berliner Springer-Zeitungen riskiert er, rechtsstaatliche Prinzipien zu zerstören und damit die demokratische Alternative zum Ostteil dieser Stadt preiszugeben. Am Mittwoch, dem 21. Februar, hat die Freiheitsglocke Pogromstimmung wachgeläutet. In Berlin wurden Studenten und Bürger, die aussahen wie Studenten, durch die Straßen gehetzt und geprügelt. [...] Der Protest der Jugend ist nicht zuletzt eine Reaktion auf solche Versäumnisse und auf die zunehmende Arroganz der politischen Macht. Die Unruhe der Jugend ist berechtigt».

(Wagenbach 1979, S. 265)

Nach weiteren Eskalationen des Konflikts zwischen der Studentenbewegung und der Springer-Presse wurde am 11. April 1968 Rudi Dutschke in Berlin durch ein Attentat lebensgefährlich verletzt. Die Nachricht löste heftige Unruhen in vielen Universitätsstädten aus, und Böll erklärte sich mehrfach mit den Studenten solidarisch, appellierte aber gleichzeitig an sie, sich bei ihren Aktionen der Gewalt zu enthalten. Neben Walter Jens, Eugen Kogon, Golo Mann, Theodor W. Adorno und Alexander Mitscherlich zählte Böll zu einem Kreis von 14 Persönlichkeiten, die wenige Tage nach dem Attentat auf Dutschke die Demonstrationen der APO in einer Erklärung verteidigten. Mit der Unterzeichnung der «Erklärung der Vierzehn» in der *Zeit* vom 19. April 1968, die das Attentat auf Dutschke als Ergebnis der gezielten Diffamierung seitens der Springer-Presse bezeichnete, positionierte sich Böll erstmals öffentlich gegen die Springer-Presse:

«Dieses Klima ist systematisch vorbereitet worden von einer Presse, die sich als Hüterin der Verfassung aufführt und vorgibt, im Namen der Ordnung und der Mehrheit zu sprechen, mit dieser Ordnung aber nichts Anderes meint als die Herrschaft über unmündige Massen und den Weg in einen neuen

autoritätsbestimmten Nationalismus. [...] Die Unterzeichner fordern darum, endlich in die öffentliche Diskussion über den Springer-Konzern, seine politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und seine Praktiken der publizistischen Manipulation einzutreten. Sie erklären sich mit den Studenten solidarisch, rufen aber gleichzeitig dazu auf, sich bei allen Aktionen der Gewalt zu enthalten und der Angemessenheit der Mittel bewusst zu bleiben.»

Neben dieser Erklärung schrieb Böll auch einen Leserbrief mit dem Titel «Die Studenten sollten in Klausur gehen», der am 19. April 1968 im *Kölner Stadt-Anzeiger* erschien. Darin hatte Böll das politische Ziel der Studenten bejaht, die Methoden des Springer-Konzerns angegriffen und forderte von den anderen Zeitungen, sich der außerparlamentarischen Opposition zu öffnen, um die Diskussion von der Straße weg in die Zeitung hinein zu bringen. Er appellierte an die Studentenbewegung: «Die Studenten sollten einen oder zwei Monate in Klausur gehen und sich andere, gewaltlose, aber wirksame Methoden überlegen.» Er forderte gleichzeitig die «gesamte Bonner politische Szene» auf, sich mit dem Springer-Konzern auseinanderzusetzen, den er für eine Ursache der Eskalation ansah (KA 15, S. 332).

Am 17. April 1970 wurde Böll zum Präsidenten des westdeutschen «PEN»-Zentrums gewählt. Anlässlich dieser Wahl wurde in der *Welt* unter dem Titel «Neuer Präsident des Internationalen PEN: Heinrich Böll» ein kurzes Gespräch mit Heinrich Böll abgedruckt. Es war sein letzter «Beitrag» in einer zum Springer-Konzern gehörenden Zeitung. Die innenpolitische Situation der Bundesrepublik wurde Anfang der 1970er-Jahre immer intensiver von der Auseinandersetzung über den politischen Terrorismus bestimmt. Den von Terroristen verübten Brand- und Sprengstoffanschlägen, Banküberfällen und Attentaten folgten Reaktionen des Staates, etwa die Aufrüstung der Polizei. Die Bewaffnung und das öffentliche Auftreten der Polizei wurden martialischer. Als PEN-Präsident kommentierte Böll tagespolitische Ereignisse, angefangen vom «Radikalenerlass», der im Januar 1972 beschlossen wurde und das erklärte Ziel hatte, Mitglieder aus den aus der Studentenbewegung hervorgegangenen «extremistischen Gruppierungen» aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten, bis hin zur Kritik an einem Prozess gegen den Aktivist der Studentenbewegung, Fritz Teufel. In einem Brief an den CDU-Abgeordneten Carl Damm äußerte sich Böll wie folgt:

«Bedenkt man den Umfang der im Falle Teufel vorgenommenen Hausdurchsuchungen, Recherchen, die zahlreichen Aktivitäten des Bundes- und Landesverfassungsschutzamtes, bedenkt man außerdem, wieviel Polizei- und Sicherheitsbeamte in einem solchen Fall aktiv geworden sind, so ist doch die Reaktion unserer Gesamtgesellschaft auf einen solchen Fall als ärmlich zu bezeichnen, zumal sich inzwischen herausgestellt hat, dass gegen Fritz Teufel lediglich ein paar mühsam zurecht konstruierte Beweise vorliegen.»

(KA 25, S. 672)

Die *Welt* konstatierte am 19. April 1971 anlässlich der Jahrestagung des deutschen PEN-Club im April 1971 in Nürnberg unter der Überschrift «Ende der Teestunden-Ära», dass der PEN politischer geworden sei, und zitierte Heinrich Böll mit den Worten: «Wenn man die PEN-Charta liest, muss man feststellen, dass der PEN-Club gar nicht politisch genug sein kann.» Ein Punkt der Charta lautet, dass die Mitglieder des PEN sich verpflichten, «Auswüchsen einer freien Presse, wie wahrheitswidrigen Veröffentlichungen, vorsätzlicher Lügenhaftigkeit und Entstellung von Tatsachen, unternommen zu politischen und persönlichen Zwecken, entgegenzuarbeiten». Mit diesem Passus der Charta setzte sich Böll quasi schon länger auseinander, und er forderte bereits seit 1968 eine öffentliche Debatte über die Machtkonzentration des Springer-Verlags und über die Methoden der Manipulation. Zu einer erneuten Auseinandersetzung mit dem Springer-Verlag geriet eine Titelgeschichte der *BILD* vom 23. Dezember 1971, die dazu führte, dass sich Böll im *Spiegel* vom 10. Januar 1972 zum ersten Mal zum Thema Terrorismus äußerte. Unter dem Titel «Will Ulrike Gnade oder freies Geleit?» ergriff Böll *nicht* Partei für die Gruppe um Andreas Baader und Ulrike Meinhof, sondern kritisierte die Berichterstattung der *BILD*, die in Bölls Wahrnehmung regelrecht zur Lynchjustiz aufforderte, wie er es seinerzeit bei dem Attentat auf Rudi Dutschke auch empfand. Man hätte den Text als einen Appell zum Waffenstillstand lesen können, aber Böll war durchaus bewusst, mit wem er sich da anlegte und dass er mit diesem Text polarisieren würde. Erwartungsgemäß äußerten sich am nächsten Tag die Springer-Zeitungen *BILD* und *Welt* zu Heinrich Bölls Artikel. Unter anderem: «Sechs prominente Politiker widersprachen dem Schriftsteller Heinrich Böll» und wandten sich nicht direkt an Böll, sondern antworteten in der *Welt* vom 15. Januar 1972 auf die suggestive Frage: «Stellt Böll nach Ihrem Urteil die Tatbestände und die konkrete Situation objektiv dar, und ist die Rechtsauffassung zu billigen, die aus seiner Darstellung spricht?» Schnell wurde deutlich, dass Bölls Artikel, der eindeutig gegen die Berichterstattung der *BILD* und den Springer-Verlag gerichtet war, in einen für Ulrike Meinhof und die Terroristen umgedeutet wurde. Dies vor allem von den Springer-Zeitungen, aber auch konservative Politiker und Publizisten äußerten sich in verschiedenen Rundfunkhäusern und Zeitungsredaktionen zu Bölls Verhältnis zur Gewalt. Im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) behauptete der Moderator Gerhard Löwenthal:

«Die Sympathisanten dieses Linksfaschismus, die Bölls und Brückners und all die anderen sogenannten Intellektuellen, sind nicht einen Deut besser als die geistigen Schrittmacher der Nazis.»

Oder Wilfried Ahrens mit der Behauptung am 2. Februar 1972 in der *Quick*, dass die «Bölls gefährlicher sind als Baader Meinhof», oder «Die Gewalt und ihre Verniedlichung» in der *Kirchenzeitung vom Erzbistum Köln* vom 4. Februar 1972. Seitdem galt Böll als «Sympathisant des Terrorismus», obwohl der Essay in seinen Grundaussagen ablehnend gegenüber dem Terrorismus und Gewalt stand. Der

Verlag Kiepenheuer & Witsch beauftragte Heinrich Bölls Mitarbeiter schließlich, aus Kommentaren, Zuschriften und Stellungnahmen einen Band zusammenzustellen. Er erschien unter dem Titel «Heinrich Böll: Freies Geleit für Ulrike Meinhof. Ein Artikel und seine Folgen».

Im *Spiegel* vom 20. Februar 1972 wies Horst Mahler, Anwalt und Mitbegründer der RAF (und heutiger verurteilter Rechtsextremist), der zu diesem Zeitpunkt wegen seiner Beteiligung an der Baader-Befreiung bereits im Gefängnis saß, Bölls Differenzierungen dankend zurück. Für Mahler zählten nur Taten:

«Um die Verhältnisse wirklich zu ändern, muss man auf die Wonne verzichten, dem Publikum als «schöne Seele» zu gelten. [...] Der jetzt erst beginnende bewaffnete [also nicht mehr wehr- und hilflose] Widerstand ist das praktizierte Dementi jener Lebenslüge aller sozialkritischen Intellektuellen, die da sagen, man könne nicht mehr tun, als immer wieder die Niedertracht analysieren, kritisieren und entlarven so lange, bis sich jemand anderes findet, der ihrer geschichtlichen Existenz den Garaus macht.»

In einem längeren Brief antwortete Heinrich Böll drei Monate später, am 25. Mai 1972, allerdings privat und ohne jede Öffentlichkeit, da er den Eindruck vermeiden wollte, er habe sich erst unter dem Druck der Springer-Presse von Gewalt distanziert, mit der er sich aber in seinem ganzen Werk nie identifiziert habe:

«Was unsere Sorge hervorruft, kann mit einem Wort bezeichnet werden. Und dieses Wort ist – Gewalttaten. Nicht, dass wir so blind sind, um die Möglichkeit, ja sogar Notwendigkeit der gewaltsamen Erschütterungen in der Menschheitsgeschichte zu leugnen. Die Revolutionen, die die Volksmassen gegen verschiedene Arten der Verknechtung und gegen die abgelebten Gesellschaftszustände siegreich durchgekämpft haben, waren auch Gewalttaten – dennoch wäre ohne sie die Weiterentwicklung der Menschheit unmöglich. Aber in unserer heutigen westlichen Welt gibt es keine Vorbedingungen für eine Revolution solcher Art. Die Gewalt als Mittel zur sozialen und politischen Umwälzung in unserer Welt von heute kann nur eine Gewalt sein, die eine Minorität, dabei eine ganz winzige Minorität, gegen die überwiegende Mehrheit des Volkes ausübt. Und wie herrlich und erhaben dabei die Parolen klingen würden, deren Verwirklichung durch die Anwendung der Gewalt erreicht werden sollte, es würde hier keine Rechtfertigung für gewaltsames Vorgehen geben. Seit Jahrhunderten haben die Versuche, die Menschen gegen ihren Willen glücklich zu machen, viele Millionen Menschenleben gekostet. Dies gilt nicht nur für die Stunde des politischen Aufstands. Dies gilt auch im Kleinen. Das Streben zur eigenen Freiheit darf die Freiheit der Anderen nicht gefährden. Denn sonst führt dieses Streben direkt zur Diktatur und zum Tod jeglicher Freiheit. Das Recht auf die Entfaltung des eigenen Ichs darf die anderen Ichs nicht entrechten».

Dieses Plädoyer für die Gewaltfreiheit gegenüber den Gewalttätern hätte die öffentlichen Diskussionen wohl kaum beeindruckt, denn nach Bölls *Spiegel*-Artikel waren die Debatten zum Thema Terrorismus nur durch zwei Positionen gekennzeichnet. Grundsätzlich bestanden die «linken Intellektuellen» darauf, dass die jedem Straftäter zustehenden grundgesetzlich garantierten Rechte auch für Terroristen gelten. Darüber hinaus versuchten sie, die Entwicklungen in der Bundesrepublik zu analysieren und zu differenzieren, um aktuelle und relevante Positionen darstellen zu können. Dagegen lagen für die konservativen Teile der CDU/CSU und einem Teil der konservativen Zeitungen die Anfänge und Ausbreitung des Terrorismus in dem Personenkreis, der die Entwicklung der Bundesrepublik «kritisch» begleitet hatte und deren Kritik als staatsfeindlich empfunden wurde. Noch in der Bundestagsdebatte vom 7. Juni 1972 hatte Friedrich Vogel (CDU) Böll vorgeworfen, er hätte die «politische Gewaltkriminalität» glorifiziert und mystifiziert.

«Und da habe ich mir überlegt, was wird aus diesen Menschen»

Zur Entstehung der Katharina-Blum-Erzählung äußerte sich Heinrich Böll in dem Gespräch «Drei Tage im März» (KA 24, S. 461–547) gegenüber Christian Linder:

«Ich habe eine Zeitlang einen meiner gelegentlichen Mitarbeiter gebeten, die Bild-Zeitung und andere Boulevardblätter auf eklatante Verleumdungen von unbekannten und bekannten Personen durchzusehen. [...] Die übelste Art also von Kolportage, meistens mit Namen oder Bild. Und da habe ich mir überlegt, was wird aus diesen Menschen. Irgendjemand steht in so einem Boulevardblättchen, wird plötzlich für ein, zwei Tage zur Sensation, und keiner weiß, was mit dem Leben dieser Menschen danach passiert».

(KA 24, S. 508)

Der erwähnte Mitarbeiter war Frank Grützbach, der bereits das Pressematerial für die Dokumentation «Ein Artikel und seine Folgen» gesammelt und für den Druck aufgearbeitet hatte. Doch neben diesen Recherchen war ein entscheidender Impuls für den Beginn der Erzählung ein Ereignis, in dessen Mittelpunkt im Februar 1974 Heinrich Bölls ältester Sohn Raimund stand. In einer konspirativen Wohnung wurden einige gestohlene Pässe gefunden, unter anderem auch von Raimund und dessen Ehefrau Lila Böll. Selbstverständlich versuchte die Polizei die Umstände im Zusammenhang der Herkunft der Pässe festzustellen. Entsetzt war die Familie Böll, als die zum Springer-Konzern gehörende *BZ* am 7. Februar 1974 mit der Schlagzeile «Haussuchung bei Sohn des Nobelpreisträgers Böll» vermeldete:

«Auf prominente Namen stieß die Polizei bei der Sichtung des Beweismaterials, das Anfang der Woche bei dem Verhaftungsschlag gegen Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande sichergestellt werden konnte. Seitdem steht ein Sohn des bekannten Schriftstellers und Nobelpreisträgers Heinrich Böll

unter dem dringenden Verdacht, diese kriminelle Vereinigung unterstützt zu haben. Unter größter Geheimhaltung drangen Beamte des Staatsschutzes gestern Vormittag in die Wohnung des 26jährigen Raimund Böll in der Bonner Straße in Köln ein. Mit einem Durchsuchungsbefehl.»

Tatsächlich fand die Polizeiaktion in Köln aber erst am Tag der Veröffentlichung der *BZ* am Nachmittag statt. Für Heinrich Böll war dieser Zeitungsbericht der Beweis, dass es eine Zusammenarbeit zwischen der Polizei bzw. Staatsanwaltschaft und dem Springer-Verlag gegeben hatte. Durch die Ankündigung der Hausdurchsuchung in der *BZ* wurde die Polizeiaktion in Köln zu einem Presse-Ereignis und Raimund Böll im Blitzlichtgewitter zum Verhör mitgenommen. Das notwendige Ermittlungsverfahren gegen Raimund und Lila Böll wurde kurz darauf wieder eingestellt. Doch der Springer-Verlag bzw. die *BILD* versuchten mit einem Beitrag am 12. Februar 1974 das öffentliche Interesse an Raimund Böll hoch zu halten. Die *BILD* widmete Raimund Böll auf einer ganzen Seite einen diffamierenden Artikel der »übelsten Art von Kolportage mit Namen und Bild« in der für die Zeitung charakteristischen denunziatorischen Darstellungsweise mit erfundenen Anekdoten und Spekulationen.

In dem Artikel »Böll junior lässt in Köln Puppen köpfen. Was der Sohn des Nobelpreisträgers unter Kunst versteht« wird Raimunds Arbeit als bildender Künstler diskreditiert und zum Anlass genommen, ihn zu desavouieren:

«Raimund Böll, 1,81 Meter groß, zwei Zentner schwer, bis auf die Schultern reichende Haare, dichter Schnauzbart und randlose Brille, will mit diesen Werken das ›Symbol der Aggression‹ zeigen. Letzte Woche geriet der Dichter-Sohn in den bösen Verdacht, bei dieser ›Aggression‹ mitgeholfen zu haben. In der Wohnung im 7. Stock des Hochhauses Bartholomäus Straße 20 in Hamburg fand die Polizei seinen Wehrpass und drei abgelaufene Pässe seiner indischen Frau Lila [...]. Der Sohn des Nobelpreisträgers war ein schlechter Schüler, besonders in Deutsch. Um ihn zu fördern, ließen die Lehrer ihn Bücher seines Vaters vorlesen. [...] Die Kunst des Kölners ist brotlos. Aber: Vaters Scheck ernährt ihn. In Kölner Galerien sind seine Maschinen, in denen Menschen geköpft und erschlagen werden, erst jetzt bekannt.»

Da es dem Springer-Verlag nicht genügte, Heinrich Bölls Leben und Arbeit mit Falschmeldungen zu diskreditieren, versuchten sie bei Raimund weitere »dokumentierende Beweise« für die Gewaltbereitschaft der Familie Böll vorzulegen.

Das mediale Interesse an Raimund Böll endete mit der Ankunft des Schriftstellers Alexander Solschenizyn, der nach seiner Ausweisung aus der Sowjetunion (13. Februar) zwei Tage bei Böll im Eifelort Langenbroich zugebracht hatte (14. und 15. Februar). Nach Solschenizyns Abreise nahm Böll unter dem Eindruck des Umgangs der Springer-Presse mit seinem Sohn und dessen Frau sowie der Erkenntnis der offenkundigen Zusammenarbeit von Polizei und Presse die Arbeit

an seiner Erzählung über die «unbescholtene» Hausgehilfin Katharina Blum, die in die Schlagzeilen einer Zeitung gerät, auf. Als Entstehungszeitraum der in Bölls Arbeitsbuch unter der Sign. 221/74 verzeichneten Erzählung sind dort die Monate Februar bis April 1974 angegeben. Doch auch in dieser kurzen Zeitspanne musste er aufgrund von Verpflichtungen die Arbeit an der Erzählung unterbrechen. So hielt er am 13. März vor der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn die Rede «Die Raubtiere laufen frei herum» (KA 18, S. 286–289).

Heinrich Böll beschäftigte in der Phase der Entstehungszeit der Erzählung «Katharina Blum» und der kurzen Rede vor der Bundestagsfraktion vor allem die Frage nach der Gewalt und fragte:

«Wenn etwa Politikern aller Parteien das Wort von der freiheitlich demokratischen Grundordnung, die in Gefahr sei, etwas zu flüssig aus dem Mund geht, so gestatte ich mir den ersten Zweifel, indem ich frage: Ist diese freiheitlich-demokratische Grundordnung, die im Grundgesetz versprochen ist, schon erreicht? [...] Ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die da immer als von Radikalen gefährdet hingestellt wird, also hergestellt – oder bestehen da möglicherweise noch erhebliche Lücken zwischen dem ausdrücklichen Versprechen des Grundgesetzes und seiner Verwirklichung? Und wieviel Gewalt – latente und virulente – verbirgt sich in diesen Lücken?»

(KA 18, S. 286–289)

Die Verpflichtung des Staates und der dazugehörigen Institutionen aus Judikative, Legislative und letztlich auch der Exekutive, die grundlegenden Freiheits- und Gleichheitsrechte jedem Menschen zu garantieren, standen für Böll im markanten Widerspruch zur Realität. Auch während der Arbeit an der Erzählung befasste er sich mit der nicht sichtbaren, aber dennoch vorhandenen Gewalt, die in dieser Differenz auf allen Ebenen der Gesellschaft zu finden war.

In kurzer Folge entstanden nach den ersten Entwürfen verschiedene Fassungen der Erzählung. Nach den ersten Skizzen entstand ein Entwurf, bei der die Hinweise zu den Variationen des Titels, des Vorspruchs und die Namenvariationen der Protagonisten erwähnenswert sind. Aus Katharina Plumm wurde Katharina Blum und aus Adolf Schönner wurde Tötges. Der Titelentwurf hieß: «Das Verhör (die Verhöre) der Katharina Plumm» und in der Zeile darunter:

«Vorspruch: Personen und Handlung dieser Erzählung sind frei erfunden – Ähnlichkeit mit den Praktiken der Bild Zeitung, die sich bei der Schilderung gewisser journalistischer Praktiken ergeben, sind rein zufällig und waren unvermeidlich.»

Diese Niederschrift beginnt direkt mit einer Verhörszene, in der ein Staatsanwalt Katharina Blum auffordert, die Begegnung mit Ludwig Götten zu beschreiben. Das Vertrauen von Katharina Blum zur Polizei und Staatsanwaltschaft war

1
Von Wahn und Welter und Katharina Blum zur Verfügung standen.

Die verlorene Ehre der Katharina Blum
oder: Wie Gewalt entsteht und wo sie endet

~~oder: Herabbes.~~
K. und - Erzählung

Personen und Handlung dieser Erzählung sind frei erfunden.
Sollten sich bei der Schilderung gewisser journalistischer
Praktiken Ähnlichkeiten mit den Praktiken der Bild Zeitung
ergeben, so sind diese Ähnlichkeiten unvermeidlich, ^{so} zufällig ^{wie}
~~unbeabsichtigt~~ ^{hier zufällig, aber notwendig}

1.

Niemand, der Katharina Blum gekannt hatte, wollte glauben, was
sich dennoch am Aschermittwoch des Jahres 1974 als unwider-
legbare Tatsache erwies: dass sie in ihrem Apartment den Jour-
nalisten Adolf Schöner erschossen und anschliessend einen
^{mässigen} Selbstmordversuch unternommen ^{hatte} ~~hatte~~, beim
Versuch, sich in die Schläfe zu schiessen, hatte sie ^{keine} ~~keine~~ unheil-
bare Hirnverletzung ~~erlitten~~ davongetragen, und nachdem man
sie durch Medikamente und Massage aus einer tiefen Ohnmacht
hatte wecken können, waren die einzigen Worte, die sie murmelte:
"Mein lieber Ludwig, mein lieber Ludwig" (Als die wenige Tage
später in einem Heim für Hirngeschädigte statt "Mein lieber
Ludwig" murmelte "mein Liebster Ludwig" wurde dies schon als
ein Zeichen beginnender Besserung gewertet)

Ob auch der Bildjournalist Werner Tötges ^{nach Aschermittwoch} ein Opfer der Blum
geworden war ^{der auf Karneval} den man erst am Freitag ~~er~~
~~in einem Waldstück westlich von Köln erschossen fand~~ ^{in einem Waldstück westlich von Köln erschossen fand} galt als sehr wahrscheinlich, wenn auch nicht als
erwiesen, obwohl sich später ein Taxifahrer fand, der aussagte,
er habe den als Scheich verkleideten Tötges mit einer jungen
die als Andalusierin verkleidet gewesen sei
Frauensperson zu eben jenem Waldstück gefahren.

Wahns auf
Blomes
Dinge
geführt

Die verlorene Ehre der Katharina Blum

oder: Wie Gewalt ~~entstehen~~ entstehen ~~kann~~ und wohin sie ~~führt~~
Erzählung (Film kann

Personen und Handlung dieser Erzählung sind frei erfunden.
Sollten sich bei der Schilderung gewisser journalistischer
Praktiken Ähnlichkeiten mit den Praktiken der Bild-zeitung
ergeben haben, so sind diese Ähnlichkeiten weder beabsich-
tigt noch zufällig, sondern unvermeidlich.

1.

Für den folgenden Bericht gibt es ^{einige Neben-} ~~einzelne~~ ^{Da-} ~~einzelne~~
^{Haupt} ~~und~~ ^{einmal} ~~einmal~~ Quellen, die hier am Anfang ~~einmal~~ genannt, dann aber
nicht erwähnt werden. Die ~~wichtigsten~~ ^{einmal} Hauptquellen: Verneh-
mungsprotokolle der Polizeibehörde, Rechtsanwalt Dr. Hubert
Blorna, sowie dessen Schul- und ~~Freund~~ ^{Studien}freund, der Staatsanwalt
Peter Hach, der--vertraulich versteht sich--die Verneh-
mungsprotokolle, gewisse Massnahmen der Untersuchungsbehör-
de und Ergebnisse von Recherchen, soweit sie nicht in den
Protokollen auftauchten, ergänzt, nicht, wie unbedingt hinzu-
gefügt werden muss, zu offiziellen, lediglich zu privatem Ge-
brauch, da ihm der Kummer seines Freundes Blorna, "der sich
das alles nicht erklären konnte und es doch, wenn ich es
recht bedenke, nicht unerklärlich" fand, regelrecht zu Herzen
ging. Da der Fall der Katharina Blum angesichts ^{Hach} ~~des Zustandes~~
der Angeklagten und der ^{als schwierig} ~~keinesfalls eindeutigen~~ ^{Prozess} ~~Leitimation~~
ihres ~~Verteidigers~~ ^{bleiben wird} Dr. Blorna ohnehin mehr
oder weniger fiktiv ~~bleibt~~, sind vielleicht gewisse kleine,
sehr menschliche Unkorrektheiten, wie Hach sie beging, ^{nicht nur} ~~ver-~~
ständlich, ^{auch} ~~noch~~ verzeihlich.

Die Nebenquellen einige von grösserer, andere von geringerer
Bedeutung, brauchen hier nicht erwähnt zu werden, da sich ihre
Verstrickung, Verwicklung, Befasstheit, Befangenheit und Betrof-
fenheit ^{aus dem Bericht selbst} ~~ergeben~~ ^{erheben} ~~ergeben~~. Wenn der Bericht
--da hier soviel von Quellen geredet wird--hin und wieder

2

von dem Augenblick der Stürmung der Wohnung, dem dominanten Auftreten des Kommissars Beizmenne und übergriffigen Unterstellungen der Staatsanwälte erschüttert. Hier ist bereits angelegt, dass die behandelten Themen nicht nur die Zusammenarbeit der staatlichen Institutionen mit der Zeitung und die Verbreitung von Falschnachrichten durch die Zeitung sind, sondern auch der kaum merkbare Missbrauch von Autorität bzw. Macht, die sich in der Haltung und Sprache der Staatsanwälte und Polizei etwa bei dem Verhör von Katharina Blum zeigt. Doch im Gegensatz zur Berichterstattung in der Zeitung kann sich Katharina Blum während des Verhörs zur Wehr setzen. Sie widerspricht, sie widersteht und behauptet sich als Person in der Sprache. Böll beschreibt im weiteren Verlauf der Arbeit an den Niederschriften Definitionskontroversen zwischen Katharina Blum und dem Kommissar oder den Staatsanwälten, um das zu verteidigen, was Böll an anderer Stelle «Moral der Sprache» nannte.

Eine weitere umfassendere neue Fassung hatte den Titel: «Die verlorene Ehre der Katharina (korrigiert aus: Maria) Blum oder: Wie Gewalt entsteht und wo sie endet – Kriminal-Erzählung» und eine Variante des Vorspruchs: «Personen und Handlung dieser Erzählung sind frei erfunden. Sollten sich bei der Schilderung gewisser journalistischer Praktiken Ähnlichkeiten mit den Praktiken der Bild Zeitung ergeben, so sind diese Ähnlichkeiten unvermeidlich zufällig und beabsichtigt». Diese Variante wurde noch handschriftlich korrigiert und ergänzt. Auf der ersten Seite dieser Niederschrift wird ein alternativer Verlauf der Erzählung beschrieben. Katharina unternimmt nach dem Schuss auf den Journalisten einen Selbstmordversuch, erleidet eine «unheilbare Hirnverletzung» und wurde in ein «Heim für Hirngeschädigte» eingeliefert. Danach entstand eine letzte Fassung, die zur Grundlage für den Satz wurde und nach Durchsicht und Korrektur der Druckfahnen bzw. des Umbruchs am 24. Juni 1974 fertiggestellt wurde. Über die Bedeutung des Titels, Untertitels und dem Motto äußerte Böll, dass diese Komposition schon ein Schlüssel zum Verständnis der Erzählung sei.

«Ohne sie ist die pamphletistische Tendenz – und das ist fürwahr eine Tendenz-Erzählung! – nicht verständlich. Wer sich mit dieser Erzählung beschäftigt, sollte sich zunächst mit diesen drei vorgesetzten Elementen beschäftigen, sie sind schon fast eine Interpretation».

(KA 22, S. 433)

Am 13. April 1974 kündigte der *Spiegel* unter dem Titel «Böll: Wie es zur Gewalt kommt» bereits die Erzählung an:

«Heinrich Böll hat seinem Verlag Kiepenheuer & Witsch – zu dessen ziemlicher Überraschung und natürlich großer Freude – in der vorletzten Woche das 115-Seiten-Manuskript einer neuen Erzählung überreicht: «Die verlorene Ehre der Katharina Blum oder Wie es zu Gewalt kommt und wohin

sie führt». Der Verlag will das Buch schon Ende Juli in einer Startauflage von 100000 Exemplaren herausbringen. Es handelt von einer jungen Frau, die im Februar 1974 während des Karnevals in Köln einen jungen Mann kennenlernt, der unter Mordverdacht steht. Während Katharina – wegen angeblicher Beihilfe zur Flucht – inhaftiert ist, wird sie von dem Massenblatt «DIE ZEITUNG» als Gangsterliebchen diffamiert. Nach ihrer Freilassung erschießt sie einen Reporter der «ZEITUNG». Der ganze Vorgang», so ein von Böll autorisierter Verlagstext, «erinnert von fern an eine Moritat von verlorener Frauen-Ehre», konkreter: «an die «korrupte und verlogene» Boulevard-Presse».

Es war eine Überraschung, als am 29. Juli 1974 die erste von vier Fortsetzungen im *Spiegel* erschien. Es war das erste Mal seit Bestehen des Magazins, das ein belletristisches Werk in vier Folgen veröffentlicht wurde, was für eine große Aufmerksamkeit sorgte. Im Editorial erläuterte der Verleger Rudolf Augstein die Gründe, warum er die nicht allzu lange Erzählung von Heinrich Böll, «dem einzigen lebenden Nobelpreisträger für Literatur deutscher Sprache», in seinem Magazin veröffentlicht:

«Böll hält eine aktuelle Stunde, aber es ist eine Fragestunde geworden, und die Antworten überlässt er uns, seinen Lesern. Er besteht darauf, das Poetische habe seine eigene Vernunft. [...] Die neue Erzählung ist wieder skandalös. Darum drucken wir sie.»

Dass die Erzählung dort zuerst erschien, war für aufmerksame Feuilletonleser ein Beweis dafür, dass diese Publikation keineswegs nur als eine reine Erzählung angesehen werden sollte, sondern als zweiten Akt der Auseinandersetzung, die mit dem *Spiegel*-Artikel 1972 begonnen hatte. Von Beginn an galt die Erzählung als «Rache» oder «Vergeltung» an der «*BILD*-Zeitung» und der Vorspruch, den Böll der Erzählung voranstellte, wurde als Bestätigung dieser Ansicht begriffen. Am 8. August 1974 schrieb Böll an Rudolf Augstein:

««Rache» ist bei «Katharina B.» nach meiner bescheidenen und möglicherweise falschen Schätzung nur zu 5–6 % im Spiel, und diese Rache beruht wiederum [...] auf Einbeziehung meiner Familie, bzw. deren Benutzung als Vehikel gegen mich. In «Bild» vom 12.2.74 stand ein hundsgemeiner Artikel über die Kinder – als Schlusssatz, dass Raimunds Wohnung nur 600 Meter Luftlinie vom BDI Gebäude entfernt liegt (in dem eine Bombe hochging). Diese Zeile erforderte Rache!»

(KA 22, S. 704)

SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein KG · 2 Hamburg 11 · Postfach 110420
Postvertriebsstück Gebühr bezahlt

HEINRICH BOELL

3266

5000 KOELN 1
HUELCHRATHERSTR. 7

C 7007 CX

Nr. 31

28. Jahrgang · DM 2,00

29. Juli 1974

GRIECHENLAND



SPIEGEL-Gespräch
US-Vizepräsident
Gerald Ford
über Watergate

Der neue

Böll

Die verlorene
Ehre der
Katharina Blum

Die Obristen treten ab

Tatsache aber ist, dass Böll die öffentliche Diskussion um den Springer-Konzern und seine Praktiken mit der Erzählung besser erreicht hat als mit dem *Spiegel*-Essay von 1972.

Von allen veröffentlichten Erzählungen und Romanen entstand in der Öffentlichkeit der Eindruck, als habe «Katharina Blum» die größte Resonanz und stärkste Rezeption gefunden. Anette Petersen hat sich in ihrer Publikation «Die Rezeption von Bölls *Katharina Blum* in den Massenmedien der Bundesrepublik Deutschland» (Fink 1980) umfänglich und detailliert mit den Buchbesprechungen auseinandergesetzt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass unmittelbar nach der Veröffentlichung der Erzählung die Rezensenten sehr unterschiedliche Ansichten zu diesem Werk hatten. Exemplarisch an einer Auswahl von Rezensionen differenziert sie drei Gruppen und unterteilt sie zu positiven, neutralen und negativen Besprechungen. Zu den positiven Rezensionen schreibt sie:

«Neben der Eingliederung der Katharina Blum in einen gesellschaftlichen Zusammenhang findet auch eine Einordnung in Bölls Produktion statt, die typischerweise hier am gründlichsten und am meisten nuanciert ist. [...] Insgesamt sind das also Besprechungen, die die Erzählung sehr seriös betrachten und die sich bemühen, eine gründliche und nuancierte Darstellung und Analyse von Katharina Blum zu geben, indem sie den Inhalt der Erzählung nicht nur beschreiben, sondern auch unter verschiedenen Aspekten näher untersuchen».

(Petersen 1980, S. 48)

Über die Gruppe der neutralen Rezensionen, die sehr schwierig zu definieren waren, da auch einige negative Aspekte formuliert wurden, schreibt sie:

«Bei aller Kürze dieser Rezensionen wird die Startauflage der *Katharina Blum* sowie auch der Vorabdruck im *Spiegel* erwähnt. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich diese Gruppe recht stark an eine werkimmanente Deutung hält. Die Bewertung der Katharina Blum ist überwiegend positiv, aber eine eigentliche Würdigung wird nicht gegeben, und dadurch fehlt auch eine Antwort auf die Frage nach Aktualität und gesellschaftlicher Relevanz der Erzählung».

(Petersen 1980, S. 51)

Die negativen Rezensionen kritisieren vor allem Heinrich Böll, der diese Publikation – so der Tenor – als «Rache» gegen die Sensationspresse geschrieben habe:

«Die Anspielungen auf den biographischen Hintergrund dieser Geschehnisse sind hier im Vergleich zur positiven Gruppe sehr vage, aber trotzdem wird Bölls Eigenverschuldung an den Anfeindungen der Bild-Zeitung als

gegeben vorausgesetzt; und auf diesem Hintergrund ergeben sich keine Fragen nach einer allgemeineren Relevanz der Behandlung des Themas».

(Petersen 1980, S. 56)

Die Springer-Presse arbeitete sich an Bölls «Eigenverschuldung» ab. Günter Zehm behauptete in der *Welt* vom 16. August 1974 unter dem Titel «Heinrich der Grätige»:

«Interessant und bezeichnend ist dabei, dass sich die Kritik gegen die misslungene Form der Erzählung wendet und eine Würdigung des Inhalts taktvoll ausspart, ganz so, als ließen sich Inhalt und Form in der Literatur reinlich voneinander scheiden. Umgangen wird die wichtige Frage, ob es denn möglich sei, einen guten Roman für eine schlechte Sache zu schreiben. Indessen ist es gerade diese Frage, die sich einem bei der Lektüre des Böllschen Buches aufdrängt. Denn die Sache, für die sich Böll hier mit Verve und Ingrimm engagiert, ist die Sache der Baader/Meinhof-Terroristen, die vor zwei Jahren schießend und bombenlegend durch unser Land zogen, oder besser: die Sache jener, die den Terroristen Unterschlupf gewährten und dafür herbe Kritik von einem Teil der Öffentlichkeit und einem Teil der Presse hinnehmen mussten. Bölls Verhalten stand damals im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion, und in seiner jetzigen Erzählung nimmt er den Faden der Debatte wieder auf, um seinen Standpunkt noch einmal zu rechtfertigen und seinen Gegnern noch einmal Saures zu geben.»

Zehm suggeriert hier Bölls selbstverschuldetes Verhalten darin, dass er den Terroristen «Unterschlupf gewährt» hätte, was aber nie stattgefunden hat.

Hans Habe schrieb am 18. August 1974 in der *Welt am Sonntag* unter dem Titel «Requiem auf Heinrich Böll» einen «spaßigen» Nachruf:

«Vom Schmerz gebeugt, berichten wir vom schriftstellerischen Hinscheiden unseres lieben literarischen Vaters, Großvaters, Onkel, Vormunds und Idols Heinrich Böll, geboren am 21. Dezember zu Köln, verblieben im Juli 1974 bei Kiepenheuer und Witsch. Nobelpreisträger, Präsident des Internationalen PEN a.D., Träger hoher und höchster Adjektive, guter Mensch von Köln, der nach schweren, mit Ungeduld ertragenen Leiden an den Folgen seiner Erzählung «Die verlorene Ehre der Katharina Blum oder: Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann» im Herrn unsanft entschlafen ist.»

Er verweist darauf, die Erzählung sei eine «Mär von der blütenreinen Hausangestellten, die nur, weil sie einen blütenreinen Terroristen liebt, von der Boulevardpresse zum Mord getrieben wird.»

Peter Hornung schrieb in der *Deutschen Tagespost* vom 19. November 1974 unter dem Titel «Böll als Meister des Polit-Kitsches», Heinrich Böll habe mit der Erzählung «eine kaum verhüllte Huldigung an die Baader-Meinhof-Bande» geschrieben. Enno von Loewenstern wiederholte dieses Narrativ in der *Welt* vom 6. September 1974 unter dem Titel «Die getretenen Helfer»:

«Immerhin, Böll hat sein Bestes für die Bande getan. Er hat – darauf spielt Gudrun Ensslin an – eine Apologie der Ulrike Meinhof am 10. Januar 1972 im «Spiegel» veröffentlicht, verbunden mit wüsten Attacken gegen die «Bild»-Zeitung. Diese hatte über einen Banküberfall in Kaiserslautern berichtet: «Baader/Meinhof-Bande mordet weiter». Inzwischen sind drei Meinhof-Banditen wegen dieses Überfalls angeklagt worden, aber weder Böll selbst noch der «Spiegel», noch die «Zeit», die den Vorgang kürzlich aufwärmten, haben das erwähnt. Unfähigkeit oder Absicht?» Und Böll hat sich seither «was anderes einfallen lassen. Er hat ein abwegiges Anti-«Bild»-Pamphlet veröffentlicht, «Katharina Blum». Das Buch, eine indirekte Verherrlichung der Baader/Meinhof-Bande, erscheint rechtzeitig zu den bevorstehenden Prozessen – was die Bande ihm gewiss nicht übelnimmt.»

Am 26. August 1974 veröffentlichte der *Spiegel* eine Notiz, in der darauf hingewiesen wurde, dass es zu den Illustrationen, die zur Veröffentlichung der Erzählung angefertigt wurden, eine Reaktion des Springer-Verlags gab:

«Klaus Vogelsang hat getan, was er laut Auftrag des Spiegel nicht sollte: «Bild» nämlich in Beziehung gesetzt zu der Böllschen Erzählung. Prompt hat das Haus Springer dem Spiegel die Erklärung abverlangt (und sie auch bekommen), der Spiegel werde weiterhin im Zusammenhang mit der Erzählung von Heinrich Böll die «Bild»-Zeitung mit Schlagzeilen über den Fall der Katharina Blum abbilden und nicht weiterhin den Eindruck erwecken, als handele es sich bei dem Fall Katharina Blum um einen Fall, über den «Bild» berichtet habe. Wahr ist, «Bild» hat über den Fall Katharina Blum nicht berichtet, «Bild» steht in keinem Zusammenhang mit Bölls Erzählung. Nur, Böll selbst und sein Verlag Kiepenheuer & Witsch blieben von solchen Forderungen bislang frei.»

Das Buch wurde zum Preis von 19,80 DM verkauft, und im September 1974 erschien zudem ein Raubdruck. Wie die *FAZ* am 11. September 1974 meldete, gab es den Raubdruck in sogenannten «Roten Buchhandlungen» als fotomechanischen Nachdruck. Der Verlag Kiepenheuer & Witsch verzichtete auf eine strafrechtliche Verfolgung, da sie eine «Anzeige gegen Unbekannt» für sinnlos hielt. Der Raubdruck, dessen Herstellungskosten bei 1,50 DM gelegen haben dürfte, wurde zu acht Mark veräußert. Dennoch verkaufte sich das Original nach den Angaben des Verlags bis Mitte 1976 rund 170.000 Mal. Im Januar 1976 erschien bei

dtv zum Preis von 3,80 DM eine Taschenbuchausgabe der Erzählung. Erst- und einmalig wurde das Cover der Ausgabe nicht von Celestino Piatti entworfen, sondern mit einem Szenenfoto aus dem Film von 1975 versehen. Am 20. März 1976 meldete die *Welt*, dass das Taschenbuch innerhalb von zwei Monaten eine Auflage von 251.000 Exemplaren erreichte und bereits 50.000 Exemplare nachgeschoben werden mussten. Im Jahr 1981 schließlich erhielt Heinrich Böll von dtv das «Goldene Taschenbuch» für eine Million verkaufter Exemplare überreicht. Bis heute wurden rund drei Millionen Exemplare verkauft; die dtv-Ausgabe befindet sich in der 61. Auflage.

Bis zum heutigen Tag ist die Erzählung Schullektüre. Für eine geplante Neuausgabe der Erzählung verfasste Heinrich Böll 1984 auf Anregung seines Verlags ein Nachwort. Unter dem Titel «Zehn Jahre später» (KA 22, S. 429–434) äußerte er sich zur Rezeption und Interpretation der 1974 erschienenen Erzählung und rekapitulierte:

«Übrigens war die Reaktion der Presse, die sich getrost als mit diesem Buch gemeint verstehen konnte, nicht nur – verständlicherweise! – böse, sondern streckenweise geradezu albern. Man verzichtete auf die wöchentliche Bestseller-Liste, weil man das Buch hätte nennen müssen. Auch mächtige Imperien sind nicht immer so souverän, wie sie tun. Der Papst des Imperiums ließ sich zu einer direkten Klage nicht herab. Er schickte seine Ministranten vor, seine Kardinäle – bei Papstmessen ministrieren ja auch gelegentlich Kardinäle. Gebüßt habe ich, bereut nichts».

(KA 22, S. 434)

Bereits drei Jahre zuvor hatte er in dem Text «Vorwort in eigener und anderer Sache» (KA 22, S. 86–92) darauf verwiesen: «Wenn ich auf Springers Kardinalskollegium zu sprechen komme, bin ich gleich bei Herrn Walden» (KA 22, S. 87), und ergänzt, dass er «einen Zusammenhang zwischen dem <Spiegel>-Artikel vom Januar 1972 und dem Walden-Kommentar von November 1974» sehe – genauer: einen «Springer-Zusammenhang».

«Objektiv absurd und das rechtsstaatliche Denken gefährdend»

Am 9. November 1974 starb Holger Meins in der Haftanstalt Wittlich/Eifel an den Folgen eines Hungerstreiks. Am 10. November 1974 wurde in Berlin der Kammergerichtspräsident Günter von Drenkmann von Terroristen ermordet, die, so heißt es in einem Bekennerschreiben, «die Ermordung eines Genossen nicht mehr ohnmächtig hinnehmen, sondern [...] die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen wollen». In einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau* vom 14. November 1974 erläutert Böll, dass Holger Meins nicht ermordet wurde und widerspricht der

Mitbürger!

Lesen macht dumm und gewalttätig

Der Beauftragte für den Gemeinschaftsfrieden



Aus Sorge um die Freiheitlich Demokratische Grundordnung wurde ein Gesetz zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens vorgelegt (Bundestagsdrucksache Nr. 7/3030, 2772, 2854), das der kritischen Literatur endlich ein Ende bereiten soll (§130a StGB). Der CDU-Fraktionsvorsitzende Carstens hat vielen Abgeordneten aus der Seele gesprochen, als er am 12.12.74 in Duisburg verkündete: »Ich fordere die ganze Bevölkerung auf, sich von der Terrortätigkeit zu distanzieren, insbesondere auch den Dichter Heinrich Böll, der noch vor wenigen Monaten unter dem Pseudonym Katharina Blüm ein Buch geschrieben hat, das eine Rechtfertigung von Gewalt darstellt.«

Forderung von Daniel Cohn-Bendit, «sich stärker mit der RAF zu solidarisieren». Böll hat sich nie mit der RAF solidarisiert, weil er «das Konzept der ursprünglichen RAF-Fraktion [...] für wahnsinnig hielt» (KA 24, S. 424). Er spricht von einem «doppelten Verbrechen» der Mörder, einerseits den Mord an Drenkmann selbst, andererseits sei es ein «wahnsinniger Zustand», wenn alle Richter und höheren Polizeibeamten «um ihr Leben zittern» müssten. Außerdem bestehe die Gefahr, dass in einer hysterischen Situation jede Form «geistiger Radikalität und Nachdenklichkeit» in Beziehung mit den Attentaten der RAF gebracht werde. Eine Reaktion auf dieses Interview ist eine gemeinsame Erklärung der inhaftierten Terroristen in Stammheim zum Tode Drenkmanns. Sie begrüßen den Mord ausdrücklich und weiter heißt es:

«[...] die Bölls, für die der Tod eines Schreibtischtäters schwerer wiegt als der Tod eines Revolutionärs. Was hat Böll eigentlich mit seiner ›Katharina Blum‹ gemeint, wenn nicht, dass die Erschießung eines Vertreters des herrschenden Gewaltapparates moralisch gerechtfertigt ist. Wenn aus ›literarischer Gewalt‹ materielle Gewalt wird, schlägt sich derselbe Böll auf die Seite derer, deren Wort er eben noch als verlogen gegeißelt hat».

(Stadt Köln 1992, S. 66)

Am 21. November 1974 berichtet die Spätausgabe der ARD-Tagesschau über den Staatsakt aus Anlass der Beisetzung des ermordeten Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann. Im Anschluss an diesen Bericht spricht der Chefkomentator des Senders Freies Berlin, Matthias Walden, einen Kommentar:

«Gute und starke Worte sprachen die Repräsentanten des Staates am Sarge des ermordeten Günter von Drenkmann, als die Bevölkerung in Berlin ihm heute Nachmittag die letzte Ehre erwies. Es war ein Bekenntnis zum Rechtsstaat und eine Absage an die Gewalt, die ihn zerstören will. Trauermarsch und Trauerflor, Flaggen auf Halbmast und das Läuten der Freiheitsglocke. Spätestens am Abend dieses Tages ist es Zeit für die Frage, wie denn diese Freiheit und dieser Rechtsstaat verteidigt wurden, ehe Günter von Drenkmann das Opfer seiner Mörder wurde. Die Saat der Gewalt war aufgegangen, lange bevor dieser Mord geschah. Und ob die Saat der Gewalt aufgeht und wie fruchtbar sie ist, hängt von der Beschaffenheit des Bodens ab, in den sie eingebracht wird. Dieser Boden war vom Unkraut der Ideologie, der Komplizenschaft, des Sympathisantentums, dem Opportunismus und der Leisetreterei überwuchert. Die Trauer um das bisher letzte Todesopfer der Gewalt des Radikalismus verbietet nicht, sondern gebietet, das hier ganz deutlich auszusprechen. [...] Der Boden der Gewalt wurde durch den Ungeist der Sympathie mit den Gewalttätern gedüngt. Jahrelang warfen renommierte Verlage revolutionäre Druckerzeugnisse auf den Büchermarkt. Heinrich Böll bezeichnete den Rechtsstaat, gegen den die

Gewalt sich richtet, als ›Misthaufen‹ und sagte, er sähe nur ›Reste verfaulender Macht, die mit rattenhafter Wut verteidigt‹ würden. Er beschuldigte diesen Staat, die Terroristen ›in gnadenloser Jagd‹ zu verfolgen».

(Stadt Köln 1992, S. 66)

Matthias Walden warf mithin einigen «renommierten Verlagen», «journalistischen Kollegen», «politischen Repräsentanten», einem «prominenten Theologieprofessor» und dem allein mit Namen genannten Heinrich Böll den Missbrauch rechtsstaatlicher Freiheiten vor durch ihre «Sympathie mit den Gewalttätern».

Am folgenden Tag, dem 22. November, schrieb Heinrich Böll an seinen Verleger Reinhold Neven DuMont:

«Wenn Sie den Kommentar von Herrn Walden nur lesen, werden Sie das Ausmaß der Denunziation nicht ermessen können. Das muss man buchstäblich gesehen haben: die Trauerfeier für Herrn von Drenkmann, dann der Kommentar, in dem mein Name als einziger fiel, mit dem Uralt-Zitat aus dem Jahre 1966».

(Schubert 2017, S. 247)

Weil Matthias Walden in seinem Kommentar unzutreffend, teils falsch, teils unpräzise, teils in zeitlich unpassendem Zusammenhang aus seinen Arbeiten zitierte, überlegte Böll den SFB-Kommentator Walden, der auch seit Jahren als Kolumnist für die *Welt* schrieb, wegen Verletzung der Persönlichkeitsrechte zu verklagen und Schmerzensgeld zu verlangen. Diese von Walden kompilierten Äußerungen, die Heinrich Bölls Gewaltbereitschaft und Sympathisantentum für den Terrorismus belegen sollten, wurden in naher Folge bei öffentlichen Veranstaltungen wiederholt geäußert. Beispielsweise am 2. Dezember 1974 vom Regierenden Bürgermeister Berlins, Klaus Schütz, bei der Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille der Liga für Menschenrechte an Böll, in seinem Grußwort:

«Wir haben unseren Rechtsstaat als demokratischen Rechtsstaat eingerichtet [...] Dieser Rechtsstaat ist kein verfaulender Rest von Macht, sondern eine freiheitliche Grundordnung.»

Heinrich Böll entgegnete dem Regierenden Bürgermeister, dass dieser Satz aus dem ursprünglichen Kontext gelöst sei und Schütz sich damit in eine Reihe mit denen stelle, die sein politisches Engagement denunzierten. «Bleichen Gesichts versuchte der Regierende am Schluss der Veranstaltung zerbrochenes Porzellan zu kitten. Aber Böll blieb abweisend,» schrieb die Berliner Zeitung *Der Abend* am 9. Dezember 1974. Kurze Zeit später forderte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carl Carstens, am 12. Dezember 1974 während einer CDU-Kundgebung in Duisburg die Bevölkerung auf, «sich von der Terrortätigkeit zu distanzieren.

Insbesondere auch den Dichter Heinrich Böll, der noch vor wenigen Monaten unter dem Pseudonym Katharina Blüm ein Buch geschrieben hat, das eine Rechtfertigung von Gewalt darstellt» (Stadt Köln 1992, S. 69).

Heinrich Böll verklagte den Sender Freies Berlin und Mathias Walden beim Landgericht Köln auf Zahlung eines Schmerzensgeldes in Höhe von 100.000 DM. Am 26. Februar 1975 benannte Böll bei der mündlichen Verhandlung vor der 28. Zivilkammer die Gründe seiner Klage:

«Ich halte den Kommentar, einer Tat und einem Täter gewidmet, den keiner kennt, für objektiv absurd und das rechtsstaatliche Denken gefährdend. Es gibt für mich nicht die Andeutung eines Zweifels, dass die Nennung meines Namens exakt geplanter und exakt ausgeführter schmähender Absicht entsprach, und das in einer Anstalt des öffentlichen Rechts – nicht in einer privatwirtschaftlich betriebenen Zeitung, in der der Herr Beklagte, wie er es hin und wieder tut, über mich schreiben mag, was immer ihm einfällt. Eine Anstalt des öffentlichen Rechts hat für die Zuschauer einen quasi-amtlichen Charakter, und keiner wird mir einreden können, dass die Nachrichtenzuschauer zu dieser späten Stunde einen gesprochenen Text kritisch analysieren können, der gefälschte Tatsachenbehauptungen enthielt».

(KA 19, S. 84)

In der *Welt* vom 27. Februar 1975 gibt Enno von Loewenstern Antwort auf die Frage, die er im Titel des Artikels stellte: «Warum Böll 100.000 Mark erstreiten will». Er schreibt, dass «der gekränkte Autor» mit «tragisch gedämpfter Stimme» sein Anliegen vortrug. Böll wurde bei einer englischen Publikation von seinem Londoner Verleger um Streichung eines Satzes aus einem Buch gebeten, um die Zahlung einer Strafe zu vermeiden. Böll hatte sich an der Strafsumme des englischen Verlegers orientiert. «So sieht das aus, wenn ein deutscher Schriftsteller und Philologe mit Geld rechnet», befand Loewenstern.

Die Klage von Heinrich Böll wurde am 26. März 1975 zurückgewiesen. In der Urteilsbegründung heißt es:

«Nach Auffassung der Kammer hält sich die Äußerung des Beklagten in den gesetzlich zulässigen Grenzen. [...] Gegenstand seines Kommentars waren Themen, die in der Öffentlichkeit damals wie heute auf großes Interesse stoßen. Die Gewährleistung einer freien Diskussion gemeinschaftswichtiger Fragen kann nach den Umständen des Einzelfalles erfordern, dass der Schutz privater Rechtsgüter zurücktreten muss. Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung von konstituierender Bedeutung. [...] Insbesondere ist auch das dem Eingriff vorausgegangene eigene Verhalten des Verletzten in die Beurteilung einzubeziehen. Wie weit eine negative Kritik gehen darf, hängt wesentlich

davon ab, ob der Betroffene durch sein eigenes Verhalten Anlass zur Kritik gegeben und diese herausgefordert hat.»

Das von Walden genutzte «Misthaufen-Zitat» sei eine unwahre Tatsachenbehauptung, die aber keine hinreichende Rechtfertigung für einen Schadenersatz in Höhe von 100.000 DM sein könne. Die anderen Zitate seien, wenn auch aus dem Zusammenhang gerissen, von Walden sinngemäß wiedergegeben worden. Das Gericht hatte die freie Meinung, die auch eine falsche sein dürfe, in diesem Fall höher eingeschätzt als Bölls Klage wegen Persönlichkeitsverletzung durch falsche Tatsachenbehauptung. Der *Münchener Merkur* vom 27. März 1975 fasste das Urteil wie folgt zusammen:

«Böll habe selber Anlass zu Kritik geboten und oft in den publizistischen und geistigen Meinungsstreit mit scharfer, aggressiver, ›herabsetzender‹ Kritik eingegriffen. Wer – wie Böll – für sich selber äußerste Meinungsfreiheit beanspruche, müsse auch seinen Gegnern erlauben, dass sie ihn schonungslos kritisierten. Walden habe sich an die erforderlichen Grenzen gehalten, in Wahrnehmung berechtigter öffentlicher Interessen gehandelt. Bölls Vorwurf, der Kommentator habe ihn in die Reihe der Drenkmann-Mörder eingereiht, treffe nicht zu. Der Streit um die ›verlorene Ehre des Heinrich Bölls‹ geht weiter.»

Gegenüber der *FAZ* vom 27. März 1975 äußerte Heinrich Böll, dass er das Urteil respektiere und überzeugt sei, «dass das Gericht sich in dieser schweren Materie fair und überlegen verhalten habe. Doch wolle er, dem Rat seines Anwalts folgend, in die zweite Instanz gehen. Ihm sei weniger an der persönlichen Auseinandersetzung mit Walden gelegen als daran, herauszufinden, wo die Grenzen zwischen Meinungsfreiheit und Verleumdung verlaufen.» Gegenüber dem *Vorwärts* vom 15. April 1976 erläuterte Heinrich Böll, dass nicht Walden, sondern der Sender Freies Berlin für ihn der wichtigere Beklagte sei. Er wehre sich ausdrücklich dagegen, dass diese öffentlich-rechtliche Anstalt diesen Kommentar ausgestrahlt habe, denn als gelegentlicher Mitarbeiter der Springer-Zeitung *Die Welt* könne Walden, ohne verklagt zu werden, schreiben, was er wolle, weil er für Böll «nicht satisfaktionsfähig ist. [...] Ich wehre mich hauptsächlich gegen das Medium öffentlich-rechtliche Anstalt.» Früher schon hatte er mehrfach von der «ungeheuren Wirkung eines Fernsehkommentators», in einer «quasi-amtlichen Fernseh-Nachrichtensendung» gesprochen. Namens des nach Ansicht Heinrich Bölls wichtigeren Beklagten, des SFB und seines Intendanten Barsig, erklärte dessen Anwalt Vieregge zu den journalistischen Querverbindungen von Matthias Walden zwischen SFB und Springer-Konzern:

«Herr Barsig, den Sie kennen, verwahrt sich auf das Strikteste dagegen, mit Herrn Springer in einen Topf getan zu werden».

Der 15. Zivilsenat des Kölner Oberlandesgerichts verkündete am 11. Mai 1976 das Urteil zum Berufungsverfahren. Matthias Walden bzw. der SFB müssen Böll als Genugtuung für die erlittene Verletzung seines Persönlichkeitsrechts einen Geldbetrag in Höhe von 40.000 DM zahlen. Das Oberlandesgericht (OLG) Köln qualifizierte die Walden-Behauptung, Böll habe den Rechtsstaat als «Misthaufen» bezeichnet, als «erwiesenermaßen falsch», und diese Äußerung sei «frei erfunden». Bereits am 3. Oktober 1968 hatte Matthias Walden in der *Welt* unter dem Titel «Einsicht und zerbrochene Schablonen» geschrieben, dass Heinrich Böll nach der Niederschlagung des Prager Frühlings deprimiert aus Prag zurückgekommen sei und «die Antwort auf die naheliegende Frage im Unklaren [ließ], wie wohl die Sowjetunion genannt werden müsste, wenn ihm die Bundesrepublik als «Misthaufen» erschien». Tatsächlich kommt der Begriff «Misthaufen» in Bölls Werk gar nicht vor, lediglich in dem Artikel «Notstandsnotizen» von 1968 steht:

«Natürlich werde ich weiter für irgendwelche Feuilletons schreiben, der Hahn kräht ja auf seinem Mist, aber erst seit der Bonner Notstandserfahrung weiß ich, dass ich auf dem Mist krähe.»

Auch die Behauptung, Böll habe «diesen Staat» beschuldigt, die Terroristen «in gnadenloser Jagd» zu verfolgen, bezeichnete das Gericht als «unzutreffend». Bölls Vorwurf der Gnadenlosigkeit hatte sich in dem «Spiegelartikel» vom Januar 1972 nicht gegen den Staat, sondern gegen die Springer-Medien, namentlich gegen *BILD* gerichtet. Auch Waldens dritte Äußerung, Böll habe mit Blick auf den Rechtsstaat von «Resten verfaulender Macht» gesprochen, wurde von dem Gericht als Unterstellung qualifiziert. Denn zum einen sprach er von «verfaulende Reste von Macht», die er wahrgenommen hatte, und nicht von «Resten verfaulender Macht», und zum anderen bemerkte das Gericht, dass diese Behauptung «in einen falschen Zusammenhang gerückt worden» sei. Der Inhalt der ursprünglichen Äußerung von Böll sei «entstellt und somit verfälscht worden». Böll hatte sich 1966, wie erwähnt, in der dritten Wuppertaler Rede, acht Jahre vor dem Kommentar, mit dem Wechselverhältnis von Staat und Kultur befasst, gerade im Hinblick auf eine Äußerung des damaligen Bundeskanzlers Ludwig Erhard, dem Deutschlands Schriftsteller als «Pinscher» erschienen waren. Dem TV-Publikum sei, so das Gericht, «der bedeutungsvolle Umstand» unterschlagen worden, dass die Rede zu einem Zeitpunkt gehalten wurde, «als von einer Konfrontation zwischen Staat und Terror keine Rede war». In der Urteilsbegründung heißt es:

«Ob die abfälligen Bemerkungen des Klägers [Böll] hinterher in der politischen Auseinandersetzung in einem anderen Sinne verstanden oder verwendet worden sind, ist in diesem Zusammenhang belanglos. [...] Es geht nicht an, einem Autor unter Gebrauch aus dem Zusammenhang gerissener Worte und Satzteile Absichten in den Mund zu legen, die er bei verständiger Würdigung des Originaltextes nicht geäußert hat. [...] Gerade, weil es den Beklagten [Walden], wie es in dem Kommentar heißt, nicht um

«Stimmungen», sondern um Einsicht und Besinnung, also um Meinungsbildung in dem verfassungsrechtlich gebotenen Sinne ging, wäre es unbedingt veranlasst gewesen, von der bedenklichen Verkürzung der temporalen Perspektive Abstand zu nehmen.»

Die Reaktionen auf dieses Urteil waren, wie zu erwarten, unterschiedlich. Einerseits stimmte man dahingehend mit der Urteilsbegründung überein, dass Tatsachenbehauptungen in publizistischen Attacken objektiv nachprüfbar sein müssen. Andererseits genießen Werturteile als nicht nachprüfbare Meinung den vollen Schutz des Grundgesetz-Artikels 5, der die Meinungsfreiheit garantiert, auch wenn es «falsche» Meinungen und Wertungen sind, ermöglichen sie den in der Demokratie erwünschten Meinungsstreit. So schrieb Frank Heinemann am 15. Mai 1976 im *Kölner Stadt-Anzeiger*:

«Da wird unter anderem gefordert, Massenmedien müssten sich «bei der Anklage [...] einzelner Personen äußerste Zurückhaltung auferlegen». Kommentatoren dürften sich, meint das Gericht, nicht in aktuelle «Leiden-schaften und Erschütterungen» verstricken. Für schwierige Fragen, wie die Entstehung von Terrorismus, sei zudem ein Kurzkomentar «nicht der geeignete Ort». Das aber zu beurteilen ist gewiss Sache der Journalisten, nicht der Richter. Eine demokratische Publizistik lebt davon, dass Journalisten sich schnell und kurz äußern dürfen – bei aller Kürze auch leidenschaftlich. Der Denkwort für Walden könnte durchaus zu einem Freibrief für die Ausgewogenheitsapostel in Funk und Fernsehen werden. Journalismus, der die Aus- und Abgewogenheit juristischer Urteile annimmt, wird steril.»

Der Artikel endet mit dem Wunsch, dass der Bundesgerichtshof im Falle einer Revision «die verfassungsrechtlichen Grenzen der Meinungsäußerung genauer definiert und juristische Methoden nicht unbesehen auf den Journalismus überträgt».

Dennoch wurde gerade im Zusammenhang mit dem Thema Terrorismus immer wieder Heinrich Bölls Name erwähnt. Als am 5. September 1977 in Köln der Präsident der Arbeitgeberverbände, Hanns-Martin Schleyer, entführt und seine vier Begleiter ermordet wurden, zitiert Michael Wesener für *Die Zeit* am 9. September 1977 einige Schaulustige am Tatort: «Kopf ab.» «Die Polizisten sollten mal beim Böll nachsehen, die sitzen da und trinken zusammen Kaffee.» Am 7. September 1977, zwei Tage nach Schleyers Entführung, veröffentlichte das *Handelsblatt* unter dem Titel «Aus revolutionären Phrasen wurde Terror» mit dem Untertitel «Systemverachtung und Hass als geistige Wurzeln» Heinrich Bölls besondere Rolle in der Terrorismusdebatte.

«Gerade von Böll wäre nach all seinen missverständlichen Äußerungen, nach seinem heftig kritisierten 1972 geschriebenen Spiegel-Artikel «Will Ulrike Gnade oder freies Geleit?», ein klärendes Wort zum Terrorismus

überfällig. [...] Die bundesrepublikanische Gesellschaft beschrieb er als eine Gesellschaft, deren tägliches Gebet, deren Erziehungswesen um Profit, Gewinne, Umsatzsteigerung, Beförderung, Rekord gehe.»

Der Artikel endet damit, dass von den Intellektuellen nicht der Eindruck vermittelt werden sollte, «die eigentliche Gefahr für die Freiheit der Bürger gehe nicht von Terror und Gewalt, sondern von Polizei, Justiz und den zum Schutze der Verfassung berufenen Organe aus».

Nachdem am 27. September 1977 nach Eingang eines anonymen Anrufs die Polizei das Atelier und die Wohnung des Böll-Sohnes René durchsuchte, erhielt Böll einen Brief über den Bundesgerichtshof mit der offiziellen Anfrage der Anwälte Matthias Waldens:

«In dem Rechtsstreit Walden u. a./Böll wird an den Kläger hiermit die Frage gerichtet, ob er angesichts der zwischenzeitlichen Ereignisse und seiner jüngsten öffentlichen Äußerungen die Klage noch aufrechterhalten will».

(Stadt Köln 1992, S. 72)

Böll hielt die Klage aufrecht. Für ihn war das lediglich ein weiterer Versuch, ihn in einen Zusammenhang mit der Schleyer-Entführung zu bringen. So auch am 18. April 1978, dem Tag der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesgerichtshof. Da lancierte die *BILD* unter dem Titel «Schleiers Sohn: Ich musste in die Politik gehen, ich musste» die Veröffentlichung eines Gesprächs mit Staatssekretär Hanns-Eberhard Schleyer, dem Sohn des ermordeten Arbeitgeberpräsidenten. In diesem Bericht hieß es:

«Böll leugnet noch immer seine politische Verantwortung. Vieles bis zur Extremform des Terrorismus aber ist entschieden auf Meinungsbildner wie Böll zurückzuführen.»

Zwei Monate später, am 14. Juni 1978, veröffentlichte die *BILD* eine Gegendarstellung von Hanns-Eberhard Schleyer, in der er ausdrücklich erklärt, dass das Zitat falsch sei und Böll keine Verantwortung für die Erscheinungsformen des Terrorismus habe.

Bei der mündlichen Verhandlung am 18. April 1978 war Heinrich Böll mit seiner Frau im Bundesgerichtshof anwesend. Er saß während der dreistündigen Verhandlung neben seinem Rechtsanwalt und äußerte sich gegen Ende der Verhandlung. Erhard Becker vom Süddeutschen Rundfunk berichtete in der Reihe «Aus der Residenz des Rechts» am 24. April 1978:

«Böll sagte den Richtern, dass er seit dem Baader-Meinhof-Artikel vor über sechs Jahren mit seinen Angehörigen und Freunden in einem schwer

erträglichen denunziatorischen Klima lebe, fünf Hausdurchsuchungen hinter sich habe und eine Fülle von Beleidigungsklagen hätte erheben können. [...] Wiederholt wurde hervorgehoben, dass hier kein Gericht über Heinrich Böll gehalten werde. Zuweilen allerdings erschien es in der Deutung seiner Äußerungen und im Eifer der Verteidigung des Staates aber doch so.»

Doch das gefälschte Zitat von Hanns-Eberhard Schleyer in der *BILD* und der Brief von Waldens Anwälten zeigten Wirkung bei den Richtern des 6. Zivilsenats, die den Streitfall als Revisionssache zu entscheiden hatten. Am 31. Mai 1978 verkündete der Bundesgerichtshof das Urteil im Walden-Prozess in Karlsruhe und hob das Urteil des Oberlandesgerichts in Köln auf; damit wiesen sie die Klage Bölls ab. Das Recht der freien Meinungsäußerung hätte es Walden erlaubt, Böll so zu verstehen, denn aus der Sicht der Richter muss ein Zitat nicht wie im Duden definiert, eine «wörtlich angeführte Belegstelle» sein, sondern kann auch dann richtig sein, wenn es einer anderen als vom Urheber beabsichtigten, aber nach einem «objektiven Maßstab vertretbaren Bedeutung des Geäußerten folgt». Mit anderen Worten: Wenn dem Autor oder Redner nach dem «Verständnis eines Durchschnittslesers oder -hörers» der Gedankengang zuzutrauen ist, muss er sich auch das falsche Zitat gefallen lassen. Für die Richter repräsentierte Heinrich Böll den politisch engagierten, von der jungen Generation akzeptierten Schriftsteller, der die öffentliche Auseinandersetzung gesucht und durch provozierende, sogar bössartige Kritik zum Widerspruch herausgefordert hatte. Der *Spiegel* schrieb am 20. Juli 1980, dass Matthias Walden «vom Zeitgeist profitiert [hat], dem der BGH mitunter ebenso erliegt wie einst das Reichsgericht, namentlich in politisch relevanten Prozessen». Die *Welt* vom 31. Mai feierte dagegen das Urteil: «ein Triumph der Meinungsfreiheit gegen eine linke Medienclique».

Am gleichen Tag der Urteilsbegründung telegrafierte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, an Böll:

«Bitte lassen Sie sich nicht in Verbitterung hetzen, durch das, was ein Gericht Ihnen angetan hat.»

Böll bedankt sich bei Herbert Wehner für das Telegramm vom 30. Mai:

«Lieber Herbert Wehner, von Verbitterung keine Spur, ich habe nur Angst vor der Ausbreitung der Verleumdungsfreiheit, wie sie in den kulturell verödeten Springer-Blättern blüht.»

Peter Boenisch kommentierte in der *BILD* vom 5. Juni 1978: «Wehner befand, das hohe Gericht habe der heiligen Kuh deutscher Nation, Heinrich Böll, etwas «angetan». Das klingt wie ein Sexualverbrechen. Alte Herren in roten Roben schänden Katharina Blum.» Der CSU-Vorsitzende Strauß nannte Wehners Kritik an dem Urteil des BGH eine Urteilsschelte, die eine Provokation sei. Es sei

ein Skandal, wenn der Vorsitzende einer Bundestagsfraktion offen mit demjenigen sympathisiere, der den Rechtsstaat als Misthaufen bezeichnete und in der Bundesrepublik nur Reste von verfaulender Macht sehe. Willy Brandt schrieb an Böll am 12. Juni 1978:

«Wenn jenes Urteil von denen, deren Blick vornehmlich rückwärtsgerichtet ist, als Alibi dafür genommen wird, Kritik an Vorgängen in unserem Staat zu diffamieren, dann war der Tag der Urteilsverkündung ein unseliger Tag.»

Heinrich Böll legte gegen das Urteil des BGH Verfassungsbeschwerde ein mit der Begründung, dass durch das Revisionsurteil in mehrfacher Weise die in Artikel 1 des Grundgesetzes garantierte Menschenwürde und der daraus abgeleitete Persönlichkeitsschutz verletzt würde. Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hob schließlich das Urteil des Bundesgerichtshofes im Walden-Prozess am 3. Juni 1980 auf und wies es an ihn zur Neuverhandlung zurück:

«Ist das Zitat unrichtig, verfälscht oder entstellt, so greift dies in das Persönlichkeitsrecht des Kritisierten umso tiefer ein, als er hier sozusagen als Zeuge gegen sich selbst ins Feld geführt wird. Insoweit wird dem Zitierten die Entscheidung über sein eigenes Wort weitgehend genommen und durch eine mögliche Beurteilung Dritter ersetzt.»

Das im Grundgesetz verbürgte Persönlichkeitsrecht schütze den Bürger dagegen, «dass ihm Äußerungen in den Mund gelegt werden, die er nicht getan hat».

Mit dem höchstrichterlichen Votum, das die Rechtsprechung zum Widerstreit zwischen Persönlichkeitsrecht und Meinungsfreiheit präzisierende, fand der Prozess seinen vorläufigen Abschluss. Am 1. Dezember 1981 verkündete der Bundesgerichtshof sein letztes Urteil im Prozess gegen Matthias Walden und den SFB. Es folgte der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und setzt das Urteil des Oberlandesgerichts in Köln von 1975 wieder in Kraft, mit der Begründung, dass der Fernsehkommentar Waldens vom November 1974 das Persönlichkeitsrecht Bölls ungerechtfertigt verletzt habe. Matthias Walden und der SFB mussten 40.000 DM an Heinrich Böll zahlen. In der *Welt* vom 2. Dezember 1981 kommentierte Enno von Löwenstern unter dem Titel «Der Zersetzer» die Urteilsrevision des BGH:

«Der Bundesgerichtshof selber schätzte 1978 noch Bölls Äußerungen als »zuweilen böse« ein. Dass ein solcher Mann nun als Schmerzensgeld für eine nicht genaue Zitierung 40.000 Mark zugesprochen bekommt, ist eine erstaunliche Entwicklung des deutschen Rechts. [...] Immerhin, seit Waldens Kritik vom November 1974 hat Böll praktisch keine Sympathisanten-Äußerung für Terroristen mehr veröffentlicht. Das mag 40.000 Mark wert sein.»

Ein kleines Nachspiel hatte dieser Prozess dann doch: Der von René Böll gegründete Lamuv-Verlag nahm die bereits in seinem Katalog unter dem Titel «Ein Artikel und seine Folgen» angekündigte Böll-Dokumentation aus dem Programm, da Matthias Walden den Abdruck ungekürzter Artikel aus Springer-Zeitungen nicht genehmigte. Fritz J. Raddatz kommentierte diesen Vorgang am 23. Juli 1982 in der *Zeit* unter dem Titel «Böll-Maulkorb» und fasste zusammen:

«Und Matthias Walden hat nicht die Großzügigkeit, den von ihm verlorenen Prozess – 40 000 Mark Schmerzensgeld musste er dem Nobelpreisträger zahlen – dokumentieren zu lassen. Selbst Cassius Clay, der Größte, gab George Foreman die Hand, als er besiegt war. Muhamed Walden ist nicht der Größte.»

Matthias Walden antwortete am 6. August 1982:

«Böll hatte seinerzeit auf 100 000 DM Schmerzensgeld gegen mich geklagt, war vom Bundesgerichtshof abgewiesen worden und bekam dann (durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes) von derselben höchstgerichtlichen Instanz, die zunächst zu meinen Gunsten geurteilt hatte, 40 000 DM zugesprochen. Er hat den Prozess also im Sinne seines Klagebegehrens nicht gewonnen, sondern zu sechzig Prozent verloren. <F.J.R.> schrieb nun, sogar Cassius Clay habe George Foreman nach dessen Sieg die Hand gereicht. Clay sei der Größte – ich sei es nicht. Von dem Boxer Muhamed Ali unterscheidet mich aber – unter anderem! – zweierlei: Im Ring der (in diesem Falle geistigen) Auseinandersetzung gab es keinen Sieg Bölls gegen mich. Und im Gegensatz zu Cassius Clay hatte ich nie beansprucht, <der Größte> zu sein.»

Daraufhin antwortete Heinrich Böll ebenfalls in der *Zeit* am 13. August 1982:

«Die Frage, wer in dieser Sache der Sieger, wer der Verlierer ist, mag die Geister und Gemüter eine Weile als Gedankenspiel beschäftigen. [...] Im Übrigen möchte ich feststellen, dass ich nicht vorhabe, Herrn Walden die Hand zu reichen, falls ich ihm zufällig begegnen sollte. Immerhin hat er mich mit gefälschten Zitaten in Zusammenhang mit einem Mord gebracht, es ging ja nicht um Hühnerfutter. [...] Als Verlierer brauche ich ja dem Sieger ohnehin nicht die Hand zu reichen, und ich bitte hiermit den Sieger, mir seine nicht anzubieten. Ich fühle mich als Verlierer in dieser Sache ganz passabel.»

«Sie ist eine Frau, der Unrecht geschieht»

Die verlorene Ehre der Katharina Blum im Film und auf der Bühne

Wie kaum ein anderer Autor der 1970er-Jahre war Heinrich Böll mit seinen Texten und öffentlichen Interventionen in die politischen Spannungen jener Jahre involviert. Unter den populären Titeln Bölls – man denke nur an *Ansichten eines Clowns* oder an *Gruppenbild mit Dame* – zählt *Die verlorene Ehre der Katharina Blum oder: Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann* zu den wohl bekanntesten und am häufigsten rezipierten. Die Erzählung, als Pamphlet geschrieben, steht für Bölls Kontroverse, gar Abrechnung mit den Praktiken des Boulevardjournalismus der Springer-Presse, insbesondere der *BILD*-Zeitung: «Über die Gewalt von SCHLAGZEILEN ist noch zu wenig bekannt, und wohin die Gewalt von Schlagzeilen führen kann, darüber wissen wir nur wenig», schrieb Böll 1984 in einem Rückblick auf die Veröffentlichung des Textes. *Die verlorene Ehre der Katharina Blum* erörtert diese Frage im Rahmen der literarischen Fiktion, mit autobiografischen Erfahrungen im Hintergrund.

Es überrascht nicht, dass im damaligen Klima der Bundesrepublik Bölls Erzählung auf große Resonanz in den Feuilletons und in der medialen Öffentlichkeit stieß, der Text provozierte mehr Kritiken und Kommentare als alle anderen Werke des Autors und leistet bis heute einen wesentlichen literarischen Beitrag in der Terrorismusdebatte. *Katharina Blum* beleuchtet zwei wesentliche Aspekte der Auseinandersetzung mit politischer Gewalt: den Einfluss der Medien und die staatliche Überwachung.

Ein Neuer Deutscher Film

Die Verfilmung von *Katharina Blum* durch Volker Schlöndorff und Margarethe von Trotta muss im Kontext des sogenannten *Neuen Deutschen Films* der 1960er- und 1970er-Jahre betrachtet werden. Entwickelt hat sich diese Initiative aus einer Abwehrhaltung junger deutscher Filmemacher*innen gegen das restaurative Produzenten- und Ausstattungskino der Nachkriegszeit. Auf der Grundlage einer Protesthaltung und eines Selbständigkeitsdenkens entstanden Filme abseits von Klischees mit erfrischend neuen Inhalten. Punktuell greifbar wurde die Bewegung des Neuen Deutschen Films erstmals durch das «Oberhausener Manifest», das am 28. Februar 1962 von 26 Filmemacher*innen unterzeichnet und proklamiert



Volker
Schlöndorffs
Film **DIE
VERLORENE
DER EHRE
KATHARINA
BLUM**

Eine Paramount-Orion Produktion der Bioskop-Film im Verleih OC

wurde. Zu dieser locker organisierten Gruppe gehörten u. a. Alexander Kluge, Edgar Reitz und Peter Schamoni. Ein erklärter Anspruch der Beteiligten war vor allem die Befreiung von branchenüblichen Konventionen und der Manipulation durch kommerzielle Partner. Inspiriert wurde der Neue Deutsche Film vom englischen Free Cinema und besonders von der französischen Nouvelle Vague. Neue Stoffe wurden plötzlich kinofähig, wie zum Beispiel der sozialkritische Heimatfilm, Filme über Homosexuelle oder der Arbeiterfilm. Es rückten auch cineastische Umsetzungen von literarischen Stoffen und Vorlagen in den Fokus; bevorzugt waren Autoren wie Theodor Fontane, Robert Musil, Thomas Mann und Heinrich Böll. Hier wurde wegweisend dargelegt, wie man das Moment der Unterhaltung durchaus mit gesellschaftskritischen bzw. den Menschen in seiner Tiefendimension betreffenden Aspekten verbinden konnte.

Die Werke Bölls standen bei den Regisseuren und Regisseurinnen des Neuen Deutschen Films hoch im Kurs. Zu den Unterzeichnern des «Oberhausener Manifests» gehörte auch der österreichische Filmregisseur und Drehbuchautor Herbert Vesely, der sich bereits seit längerer Zeit bemühte, für die Verfilmung von Bölls Erzählung *Das Brot der frühen Jahre* einen Produzenten zu finden. Veselys Böll-Verfilmung wurde zwar mit dem Bundesfilmpreis ausgezeichnet, fiel aber bei den Filmkritikern und dem Publikum durch.



«Lieber Schlöndorff, lesen Sie das mal»

Nicht nur die Literatur, auch der Film feierte Böll als den großen Chronisten der BRD. Seine kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Konventionen der Nachkriegszeit und der Adenauer-Ära blieb ebenso wie die Gewalt in der von Terroristenfurcht aufgeheizten Bundesrepublik der 1970er-Jahre auf der Leinwand auf Jahre präsent.

Berührungspunkte zwischen Heinrich Böll, Margarethe von Trotta und Volker Schlöndorff gab es bereits vor der *Katharina Blum*-Verfilmung. In seiner Autobiographie berichtet Schlöndorff von einem viel weiter zurückreichenden Plan für eine Drehbuchfassung von Bölls Roman *Gruppenbild mit Dame*. Es blieb jedoch bei dem Vorhaben, da sich in Deutschland keine Finanzierung für den Film finden ließ. Per Einschreiben schickte Böll die Druckfahnen der *Katharina Blum* an den Regisseur: «Lieber Schlöndorff, lesen Sie das mal. Das könnte etwas für Sie sein. Machbar auch nicht so teuer wie *Gruppenbild*» (Schlöndorff 2008, S. 212).

Katharina Blum erschien dem Ehepaar von Trotta/Schlöndorff wie eine Fortsetzung von *Gruppenbild mit Dame*: «Wir waren uns sofort einig, daß das die ideale Kinogeschichte ist. Katharina Blum ist eine jüngere Schwester der Leni Pfeifer. Die eine erlebt die Kontinuität der deutschen Gesellschaft vom National-

sozialismus über die Nachkriegszeit, das Wirtschaftswunder bis zur Studentenbewegung. Die andere erfährt unsere unmittelbare Gegenwart und ihre restaurativen Tendenzen. Katharinas Verhalten ist ebenso «anachronistisch» wie Lenis, aber ihre Geschichte betrifft uns unmittelbarer», denn die Geschichte brachte die Empörung, die angesichts der Baader-Meinhof-Hysterie empfunden wurde, auf den Punkt (Schlöndorff/Trotta 1975).

«Beim Lesen des Textes hörte ich geradezu seinen [Bölls] rheinischen Tonfall, zwischen den Zeilen spürte ich einen großen Zorn, den ich als dringliche Aufforderung empfand».

(Schlöndorff 2008, S. 212)

Zwischen Böll, Schlöndorff und von Trotta entwickelte sich eine fruchtbare Zusammenarbeit am Drehbuch. Man traf sich zu ersten Gesprächen in Bölls Wohnung in der Hülchrather Straße, «Altbau, 2. Stock, gutbürgerlich eingerichtet, Abendbrot am Familientisch, Aufschnitt, Käse, Quark und Vollkornbrot, dazu Tee» (Schlöndorff 2008, S. 213). Annemarie Böll und die beiden Söhne Victor und René beteiligten sich rege am Gespräch. Nach Auskunft von René Böll war er derjenige, der das 1973 erbaute Hochhaus Uni-Center an der Luxemburger Straße in Köln als Drehort für Katharinas Eigentumswohnung vorgeschlagen hatte.

Wenige Jahre später geriet das Uni-Center erneut ins Visier. Am 13. Oktober 1977 kam es zu einem spektakulären Einsatz der GSG 9. An dem Tag der



Entführung der Lufthansa-Maschine «Landshut» folgten Ermittler den Hinweisen, dass sich RAF-Terroristen in einer Wohnung im Uni-Center aufhielten. Tatsächlich wurde die Wohnung 2601 durch Adelheid Schulz, Mitglied des RAF-Kommando Siegfried Hausner, am 10. August 1977 unter dem Namen «Barbara Marquardt» im Uni-Center angemietet, um dort die Entführung Hanns Martin Schleyers vorzubereiten.

Die Arbeit am Drehbuch wurde in Bölls Arbeitszimmer fortgesetzt. Der Arbeitsprozess verlief wie folgt: von Trotta und Schlöndorff schrieben eine erste Fassung, die dann an zwei Tagen «Szene für Szene, Satz für Satz» gemeinsam mit Böll besprochen wurde. Die überarbeiteten Fassungen, in denen die Hinweise des Autors berücksichtigt wurden, erhielt Böll erneut zur Vorlage. Hierzu lieferte er dann schriftliche Ergänzungen, einzelne Sätze oder ganze Dialogstellen. Mitunter verfasste er auch zu einer Szene mehrere Seiten, die von Schlöndorff und von Trotta dann teilweise in die Drehbuchfassung eingearbeitet wurden. Auch lieferte Böll Erläuterungen zu den Personen, die, bis auf die Protagonistin, konkrete Vorbilder hatten:

«Der eine war seinem Steuerberater nachgebildet, ein anderer einem Wirtschaftspräsidenten, der bald in die Politik gehen sollte, «Biedenkopf heißt er, ein ganz gefährlicher Mann», auch seine Putzfrau und Leute, die er nur aus dem Fernsehen kannte, haben unbewußt Modell gestanden».

(Schlöndorff 2008, S. 214)



Volker
Schlöndorffs
Film **DIE
VERLORENE
DER EHRE
KATHARINA
BLUM**



Eine Paramount Orion Produktion der Bioskop Film im Verleih OC



«Wäre Heinrich Böll nicht nach Castrop-Rauxel gekommen... »

Böll ließ sich vor Drehbeginn die Schauspieler vorstellen und interessierte sich sehr für die Besetzung, kam regelmäßig an den Drehort und sah sich am Schneidetisch Muster an.

«Wir kamen auch von uns aus immer wieder zu ihm, um zu erfahren, wie er verschiedene Personen, Situationen bei der Abfassung des Buches gesehen hatte. Das war für uns umso interessanter, als sich ja bei der Drehbucharbeit herausgestellt hatte, wie sehr konkret und klar seine Vorstellungen an der Wirklichkeit orientiert waren. Da gab es auf unserer Seite und auch bei ihm keinen falschen Stolz.»

Bölls Idee war auch die Besetzung der Hauptrolle mit Angela Winkler, die ursprünglich von Margaretha von Trotta gespielt werden sollte. Auf die Frage Schlöndorffs, wie Böll sich denn die Protagonistin des Films vorstelle, erhielt er keine klare Antwort, von der Heldin habe er kein konkretes Bild vor Augen, sie sei keine Heilige, «eher ein proletarisches Mädchen, etwas vulgär sogar, mit einer speziell kleinbürgerlichen Sensibilität, deutlich eine Lohnempfängerin, sie ist ein Dienstmädchen. Eine, die wirklich aus der Küche kommt und zur Pistole greift, wie in einem Küchenlied, um mit einer archaischen Geste ihre Ehre wieder herzustellen» (Schlöndorff 2008, S. 214f.).





Böll hatte Winkler in der Verfilmung seiner 1966 erschienen Erzählung *Ende einer Dienstfahrt* gesehen, in der die junge Schauspielerinnen eine Bardame spielte. Der Film wurde 1971 als Fernsehproduktion ausgestrahlt. Der damalige Regisseur des Films, war der Intendant des Westfälischen Landestheaters Castrop-Rauxel, Hans Dieter Schwarze, der Angela Winkler für eine kleine Rolle im Film besetzte. Winkler spielte von 1967 bis zu ihrem Wechsel an die Berliner Schaubühne 1971 am Theater in Castrop-Rauxel. Böll und Winkler lernten sich persönlich bei der Abschlussfeier des Films kennen, sie sei «die netteste Fehlbesetzung» im Film gewesen, habe er ihr gesagt: «Wäre Heinrich Böll nicht nach Castrop-Rauxel gekommen, hätte ich nie die Hauptrolle in dem Film *Die verlorene Ehre der Katharina Blum* von Volker Schlöndorff gespielt», berichtete die Schauspielerinnen in späteren Interviews (Winkler 2014 u. 2024). Als Schlöndorff ihr 1974 die Rolle anbot, habe sie sich sehr darüber gefreut:

«Ich liebe Menschen, die Kraft in sich haben. Die «Katharina Blum» ist so ein Mensch. Sie ist so, wie man immer sein will. Sie ist bescheiden, fröhlich, empfindsam [...] Eigenständig und stark. Sie ist eine Frau, der Unrecht geschieht und die sich wehrt».

(Winkler 1975)

<u>Grünzweig</u>	<u>Thallus</u>	<u>Stb</u> auf	<u>Vermischung</u>
Besatzung	Blasse:	<u>Eng</u>	Alais: 10
Blasse	Zeitung	shaped	huffing
Hühner, alle	flüchtel	ist	für Blasse
an wasser	nicht	kein	schlösser
bedeutung	ist nicht		Blut-Feld
bedeutung			Blasse
in			Colli
Handbuch			Colli
Handbuch			

- 1. Z-Titel
- 2. Nummer in Klammern
- 3. Thema, wenn kritisch
+ falls positiv
(mit Erklärung)
- 4. Thema aufgeführt
(sonst kein Thema)
- 5. Name in Zelle, alle
Namen
- 6. Hinweis: Post als
Zurück & Antwort
zusammenfassen

Blomms: zündel:
Vergnügungstempel / Pass
T. HACH
Z. ALDIS

- Interview - <u>ZERTUM:</u> Was ist ein + macht Koffee	Anker des Plasmens	Was Wofür K. angibt: das
Zweifelsfrei Eine Planung Eine andere 1973	Gefühls: K. B. selbständig verteilte	K. - Interview
Plasm. im ZERTUM B. Heli F.: Interview Koff. im Plasm. Koff.	Plasm. gelb abwärts Plasm. aus Zertum	Sage
K. aus Interview	→ Plasm. gelb aus Interview	

Für eine junge Schauspielerin, die ihre erste größere Filmrolle spielt, mag diese Aussage sicherlich zutreffend sein, im Rückblick betrachtet, veränderte sich jedoch auch bei Winkler die Sicht auf ihre damalige Rolle:

«Bei ›Katharina Blum‹ war ich nur diese scheue Frau. Die ging durch den Film durch und hat nicht nach rechts und links geschaut. Die war ganz bei sich und kämpfte für ihre Ehre. Ich glaube, ich habe in dem ganzen Film niemals gelacht. Nur einmal, am Anfang, wenn sie tanzt, lächelt sie mit dem jungen Götten unterm Faschingskonfettiregen. Die Rolle der Agnes in der ›Blechtrommel‹ war ganz anders, da war alles drin: sie war Mädchen, Tochter, Geliebte».

(Setje-Eilers 2015, S. 175)

Eine zweite tragende und für den Handlungsverlauf entscheidende Besetzung nahm im Film Mario Adorf in der Rolle des zwielichtigen Kommissars Beizmenne ein. Schlöndorff lernte ihn im Hause des Münchner Regisseurs Michael Verhoeven und seiner Frau Senta Berger kennen und fand ihn sowohl von der äußerlichen Erscheinung her als auch durch die dialektale rheinische Sprachfärbung ideal besetzt. Die Geschichte und der Plot der Erzählung haben Adorf vor allem gereizt:

«Was hier geschildert wird, kann jeden Tag in unserem Land passieren, und jeder kann darin verwickelt werden. Filme wie diese, die sich so engagiert mit Zeitproblemen auseinandersetzen, kommen sonst aus den USA, aus Frankreich oder Italien zu uns. Im deutschen Film stellt er etwas Neues dar. Übrigens auch in der Art, in der er meine Rolle, die des Kommissars Beizmenne, zeigt: das ist keine gütige Vaterfigur wie die TV-Kommissare und auch kein Technokrat. Stattdessen hat er von beiden etwas, das macht ihn fast unberechenbar und gefährlich».

(Adorf 1975)

Adorf besuchte Böll in Köln und lernte ihn näher kennen, er beschrieb ihn als bescheidenen und sehr «kölschen» Mann. *Katharina Blum* sei kein gutes Buch, äußerte sich Böll ihm gegenüber. «Das ist überhaupt kein Buch! Das ist ein Pamphlet! [...] Der Film sei besser als das Buch, weil er erfolgreicher und daher wirksamer war» (Pröse 2019, S. 73). Interessant ist in diesem Zusammenhang auch Adorfs Beschreibung von der Produktion des Filmes und die atmosphärische angespannte Stimmung am Film-Set:

«Wir bemerkten schon bei den Dreharbeiten für ›Katharina Blum‹ den Widerstand der Staatsgewalt. Das war für uns umso mehr ein Ansporn, diesen Film wirklich durchzuziehen. Beispielsweise haben wir aus Angst, dass der Film beschlagnahmt werden könnte, die Filmrollen, sobald die

aus der Kamera kamen, in Sicherheit gebracht. Einmal kamen Polizei-offiziere an den Set. Als die mich baten, mit ihnen Fotos zu machen, ahnten sie nicht, dass hinter ihren Rücken die belichteten Filmrollen hinausgeschmuggelt wurden. So war die Stimmung damals im Lande».

(Pröse 2019, S. 74)

Bereits vor den ersten Dreharbeiten führte Schlöndorff die ersten Gespräche mit dem Komponisten Hans Werner Henze, der bereits die Musik für Schlöndorffs Literaturverfilmung *Der junge Törless* (1966) nach dem Roman von Robert Musil komponiert hatte. Henze zögerte nicht lange, er fühlte sich betroffen, da er selbst Objekt von Pressekampagnen wurde, die er anlässlich seines Oratoriums *Das Floß der Medusa* (1968) über sich ergehen lassen musste.

«Ich finde diesen Schluß des Films sogar besser als den des Buches»

Die Verfilmung des Stoffes von Volker Schlöndorff und Margarethe von Trotta entwirft eine Protagonistin, die mit der literarischen Figur Gemeinsamkeiten hat, die aber auch eigene Charakterzüge entwickelt. Obwohl der Text bereits viele filmische Mittel wie Rückblenden, Einschübe aus Protokollen, Zeitungsartikel usw.



berücksichtigt, entschieden sich die Regisseure gegen die vorgegebene Anachronie in der Erzählung. Stattdessen erscheinen im Film die Ereignisse der vier Karnevalstage in der richtigen zeitlichen Reihenfolge. An den verschiedenen Drehbuchfassungen lässt sich erkennen, dass die lineare Handlungsstruktur des Films keineswegs von Anfang an geplant war. Dieses Verfahren stellt jedoch die Zuschauer in unmittelbare Nähe zur Protagonistin und macht so erfahrbarer, was es heißt, zum Medienopfer zu werden.

«Der Zuschauer macht mit Katharina Blum eine Entdeckungsreise durch unsere Wirklichkeit, und er wird mit ihr vom Beobachter zum Betroffenen – so wie es Böll selbst ergangen ist und wie es uns allen ergehen könnte».

(Schlöndorff 1975)

Im Gegensatz zur literarischen Vorlage, beginnt der Film mit Göttens Flucht, also mit der Tat, die der Auslöser für die nachfolgenden Ereignisse ist und die im Text nur am Rande erwähnt wird. Stringent ist demzufolge, dass der Film mit der Ermordung des Journalisten Tötges endet und die Beerdigungsszene den chronologischen Schluss bildet. Im Gegensatz zur literarischen Vorlage, die mit der Inhaftierung Katharina Blums schließt, entwickelt der Film dadurch eine eigene pointierte Wirkung, weil die Erschießung Tötges erst am Ende gezeigt wird. Die Wirkungsunterschiede zwischen der schriftlichen und der filmischen Gestaltung des Schusses kann man auch daran erkennen, dass in deutschen Kinos zum Teil applaudiert wurde, als Katharina die Pistole tatsächlich benutzte.

Für den Film schrieb Böll eine Grabrede des Verlegers der ZEITUNG, Dr. h. c. Lüding, in der die Tat Katharina Blums als «Angriff auf die Pressefreiheit» bezeichnet wurde:

«Und durch die Schüsse sind auch wir, die wir trauernd und entsetzt stehen, nicht nur betroffen, sondern getroffen. Wer spürt nicht die Wunde, wer spürt nicht den Schmerz, der weit übers Persönliche hinausgeht. Wer spürt nicht den Atem des Terrors und die Wildheit der Anarchie, wer spürt nicht die Gewalt, mit der hier an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gerüttelt wurde, die uns allen so kostbar ist. Hier wurde scheinbar private Motivation zum politischen Attentat, und wieder einmal gilt: Wehret den Anfängen. Seid wachsam, denn mit der Pressefreiheit steht und fällt alles: Wohlstand, sozialer Fortschritt, Demokratie, Pluralismus, Meinungsvielfalt, und wer die ZEITUNG angreift, greift uns alle an».

(KA 18, S. 755)

Aufschlussreich in diesem Zusammenhang ist eine Passage aus einem Interview zwischen Heinrich Böll und Christian Linder aus dem Jahr 1975, in dem sich Böll

über die Figur der Katharina Blum äußert, ebenso kommt er auf den Schluss des Films zu sprechen, den er besser fand als in seiner literarischen Vorlage. Im Gegensatz zur Erzählung wurde im Film vor dem Schuss ein längerer Monolog eingefügt, in dem Tötges seine journalistische Unschuld beteuert – er liefere lediglich das Material, bestimme aber nicht den Tenor der Artikel – und in dem er Katharina zu überreden versucht, ihre Geschichte, nun mit ihm zusammen, publizistisch zu vermarkten. Böll hat hierzu angemerkt, dass diese Ausgestaltung der Szene im Film gemeinsam vorgenommen wurde, weil das auslösende Moment im Buch zu schwach war (Böll 1976, S. 672).

«Ich finde diesen Schluß des Films sogar besser als den des Buches, wo Schuld und Unschuld und gerächte Ehre so scheinbar integer oder nicht integer aufeinanderprallen. Ich glaube nicht, daß jemand seine Ehre und seine Integrität durch einen Mord wiederherstellen kann. Die Katharina muß das machen. Sie. Und zwar so, wie sie versinnlicht ist. Da bestehe ich auch drauf, als Autor und Verantwortlicher».

(Böll/Linder 1975, S. 506)

Die verlorene Ehre der Katharina Blum war der erste deutsche Film, der im Rahmen des Film-Fernseh-Abkommens von 1974 produziert wurde. Mit diesem Abkommen finanzierten die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten ARD und ZDF Koproduktionen mit freien Filmproduktionsfirmen und überließen der Filmwirtschaft das Erstaufführungsrecht; im Gegenzug erhielten die Fernsehanstalten die Möglichkeit zur Erstausstrahlung der Filme. Die Sender unterstützten zwar einerseits den deutschen Film, andererseits sicherten sie sich damit auch garantierte Lizenzzahlungen. In Deutschland wurde der enge Verbund von Kino und Fernsehen seit dem Film *Die verlorene Ehre der Katharina Blum* sehr erfolgreich unter dem Begriff «amphibischer Film», gemäß dem Film- und Fernseh-Abkommen, gepflegt. Der «Neue Deutsche Film» profitierte maßgeblich von diesem Zusammenschluss.

Am 10. Oktober 1975 feierte *Die verlorene Ehre der Katharina Blum* in neun Kinos der Bundesrepublik Premiere. Im Fernsehen lief der Film erst drei Jahre nach dem Kinostart, da der WDR die Ausstrahlung immer wieder verschob, als sich die politische Situation in der Bundesrepublik weiter zuspitzte und schließlich 1977 im sogenannten «Deutschen Herbst» eskalierte.

«Auf der Bühne muss es härter werden» (Bühnen- und Filmadaptionen)

Die verlorene Ehre der Katharina Blum war nicht der einzige Film, an dem Volker Schlöndorff und Heinrich Böll zusammengearbeitet haben. Im Jahr 1978 folgte der Film *Deutschland im Herbst*, zu dem Böll die Szene *Die verschobene Antigone* beigetragen hatte, die das letzte Drittel des Films einleitet. Bei diesem Episodenfilm, der sich mit den politischen und gesellschaftlichen Spannungen in Deutschland



während der späten 1970er Jahre auseinandersetzt, handelt es sich um eine Gemeinschaftsarbeit mehrerer deutscher Regisseure des «Neuen Deutschen Films»; beteiligt waren an der Produktion u. a. Volker Schlöndorff, Alexander Kluge und Rainer Werner Fassbinder. Der Film thematisiert die Auswirkungen des Terrorismus, insbesondere durch die RAF, auf die deutsche Gesellschaft. Er zeigt verschiedene Perspektiven auf die Ereignisse dieser Zeit, einschließlich der Reaktionen der Bevölkerung, der Medienberichterstattung und der politischen Maßnahmen. Die dokumentarischen, teils szenisch erzählenden Episoden sind miteinander verwoben und reflektieren die Ängste, Unsicherheiten und Konflikte, die in der damaligen Bundesrepublik Deutschland vorherrschten. *Deutschland im Herbst* gilt als eines der bedeutendsten Filme des deutschen Autorenkinos und bietet einen tiefen Einblick in die gesellschaftlichen Umwälzungen und das politische Klima jener Zeit.

Der Episodenfilm *Krieg und Frieden* von 1983 war der dritte mit Volker Schlöndorff als Regisseur und Böll als Autor produzierte Film.

Die verlorene Ehre der Katharina Blum von Volker Schlöndorff und Margarethe von Trotta zählt bis heute zu den erfolgreichsten Bearbeitungen des Stoffes. Simon Langton verfilmte Bölls Erzählung unter dem Titel *The Lost Honor of Kathryn Beck* für das US-amerikanische Fernsehen; der Film wurde am 24. Januar 1984 vom Sender CBS ausgestrahlt. Kathryn Beck, Besitzerin eines Catering-Unternehmens in einer US-amerikanischen Kleinstadt, verbringt die Nacht mit einem Mann namens Ben Cole, der, was sie nicht weiß, ein mutmaßlicher Bankräuber und Mitglied der linksradikalen Weather Underground Organisation ist, einer Gruppe, die Ende der 1960er- bis in die 1970er-Jahre aktiv war. Nachdem Ben Cole gegangen ist, bricht die Polizei in ihr Haus ein, nimmt sie als Zeugin fest und verspottet sie. Von den Medien wird sie als Geliebte eines Terroristen bezeichnet, sie versucht ihr beschädigtes Image zu retten. Darsteller sind u. a. der Country-Sänger und Filmschauspieler Kris Kristofferson (in der Rolle des flüchtigen Terroristen Ben Cole) sowie Marlo Thomas (in der Rolle der Kathryn Beck).

Neben den Verfilmungen der *Katharina Blum*, entstanden darüber hinaus zahlreiche Bühnenadaptionen der Erzählung. Bereits 1974 wandte sich die Schriftstellerin Ingrid Bachér mit der Idee für eine Bühnenbearbeitung des Stoffes an Heinrich Böll. Auch Bachér setzte sich in ihren Werken häufig mit sozialen und politischen Themen auseinander, was ihre Rolle als engagierte Schriftstellerin unterstreicht. Gemeinsamkeiten der beiden Autor*innen ergaben sich ebenso durch die Teilnahme an den Treffen der Gruppe 47. Auslösendes Moment für Bachérs Überlegung, Passagen des Buches für ein Theaterstück zu bearbeiten, dürfte der Itzehoeer Prozess aus dem Jahr 1974 gewesen sein, der als sogenannter «Lesbenprozess» ein besonderes Ereignis der deutschen Rechtsgeschichte darstellt und weitreichende Aufmerksamkeit der Presse erregte. Die Bild-Zeitung spielte eine zentrale Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung dieses Falles, weil die Berichterstattung über den Prozess gegen Marion Ihns und Judy Anderson Teil einer intensiven Presse- und Hetzkampagne wurde. Die beiden Frauen wurden am Landgericht Itzehoe wegen Mordes verurteilt, doch die eigentliche Tat stieß

in der Öffentlichkeit auf geringes Interesse. Stattdessen wurde ihre lesbische Beziehung zum Skandal. Die Anklage und der darauffolgende Prozess lösten eine Welle der Empörung und Solidarität von verschiedenen Frauengruppen, lesbischen Gruppen und linken Organisationen aus. Der Fall wurde zu einem Symbol für den Kampf gegen Diskriminierung und für die Rechte von Homosexuellen in Deutschland.

Die *Katharina Blum* wurde im:

«Zusammenhang mit dem Itzehoer Prozess als Korrektivmöglichkeit erwähnt, und manchmal denke ich, es sollten sich 10–12 von Bild betroffene Denunzierte mal zusammentun und einen Prozess führen. [...] wenn Sie die Erzählung «einrichten», wenn Sie's versuchen wollen: ich autorisiere Sie gern und hiermit offiziell, natürlich muss ich, wenn Sie's wirklich wagen, noch meinen Verleger fragen, und: ich fürchte, es sind schon zuviele Verhör-Stücke da. Das Verhör selbst müsste im Stück noch viel gemeiner sein, ich hab das bewusst «unterbetont» – auf der Bühne muss es härter werden. Wollen Sie's versuchen?»

schrieb Böll an Bachér im September 1974.

Die von Bachér erstellte Fassung des Stücks stieß bei Böll jedoch auf wenig Begeisterung, wie aus einem Brief vom Februar 1975 hervorgeht:

«Ich kann mich mit Ihrer Theaterversion der Katharina Blum nicht so recht anfreunden, frage mich auch, ob es überhaupt möglich ist, ein Stück daraus zu machen. Mir scheint, im Stück erklärt Katharina zuviel, wird auch zu psychologisch und verfällt gelegentlich in den Jargon einer bewussten – sagen wir – Intellektuellen. Im Buch spricht sie sehr wenig, ist fast statisch, sehr lakonisch. [...] Dann kommt ein weiteres Problem – das Stück ist wahrscheinlich zu kurz – und doch sind mir die Dialoge zu lang. Es müsste wahrscheinlich strenger gebaut sein – weiter weg vom Buch [...].»

Zu einer autorisierten Bühnenbearbeitung des Stoffes kam es ein Jahr später durch Margarethe von Trotta. Im Jahr 1976 wurde an der Werkstattbühne des Bonner Stadttheaters das Theaterstück *Die verlorene Ehre der Katharina Blum* der Regisseurin uraufgeführt, bei der Heinrich Böll ebenso wie bei der Verfilmung von 1975 mitwirkte. Es folgten mehrere Aufführungen in Castrop-Rauxel und in Luzern. Im Februar 1977 ging eine Hamburger Bühne mit dem Stück auf Tournee durch die Bundesrepublik. 1990 folgte eine weitere Bearbeitung von Günther Fleckenstein am Deutschen Theater in Göttingen, danach eine von John von Düffel; sie feierte im Februar 2020 Premiere am Staatstheater Hannover. Ab 2022 gab es gleich mehrere Bearbeitungen für die Bühne, zum Beispiel in Köln, Berlin und Frankfurt. Eine ungarische Übersetzung der Erzählung von Ambrus Bor wurde

von Géza Bereményi ebenfalls für die Bühne aufbereitet und in den 1990er-Jahren in mehreren Städten Ungarns gezeigt. 1991 kam von Tilo Medek am Stadttheater Bielefeld die Opernfassung *Katharina Blum. Oper in fünf Tagen und einem Nachspiel* zur Aufführung. Das Libretto, das von Medeks Frau Dorothea erarbeitet wurde, war von Böll schon 1979 autorisiert worden.

MARIA BIRGER

Der Fortschreiber

Heinrich Böll als Autor und Citoyen

«So wenig wie ich den Unterschied zwischen der wahren und der Unterhaltungsliteratur mir je habe zu Herzen oder gar ins Gewissen gehen lassen, habe ich den Unterschied zwischen engagierter und nicht engagierter Literatur je wahr-, schon gar nicht ernst genommen.»

(KA 14, S. 193)

Als Heinrich Böll 1974 die Erzählung *Die verlorene Ehre der Katharina Blum oder: Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann* schrieb, gehörte er zu den bekanntesten Persönlichkeiten der Bundesrepublik. Er hatte 1972 als erster deutscher Schriftsteller nach dem Zweiten Weltkrieg den Literaturnobelpreis verliehen bekommen. Ende der 1970er-Jahre erreichte sein Bekanntheitsgrad den von Spitzenpolitikern. Er war als Autor des Medienzeitalters und als öffentlicher Intellektueller über 80 Prozent aller Deutschen namentlich bekannt. Mit dem hohen Bekanntheitsgrad ging und geht allerdings bis heute einher, dass immer wieder medial erzeugte Urteile über Böll aus der Mottenkiste des kollektiven Gedächtnisses gezogen werden. Dazu gehört auch die Behauptung, Böll sei bloß ein engagierter bzw. politischer Autor, der gelegentlich Romane und Erzählungen verfasste, in denen er Themen der Zeit literarisch verarbeitete, und weil er zudem Präsident des deutschen und des Internationalen PEN war, Mitbegründer von Writers in Prison, des Verbandes deutscher Schriftsteller e.V. und der Germania Judaica – Kölner Bibliothek zur Geschichte des Deutschen Judentums e.V. Tatsächlich hat Böll so die innere Demokratisierung der Bundesrepublik Deutschland bis zu seinem Tod 1985 mitgestaltet und geprägt.

Böll war Autor und Citoyen. Er ließ sich genauso wenig in Schubladen zwängen wie seine Schriftstellerkollegen Johann Wolfgang von Goethe oder Charles Dickens, um nur zwei Beispiele zu nennen. Goethe war in Weimar als Politiker tätig und leitete zeitweise die Kriegskommission, war Direktor des Wege- und Bergbaus, Leiter der Finanzverwaltung und vieles mehr. Dickens arbeitete lange als Gerichtsreporter. Dank seiner Reportagen wurden die Bedingungen in den Armenhäusern im England des 19. Jahrhunderts verbessert.

Böll selbst lehnte die Einteilung der Literatur in engagierte und nicht engagierte ab und definierte stattdessen den Begriff der «Fortschreibung» für sein Schaffen:

«Es gibt für mich da einen Prozeß, den ich nenne: Fortschreibung. Ich habe jetzt einen Roman geschrieben, und dann schreibe ich einen Artikel, schreibe eine Buchbesprechung, einen Essay. Ich sehe das als permanente Fortschreibung. Das nächste ist dann wieder ein Roman oder eine Erzählung. Missverständnisse entstehen – und die sind also nicht dem Publikum anzulasten –, wenn man diese Reihenfolge nicht kennt».

(KA 19 S. 452)

Fortschreibung im Sinne Bölls bedeutet, dass sowohl Themen als auch die literarischen Formen weiterentwickelt werden und die literarischen und nicht-literarischen Äußerungen sich inhaltlich oder formal aufeinander beziehen. Literatur und Zeitgeschichte stehen also in einer komplexen Wechselwirkung zueinander:

«Dichtung ist nicht gleich Unwahrheit. Legende sowenig gleich Lüge wie Mythos Dichtung ist [...] [und] kein Gegensatz zu Geschichtswissenschaft, beide können einander ergänzen, indem sie sich von weit entfernten Standpunkten dem gleichen Gegenstand nähern».

(KA 18, S. 192–198)

Die Phantasie – ein zentraler Begriff in Bölls Poetik – ermöglicht es, dass aus historischen Fakten literarische Wirklichkeiten geschaffen werden können. An einer solchen Schnittstelle ist die Erzählung *Die verlorenen Ehre der Katharina Blum* angesiedelt.

In der Fortschreibung werden Übergänge zwischen dem Autor und dem Citoyen fließend, der Ausdruck jedoch bleibt stets poetisch. Das Prinzip der Fortschreibung erlaubt es, unterschiedliche Textgattungen und -sorten heranzuziehen, um zentralen Themen der Fortschreibung im Werk Heinrich Bölls nachzugehen: der «Suche nach einer bewohnbaren Sprache in einem bewohnbaren Land», der Bedeutung von Freiheit und Widerstand gegen Gewalt und Unterdrückung, Desinformation und die Vernichtung von Heimat und Nachbarschaft.

«Ich habe die Sprache verloren in den öden Tälern»

In Heinrich Bölls Nachlassbibliothek findet sich eine Ausgabe des Buches über die Sprache des Dritten Reiches, der *Lingua Tertii Imperii*, des Philologen und Chronisten Victor Klemperer, der in seiner Untersuchung Folgendes feststellte:

«[...] der Nazismus glitt in Fleisch und Blut der Menge über durch die Einzelworte, die Redewendungen, die Satzformen, die er ihr in millionenfacher Wiederholung aufzwang und die mechanisch und unbewusst übernommen wurden. [...] Worte können sein wie winzige Arsendosen:

sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da».

(Klemperer 2007, S. 26/27)

Dieses Zitat beschreibt präzise die Verbindung von sprachlicher und physischer Gewalt im Nationalsozialismus, die für Heinrich Böll und seine Zeitgenossen Teil der Alltagserfahrung war. Wie mörderisch der Antagonismus zwischen den sogenannten «heroischen Herrenmenschen» und den «Untermenschen» werden konnte, hatte Böll als junger Mann während der NS-Zeit und des Zweiten Weltkrieges erlebt. Böll war fünfzehn, als die Nationalsozialisten an die Macht kamen und einundzwanzig als der Zweite Weltkrieg begann. Er war von der Sprache jener Zeit umgeben, die unaufhörlich durch alle Massenmedien – von der Litfaßsäule bis zum Rundfunk – erschien und durchsetzt war von Begriffen und Metaphern etwa aus dem Bereich der Tierwelt (Parasiten etc.) und der Technik (wie etwa Gleichschaltung). Die Sprache legitimierte und perpetuierte eine rassistisch-sozialdarwinistische Denkweise und war gleich einem offenen Messer gegen die physische und psychische Integrität von Juden, slawischen Völkern, gegen Sinti und Roma, psychisch kranken Menschen, Sozialdemokraten, Homosexuellen und vielen anderen gerichtet. Böll entzog sich bereits als Jugendlicher den nationalsozialistischen Organisationen, und seine widerwillige Kriegsteilnahme – er wurde bereits am 4. September 1939 eingezogen – ist in Briefen an seine Familie sowie seine spätere Frau Annemarie dokumentiert. Er hasste den Krieg und die damit verbundene Art der gewaltvollen Sprache. Er verachtete den dort propagierten, gewaltverherrlichenden Heroismus, der die Alltagssprache der Menschen kontaminierte. Beinahe in jedem Brief klingt die Abscheu vor der Trostlosigkeit und Gewalt des Krieges, dem mörderischen Patriotismus. So lesen sich bereits die Kriegsbriefe als radikaler Gegensatz zur Sprache des Dritten Reichs; hier einige Beispiele:

«[...] ich habe die Sprache verloren in den öden Tälern, wo der moderne Pöbel alles ausradiert hat, was an den lebendigen Geist des Menschen erinnern könnte [...]».

(Köln, 19. November 1940, Heinrich Böll an Annemarie Cech)

«Ich weiß natürlich, im Grunde genommen kann mich niemand demütigen, kann mir niemand meine Menschenwürde rauben [...]. Man kann keine Begebenheit wahrheitsgemäß – völlig wahrheitsgemäß – wiedergeben; man müsste schon die Atmosphäre, in der sich das abgespielt hat, eingefangen haben und alle besonderen Umstände erläutern [...]».

(Bielefeld, 13. Januar 1941, Heinrich Böll an Annemarie Cech)

«[...] diese wahnsinnige Brüllerei [...] aufwachen von einem grellen Pfiff, der von einem wilden Gebrüll begleitet ist, von einem Gebrüll, das die ganze Schuld am Kriege abzuwälzen scheint auf die armen Schweine, die da in ihren Betten liegen; und der ganze Tag erfüllt von Gebrüll und Gepfeife [...]».

(Köln, 17.3.1942, Heinrich Böll an Annemarie Böll)

Die Folgen aus dem Verlust einer eigenen Sprache bzw. aus der Unmöglichkeit, eine eigene zu entwickeln, als Resultat der Nazizeit, des Krieges, der Gewalt, der Stupidität und der Trostlosigkeit skizzierte Heinrich Böll hellseherisch 1959 in einem kurzen autobiografischen Text mit dem Titel «Über mich selbst»:

«Schreiben wollte ich schon immer, versuchte es schon früh, fand aber die Worte erst später».

(KA 12, S. 33)

«Es scheint weder vertraute Sprache noch vertrautes Gelände zu geben»

Ab den 1950er-Jahren formulierte Böll sein Unbehagen an der gedankenlosen Verwendung des nationalsozialistischen Vokabulars und dem Wunsch vieler Zeitgenossen, die jüngste Vergangenheit zu verdrängen. Über Sprache, die das Bewusstsein der Menschen zum Ausdruck brachte und zugleich formte, äußerte er sich mehrmals in programmatischen Essays. Zu den ersten bedeutenden Texten zählte der am 23. Juli 1952 im Wartesaal des Kölner Hauptbahnhofs beim Kölner «Mittwochsgespräch» vorgetragene Text «Bekenntnis zur Trümmerliteratur»:

«Die ersten schriftstellerischen Versuche unserer Generation nach 1945 hat man als Trümmerliteratur bezeichnet, man hat sie damit abzutun versucht. [...] Die Bezeichnungen als solche sind berechtigt: es war Krieg gewesen, sechs Jahre lang, wir kehrten heim aus diesem Krieg, wir fanden Trümmer und schrieben darüber. Merkwürdig, fast verdächtig war nur der vorwurfsvolle, fast gekränkte Ton, mit dem man sich dieser Bezeichnung bediente: man schien uns zwar nicht verantwortlich zu machen dafür, daß Krieg gewesen, daß alles in Trümmern lag, nur nahm man uns offenbar übel, daß wir es gesehen hatten und sahen, aber wir hatten keine Binde vor den Augen und sahen es: ein gutes Auge gehört zum Handwerkszeug des Schriftstellers».

(KA 6, S. 58 ff.)



Böll widersetzte sich jener Tendenz, die sich in den Heimatfilmen und der Literatur der frühen Bundesrepublik bemerkbar machte: der Wunsch nach einer heilen Welt und dem Vergessen der zwölfjährigen Geschichte des tausendjährigen Reiches. Wie wichtig dieser Widerstand war, lassen Umfragen des Allensbacher Instituts für Meinungsforschung erahnen. So findet man folgende durchaus interessante Umfrageergebnisse: In den 1950er-Jahren galt Hitler für fast 50 Prozent der Befragten («wenn der Krieg nicht gewesen wäre») als einer der «größten deutschen Staatsmänner». Fast 50 Prozent der Befragten lehnten es 1956 gleichzeitig ab, eine Schule nach einem Widerstandskämpfer zu benennen (Allensbach Institut 1956–1957, S. 277 und S. 145). Wie sich die Entnazifizierung und die Demokratie im jungen deutschen Staat zu entwickeln hatte, wurde durch die Adenauer-Regierung mit der Westbindung und der Remilitarisierung vorgegeben. Wie viele seiner Generation glaubte Böll nicht an den Mythos der «Stunde Null». Das Erbe der verbalen und physischen Gewalt wog schwer und war in vielen Fällen unmittelbar sichtbar: Die Städte und das nachbarschaftliche Miteinander lagen in Trümmern. Sie waren Teil der Wirklichkeit der Nachkriegsgesellschaft. Einer Wirklichkeit, so Böll, die das (politische) Tagesgeschehen prägte und die der präzisen Sprache und der literarischen Reflexionsräume bedurfte:

«Die Zeitgenossen in die Idylle zu entführen, würde uns allzu grausam erscheinen, das Erwachen daraus wäre schrecklich, oder sollen wir wirklich Blindenkuh miteinander spielen? [...] Es ist unsere Aufgabe, daran zu erinnern, daß der Mensch nicht nur existiert, um verwaltet zu werden – und daß die Zerstörungen in unserer Welt nicht nur äußerer Art sind und nicht so geringfügiger Natur, daß man sich anmaßen kann, sie in wenigen Jahren zu heilen».

(KA 6, S. 59/62)

Entnazifizierung war für Heinrich Böll keine leere Formel und kein wissenschaftliches Projekt. Entnazifizierung bedeutet für ihn, den Blick auf die Einzelschicksale zu richten und diese in ihrer Komplexität sichtbar zu machen:

«Nehmen wir an, das Auge des Schriftstellers sieht in einen Keller hinein: dort steht ein Mann an einem Tisch, der Teig knetet, ein Mann mit mehlbestäubtem Gesicht: der Bäcker. Er sieht ihn dort stehen, wie Homer ihn gesehen hat, wie er Balzacs und Dickens Augen nicht entgangen ist – den Mann, der unser Brot backt, so alt wie die Welt, und seine Zukunft reicht bis ans Ende der Welt. Aber dieser Mann dort unten im Keller raucht Zigaretten, er geht ins Kino, sein Sohn ist in Rußland gefallen, dreitausend Kilometer weit liegt er begraben am Rande eines Dorfes; aber das Grab ist eingeebnet, kein Kreuz steht darauf, Traktoren ersetzen den Pflug, der diese Erde sonst gepflügt hat. Das alles gehört zu dem bleichen und sehr stillen Mann dort unten im Keller, der unser Brot backt – dieser Schmerz gehört zu ihm, wie auch manche Freude dazugehört».

(KA 6, S. 60)

Diese Themen hat Böll fortgeschrieben und im Jahre 1964 anlässlich der renommierten Stiftungsgastdozentur für Poetik an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main weiter vertieft. Heinrich Böll wählte den Titel «Zur Ästhetik des Humanen in der Literatur» und stellte damals fest:

«Es scheint weder vertraute Sprache noch vertrautes Gelände zu geben, nicht einmal Vertrautheit mit der Gesellschaft, nicht mit der Welt, schon gar nicht mit der Umwelt. [...] Es laufen zu viele Mörder frei und frech in diesem Land umher, viele, denen man nie einen Mord wird nachweisen können».

(KA 14, S. 139/144)

Zeitgleich fand der erste Frankfurter Auschwitzprozess (1963–1965) statt, bei dem die Dimensionen des Holocaust langsam sichtbar wurden und Bölls Aussagen bestätigten. Umso wichtiger war es, dass Heinrich Böll in seinen Texten die gesellschaftlichen Folgen der Ideologie des Nationalsozialismus offenlegte: zerstörte

Nachbarschaften als Sinnbild der zerstörten zwischenmenschlichen Beziehungen, Heimat- und Sprachlosigkeit als Ergebnis der durch Gewaltideologie verseuchten Sprache des Nationalsozialismus. Seinen ästhetischen, in die Zukunft gerichteten gesellschaftlichen Entwurf formulierte Böll als eine Suche nach einer «bewohnbaren Sprache in einem bewohnbaren Land» (KA 14, S.159), in der das Wort Befehl keinen Platz haben sollte. Böll lehnte es ab; er nannte es «ein Wort, das vor Gericht gehört» (KA 14, S. 159). Es stand für ihn im Zusammenhang der Erfahrung extremer sprachlicher und physischer Gewalt in der staatlichen Hierarchie des Nationalsozialismus, in der eine die Menschenwürde verachtende Ideologie befohlen und Befehlsverweigerung mit dem Tode bestraft wurde.

«Über die Gewalt von SCHLAGZEILEN ist noch zu wenig bekannt»

Heinrich Böll hatte erlebt, dass der Grad zwischen der physischen und der psychischen Gewalt in der Diktatur sehr schmal sein kann. Es gab in der Nazi-Zeit nichts, das Entrechtete vor der physischen Auslöschung schützte. Ausgehend von dieser Erfahrung beobachtete und begleitete er nicht nur den Prozess der Entnazifizierung; er richtete seinen scharfen Blick auch auf die sprachliche Entwicklung der politischen Kultur der Bundesrepublik. Er setzte sich kritisch auseinander mit den Allmachtsansprüchen des Kapitalismus, mit Gewalten, die auf Banken liegen, mit der Kongruenz von Kirche und Staat und mit der sogenannten «freien Presse»:

«Über die Gewalt von SCHLAGZEILEN ist noch zu wenig bekannt, und wohin die Gewalt von Schlagzeilen führen kann, darüber wissen wir nur wenig. Es wäre eine Aufgabe der Kriminologie, das einmal zu erforschen: was Zeitungen anrichten können, in all ihrer bestialischen ›Unschuld‹».

(KA 18, S. 738)

Bereits seit 1972 hatte sein Sekretär Frank Grützbach in Boulevard-Zeitungen zu verschiedenen Themen Artikel für Heinrich Böll gesammelt. Die Presselandschaft war im Vergleich zum heutigen Angebot und den heutigen Möglichkeiten von Social Media übersichtlicher, doch die Diffamierungskampagnen hatten auch damals eine große Reichweite. Heinrich Böll wurde mehrfach zur Zielscheibe von Fake News, Hate Speech und Diffamierungen (siehe den Beitrag von Markus Schäfer). Böll beobachtete diese Tendenz mit wachsender Sorge, da Artikel 5 des Grundgesetzes über die Meinungsfreiheit zwar einen Rahmen schuf, der theoretisch vor Verleumdungen schützte, doch die Praxis teilweise anders aussah:

«Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ist wahrscheinlich die bestmögliche Verfassung, die ein Staat sich im 20. Jahrhundert geben konnte. Abschnitt 1 des Artikels 1 dieses Grundgesetzes [...] lautet: ›Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist

Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.» Konfrontiert man diesen Artikel mit dem in der Springer-Presse üblichen Berichterstattungsstil, so muß man sich fragen, wo die staatliche Gewalt bleibt».

(KA 18, S.140)

Es gab in den 1970er-Jahren eine Reihe von Mobbingfällen durch die Blätter der Springer-Presse wie *BILD* und *BZ*. Unbescholtene Menschen wurden diffamiert, bis man nach einer Weile das Interesse an ihnen verlor. Heinrich Bölls Kollege, der investigative Journalist Günter Wallraff, arbeitete mehrere Monate 1977 undercover bei der Lokalredaktion der *BILD*-Zeitung in Hannover. Die Methoden bezeichnete er als «Vernichtungsmaschinerie» und «Menschenjagd» (Wallraff/Thieme 2019).

In der politisch aufgeladenen Atmosphäre der 1970er-Jahre entstand Bölls Erzählung *Die verlorene Ehre der Katharina Blum*, die sich, wie bereits erwähnt, an der Schnittstelle befindet, in der Zeitgeschichte in Literatur übergeht: in der ein von der Polizei Gesuchter eine Nacht mit der Protagonistin verbringt, die fortan in einem Komplott von Staats- und Mediengewalt ihrer Ehre beraubt wird. Katharina Blums Leben und das der ihr nahestehenden Personen gerät innerhalb von fünf Tagen aus den Fugen. So einfach der Plot, so verschlungen die Struktur, die nicht chronologisch verläuft und mehrfach von Rückblenden durchbrochen wird. Gelenkt wird die Erzählung von einem allwissenden Erzähler, der objektiv zu sein scheint:

«Für den folgenden Bericht gibt es einige Neben- und drei Hauptquellen [...]. Wenn der Bericht – da hier so viel von Quellen geredet wird – hin und wieder als «fließend» empfunden wird, so wird dafür um Verzeihung gebeten: es war unvermeidlich. Angesichts von «Quellen» und «Fließen» kann man nicht von Komposition sprechen, so sollte man vielleicht statt dessen den Begriff der Zusammenführung (als Fremdwort dafür wird Konduktion vorgeschlagen) einführen, und dieser Begriff sollte jedem einleuchten, der je als Kind (oder gar Erwachsener) in, an und mit Pfützen gespielt hat, die er anzapfte, durch Kanäle miteinander verband, leerte, ablenkte, umlenkte, bis er schließlich das gesamte, ihm zur Verfügung stehende Pfützenwasserpotential in einem Sammelkanal zusammenführte, um es auf ein niedrigeres Niveau ab-, möglicherweise gar ordnungsgemäß oder ordentlich, regelrecht in eine behördlicherseits erstellte Abflußrinne oder in einen Kanal zu lenken. Es wird also nichts weiter vorgenommen als eine Art Dränage oder Trockenlegung. Ein ausgesprochener Ordnungsvorgang».

(KA 18, S. 322)

Die Germanistin Corinna Schlicht zieht in ihrem Aufsatz «Hate Speech und Antifeminismus. «Die verlorene Ehre der Katharina Blum» revisited» Judiths Butlers Untersuchungen heran, um die gegen Katharina Blum gerichtete Hate Speech zu

analysieren. Im Prinzip geht es darum, dass durch die sprachlichen Bezeichnungen einer Person ihre Position innerhalb der Gesellschaft festgelegt wird. In der Erzählung ist es Katharina Blum, die nach den Kategorien als schuldig geschiedene Ex-Frau, als Nonne oder Nutte eingeordnet wird. Damit wird Katharina von der sie umgebenden patriarchalen Gesellschaft auf ihr Geschlecht und ihr Sexualverhalten reduziert.

Die Spirale der Gewalt beginnt während der Polizeirazzia bei Katharina Blum: «Hat er dich denn gefickt?» (KA 18, S. 331). Diese vulgäre und unverschämte Frage schleuderte der ermittelnde Kommissar Beizmenne bereits beim ersten Kontakt während der Razzia der jungen Frau entgegen. Beim Verhör geht es in ähnlicher Manier weiter: Katharinas Aussagen werden nicht dem Wortlaut entsprechend ins Protokoll aufgenommen. Katharina beschreibt Situationen aus ihrem Arbeitsalltag, in denen männliche Gäste ihrer Arbeitgeber «zudringlich» wurden. Im Protokoll wird hingegen aufgenommen, die Herrschaften seien «zärtlich» geworden. Katharina wehrt sich beharrlich gegen die Verdrehung ihrer Worte und führt an, auch ihr Mann stets «zudringlich» gewesen wäre, was sie letztlich dazu veranlasst hätte, sich von ihm zu trennen.

Die nächste Windung in der Spirale sprachlicher Gewalt erfährt Katharina Blum durch die Berichterstattung der ZEITUNG:

«Katharina auf der Titelseite. Riesenfoto, Riesenlettern. RÄUBERLIEBCHEN KATHARINA BLUM VERWEIGERT AUSSAGE ÜBER HERRENBESUCHE [...]. Die Polizei vermutet, daß die Blum schon seit längerer Zeit in die Verschwörung verwickelt ist. Der Pfarrer [...]: «Der traue ich alles zu.» [...] War ihre Wohnung ein Konspirationszentrum, ein Bandentreff, ein Waffenumschlagsplatz? Wie kam die erst siebenundzwanzigjährige Hausangestellte an eine Eigentumswohnung im Werte von schätzungsweise 110 000 Mark? War sie an der Beute aus den Bankrauben beteiligt? Polizei ermittelt weiter. Staatsanwaltschaft arbeitet auf Hochtouren. Morgen mehr. DIE ZEITUNG BLEIBT WIE IMMER AM BALL! Sämtliche Hintergrundinformationen in der morgigen Wochenendausgabe».

(KA 18, S. 343)

Damit wird ihre Kategorisierung durch die ZEITUNG als «Räuberliebchen» und später auch als «Nüttchen» und «Mörderbraut» gesellschaftlich festgeschrieben. Katharina werden Affären unterstellt, und sie wird als kriminell und gefährlich gebrandmarkt. Heinrich Böll greift in den Artikeln der ZEITUNG Elemente der Sprache der *Bild*-Zeitung auf: rhetorische Fragen, Personen werden mit Begriffen mit negativen Konnotationen belegt, Sympathie oder Ablehnung durch Adjektive gelenkt. Zudem werden Aussagen von Autoritätspersonen (Pfarrer, Anwalt) herangezogen, die teils richtig und teils falsch wiedergegeben sind, sodass eine toxische Verflechtung von Wahrheit und Lüge entsteht. Die Folgen sind soziale Isolation und die Androhung grober Gewalt:

«Warum machst du keinen Gebrauch von meinem Zärtlichkeitskatalog? Muß ich dich zu deinem Glück zwingen? Dein Nachbar, den du so schnöde abgewiesen hast. Ich warne dich».

(KA 18, S. 374)

Die herabsetzende Berichterstattung der ZEITUNG spricht einerseits Katharina Blum die Würde ab und stellt andererseits das bestehende Rechtssystem infrage:

«Die ZEITUNG erhebt zum wiederholten Male die Frage: Sind unsere Vernehmungsmethoden nicht doch zu milde? Soll man gegen Unmenschen menschlich bleiben müssen?»

Hier greift die ZEITUNG auf die Sprache und die Denkmuster des Nationalsozialismus zurück. Menschen werden beliebig kriminalisiert, ihnen werden die Würde und der Anspruch auf ein sie schützendes Recht abgesprochen.

Die tägliche Berichterstattung der ZEITUNG lässt durch die geschickte Nutzung biografischer Eckdaten, Freizeitaktivitäten und der Entstellung der Aussagen der ihr nahestehenden Menschen und ihrer Arbeitgeber ein mediales Bild Katharinas entstehen, das nicht das Geringste mit ihrer Person zu tun hat. Die Darstellung Katharinas durch die ZEITUNG entfaltet eine Macht, die das Leben in der Nachbarschaft und in ihrer Wohnung unmöglich macht. Der Staat als Schutzmacht ihrer Persönlichkeitsrechte scheint für Katharina abwesend zu sein:

«In diesem Augenblick erst zog Katharina die beiden Ausgaben der ZEITUNG aus der Tasche und fragte, ob der Staat – so drückte sie es aus – nichts tun könne, um sie gegen diesen Schmutz zu schützen und ihre verlorene Ehre wiederherzustellen. Sie wisse inzwischen sehr wohl, daß ihre Vernehmung durchaus gerechtfertigt sei, wenn ihr auch dieses ›bis-ins-letzte-Lebensdetail-gehen‹ nicht einleuchte, aber es sei ihr unbegreiflich, wie Einzelheiten aus der Vernehmung [...] hätten zur Kenntnis der ZEITUNG gelangen können, und alle diese erlogenen und erschwindelten Aussagen».

(KA 18, S. 361)

In der Erzählung gibt es darauf keine explizite Antwort. Katharina Blum hat eine Reihe von Freunden und Verbündeten, die ihr beistehen. Aber sie sind nicht in der Lage, das von ihr entstandene Bild wieder aus der Öffentlichkeit zu entfernen und den großen privaten Schaden zu reparieren. Katharinas Wohnung ist unbewohnbar geworden, die nachbarschaftlichen Beziehungen sind zerstört. Ihre Mutter, zu der sich der Journalist der ZEITUNG Zugang verschafft hatte, ist im Krankenhaus gestorben. Und so sucht Katharina Blum die Duellsituation, damit sie ihrem Peiniger in die Augen blicken kann. Auch ohne Waffe erscheint er mit einem Anliegen

in der Wohnung, das er mit Gewalt durchsetzen möchte. Wie so oft kommt es vor dem Duell noch zu letzten Verhandlungen und erst dann zum ersten Schuss:

«[...] und da stand er vor mir, und ich war erschrocken. Nun, ich sah sofort, welch ein Schwein er war, ein richtiges Schwein. Und dazu hübsch. Was man so hübsch nennt. Nun, Sie haben ja die Fotos gesehen. Er sagte ›Na, Blümchen, was machen wir zwei denn jetzt?‹ Ich sagte kein Wort, wich ins Wohnzimmer zurück, und er kam mir nach und sagte: ›Was guckst du mich denn so entgeistert an, mein Blümelein – ich schlage vor, daß wir jetzt erst einmal bumsen.‹ Nun, inzwischen war ich bei meiner Handtasche, und er ging mir an die Kledage, und ich dachte: ›Bumsen, meinewegen‹, und ich hab die Pistole rausgenommen und sofort auf ihn geschossen. Zweimal, dreimal, viermal. Ich weiß nicht mehr genau. Wie oft, das können Sie ja in dem Polizeibericht nachlesen. Ja, nun müssen Sie nicht glauben, daß es was Neues für mich war, daß ein Mann mir an die Kledage wollte – wenn Sie von Ihrem vierzehnten Lebensjahr an, und schon früher, in Haushalten arbeiten, sind sie was gewohnt. Aber dieser Kerl – und dann ›Bumsen‹, und ich dachte: Gut, jetzt bumst's».

(KA 18, S. 416)

Fortschreibung(en)

Die Idee der Fortschreibung ermöglicht es, Bölls Erzählung *Die verlorene Ehre der Katharina Blum* als Teil seiner literarischen Reflexion über die Suche nach «einer bewohnbaren Sprache in einem bewohnbaren» Land zu lesen. Böll suchte bereits als junger Autor in den Kriegsbriefen nach Möglichkeiten, die Atmosphäre, in der die Menschenwürde zunichte gemacht wird, sprachlich sichtbar zu machen. Eine wahrhaftige Beschreibung, so Böll, sei erst dann möglich. So ungemein wichtig ein verfassungsrechtlicher Rahmen für eine Demokratie ist, so hält Böll sie erst dann für dauerhaft sicher, wenn das menschliche Miteinander durch eine bewohnbare Sprache möglich wird. Wird die Atmosphäre von Vertrauen und Freiheit durch sprachliche Gewalt zerstört, kann physische Gewalt als letzter Ausweg nicht mehr ausgeschlossen werden – einen Ausweg, den Böll stets radikal ablehnte.

Für Böll ist kein Wort neutral, und die Sprache ist keine reine Aneinanderreihung von Worten. Sie kann Realitäten schaffen. In der kritischen Auseinandersetzung mit dem Sprachgebrauch werden Worte von Aneignungen zum Beispiel durch Ideologien oder patriarchale Sprachgewohnheiten befreit. In Bölls künstlerischer Sprachbearbeitung wird Atmosphäre und Haltung sprachlich greif- und erkennbar. Im Essay «Die Sprache als Hort der Freiheit» formulierte Böll es 1959 bereits so:

«Das Wort, dem gewissenlosen Demagogen ausgeliefert, dem puren Taktiker, dem Opportunisten, es kann zur Todesursache für Millionen werden, die meinungsbildenden Maschinen können es ausspucken wie ein Maschinen-gewehr seine Geschosse: vierhundert, sechshundert, achthundert in der Minute; eine beliebig zu klassifizierende Gruppe von Mitbürgern kann durch Worte dem Verderben ausgeliefert werden. [...] Worte können töten, und es ist einzig und allein eine Gewissensfrage, ob man die Sprache in Bereiche entgleiten lässt, wo sie mörderisch wird».

(KA 10, S.537f.)

Darin, in dem Hinweis auf diese Gewissensfrage, liegt angesichts der heutigen Herausforderungen in unserer Gesellschaft die Inspirationskraft von Heinrich Bölls Werk.

LITERATUR

- ADORE, Mario (1975): Die verlorene Ehre der Katharina Blum, Presseheft, München
- ALBRECHT, Ulrich (1980): Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, Köln
- ALLENSBACH INSTITUT (1957–1957): Jahrbuch der öffentlichen Meinung, hrsg. von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, Allensbach: Verlag für Demoskopie, S. 145, 277
- BADSTÜBNER, Rolf; Thomas, Siegfried (1975): Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955, Köln
- BALZER, Bernd (1997): Das literarische Werk Heinrich Bölls. Einführung und Kommentare, München
- BAUSS, Gerhard (1977): Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, Köln
- BEHREND, Manfred (1995): Franz Josef Strauß. Eine politische Biographie, Köln
- BELLMANN, Werner; Hummel, Christine (1999): Erläuterungen und Dokumente zu Heinrich Böll: Die verlorene Ehre der Katharina Blum, Stuttgart
- BETH, Hanno (Hrsg.) (1975): Heinrich Böll. Eine Einführung in das Gesamtwerk in Einzelinterpretationen, Regensburg (darin: Rufmord und Mord: die publizistische Dimension der Gewalt, S. 69–95)
- BÖLL, Heinrich (1976): Die Verfilmung der «Katharina Blum». Gespräch mit Victor Böll am 22.10.1976. In: Werke, Interviews 1: 1961–1978, hrsg. von Bernd Balzer, Köln, S. 666–674
- BÖLL, Heinrich (2001–2010): Werke, Kölner Ausgabe (KA), 27 Bände, hrsg. von Árpád Bernáth, Hans Joachim Bernhard, Robert C. Conard, Frank Finlay, James H. Reid, Ralf Schnell und Jochen Schubert, Köln
- BÖLL, Heinrich (1978) : Werkausgabe (WA), 10 Bände, hrsg. von Bernd Balzer, Köln
- BÖLL, Heinrich (2003): Briefe aus dem Krieg, 1939–1945, zwei Bände, herausgegeben und kommentiert von Jochen Schubert, mit einem Vorwort von Annemarie Böll und James H. Reid, Köln
- BÖLL, Heinrich; Linder, Christian (1975): Drei Tage im März. In: KA, Bd. 24, S. 461–547, Köln
- FREI, Norbert (1968): Jugendrevolte und globaler Protest, München
- FREI, Norbert (1997): Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München
- FRIEDRICH, Jörg (2007): Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik. Berlin
- FÜLBERTH, Georg (Hrsg.) (1982): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Quellen und Dokumenten, Köln
- GILCHER-HOLTEY, Ingrid (2005): Die 68er-Bewegung, Deutschland, Westeuropa, USA, München
- GRÜTZBACH, Frank (Hrsg.) (1972): Heinrich Böll: Freies Geleit für Ulrike Meinhof. Ein Artikel und seine Folgen. Zusammengestellt von Frank Grützbach. Mit Beiträgen von Helmut Gollwitzer, Hans G. Helms, Otto Köhler, Köln
- HERLYN, Heinrich (1979): Heinrich Böll und Herbert Marcuse – Literatur als Utopie, Lampertheim
- JANSEN, Bernd; Klönne, Arno (Hrsg.) (1968): Imperium Springer. Macht und Manipulation, Köln
- JÜRGENSEN, M. (Hrsg.) (1975): Böll, Bern (darin: Durzak, Manfred: Enthaltung oder Reduktion des Erzählers? Vom «Verf.» des Gruppenbildes zum Berichterstatte der Katharina Blum, S. 31–54)
- JUNG, Dae Sung (2026): Der Kampf gegen das Presse-Imperium. Die Anti-Springer-Kampagne der 68er-Bewegung, Bielefeld
- KICHERER, Friedhelm (1981): Heinrich Böll. Die verlorene Ehre der Katharina Blum oder Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann. Analysen und Interpretationen mit didaktischen-methodischen Hinweisen zur Unterrichtsgestaltung, Hollfeld/Ofr.
- KLEMPERER, Viktor (2007): LTI. Notizbuch eines Philologen, Ditzingen

- KRAUSHAAR, Wolfgang (Hrsg.) (1996): Die Protest-Chronik 1949–1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie (4 Bände), Hamburg
- LANGE, Nils (2021): Matthias Walden: Ein Leben für die Freiheit, Stuttgart
- MANIG, Bert-Oliver (2004): Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik, Göttingen
- PETERSEN, Annette (1980): Die Rezeption von Bölls «Katharina Blum» in den Massenmedien der Bundesrepublik Deutschland, München
- PRÖSE, Tim (2019): Mario Adorf. Zugabe! Köln
- RIDDER, Helmut et al. (1967): Notstand der Demokratie. Referate, Diskussionsbeiträge und Materialien vom Kongress am 30. Oktober 1966 in Frankfurt am Main, Frankfurt a.M.
- RUPP, Hans Karl (1980): Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren, Köln
- SCHILDT, Axel; Sywottek, Arnold (1998): Modernisierung im Wiederaufbau: Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn
- SCHLOTMANN, Karsten (2008): Recht und Gerechtigkeit im Werk Heinrich Bölls, Baden-Baden
- SCHLÖNDORFF, Volker (2008): Licht, Schatten und Bewegung: Mein Leben und meine Filme, München
- SCHLÖNDORFF, Volker (1975): Ein Kinotraum von Menschlichkeit. Ein Gespräch, Frankfurter Rundschau, 7.2.1975, Frankfurt
- SCHLÖNDORFF, Volker; von Trotta, Margarethe (1975): Die verlorene Ehre der Katharina Blum, Presseheft, München
- SCHNELL, Ralf (2017): Heinrich Böll und die Deutschen, Köln
- SCHUBERT, Jochen (2011): Heinrich Böll, Paderborn
- SCHUBERT, Jochen (2017): Heinrich Böll, Biographie, Stuttgart
- SETJE-EILERS, Margaret (2025): Hinter den Kulissen. Theaterfrauen des BE erzählen, Berlin
- SOWINSKI, Bernhard (1994): Die verlorene Ehre der Katharina Blum. Oldenbourg Interpretationen, Bd. 67, München
- STADT KÖLN (Hrsg.) (1992): Zwei Ausstellungen. Böll und sein Verlag Kiepenheuer & Witsch. Der Deutsche Herbst. Heinrich Böll und die Terrorismus-Diskussion der 70er Jahre. Köln
- SPERNOL, Boris (2008): Notstand der Demokratie: Der Protest gegen die Notstandsgesetze und die Frage der NS-Vergangenheit, Essen
- WAGENBACH, Klaus (Hrsg.) (1979): Vaterland, Muttersprache, Berlin
- WALLRAFF, Günter; Thieme, Matthias (2019): «Bild noch immer Vernichtungsmaschine», Günter Wallraff im Interview mit Matthias Thieme, www.fr.de/politik/bild-noch-immer-vernichtungsmaschine-11589047.html
- WINKLER, Angela (1975): Die verlorene Ehre der Katharina Blum, Presseheft, München
- WINKLER, Angela (2014): Erlebte Geschichten, WDR 5, 7.12.2014, Köln
- WINKLER, Angela (2024): Interview zu ihrem 80. Geburtstag, NDR Kultur, 23.1.2024, Hamburg

BILDNACHWEISE

- Cover-Motiv: Bildmontage – C. Mawrodiew (basierend auf einem Foto © Imago/Zuma/Keystone und einem Buchcover von 1974, gemeinfrei – wikimedia)
- S. 20/21: © picture alliance/dpa (Heinrich Böll auf einer Kundgebung gegen die Notstandsgesetze, Bonner Hofgarten, 11. Mai 1968)
- S. 24: © Edition Staeck (Aktion für mehr Demokratie im Jahr 1967)
- S. 34/35: Foto: René Böll/© Erbgemeinschaft Böll (Faksimiles einer Vorfassung der Erzählung «Die verlorene Ehre der Katharina Blum»)
- S. 38: Böll-Archiv (Cover des Spiegel mit der Ankündigung der Katharina-Blum-Erzählung und dem Abo-Aufkleber Bölls)
- S. 43: © Edition Staeck (politisch-ironisches Plakat von Klaus Staeck mit der ersten Auflage der Katharina-Blum-Erzählung)
- S. 56: © DFF – Deutsches Filminstitut & Filmmuseum, Frankfurt am Main, Sammlung Volker Schlöndorff (Werbeplakat für Schlöndorffs Film)
- S. 57: © DFF – Deutsches Filminstitut & Filmmuseum, Frankfurt am Main, Sammlung Volker Schlöndorff (Szenenfoto aus Schlöndorffs Film)
- S. 58: © DFF – Deutsches Filminstitut & Filmmuseum, Frankfurt am Main, Sammlung Volker Schlöndorff (Szenenfoto aus Schlöndorffs Film)
- S. 59: © DFF – Deutsches Filminstitut & Filmmuseum, Frankfurt am Main, Sammlung Volker Schlöndorff (Werbeplakat für Schlöndorffs Film)
- S. 60: © R.G. Otto/DFF – Deutsches Filminstitut & Filmmuseum, Frankfurt am Main, Sammlung Volker Schlöndorff (Heinrich Böll und Volker Schlöndorff am Film-Set)
- S. 61: © R.G. Otto/DFF – Deutsches Filminstitut & Filmmuseum, Frankfurt am Main, Sammlung Volker Schlöndorff (Heinrich Böll, Margarethe von Trotta, Volker Schlöndorff u. a. am Film-Set)
- S. 62/63: © Uwe Dettmer/DFF – Deutsches Filminstitut & Filmmuseum, Frankfurt am Main, Sammlung Volker Schlöndorff (Drehplan des Films)
- S. 65: © R.G. Otto/DFF – Deutsches Filminstitut & Filmmuseum, Frankfurt am Main, Sammlung Volker Schlöndorff (Heinrich Böll am Film-Set mit einem Exemplar der im Film genutzten ZEITUNG)
- S. 68: © DFF – Deutsches Filminstitut & Filmmuseum, Frankfurt am Main, Sammlung Volker Schlöndorff (Szenenfoto mit Angela Winkler als Katharina Blum)
- S. 77: Foto: René Böll/© Erbgemeinschaft Böll (Heinrich Bölls Schreibtisch in Langenbroich, an dem er die Erzählung «Die verlorene Ehre der Katharina Blum» geschrieben hat)

«Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann» Über 50 Jahre Katharina Blum

Keine Erzählung des Literaturnobelpreisträgers Heinrich Böll hat mehr Popularität erlangt als *Die verlorene Ehre der Katharina Blum*. Millionenfach verkauft, hallt die Geschichte der jungen Haushälterin nach, die durch eine Liebesaffäre in die Mühlen der Ermittlungsbehörden und der öffentlichen Meinung gerät.

Viel wurde über das Buch gesagt: es sei ein Terroristenroman, eine Abrechnung. Böll selbst ging es in der Geschichte vor allem aber um die Ursprünge von Gewalt, um Hass und Hetze, die selber schon Gewalt antun und ein friedliches Zusammenleben erschweren.

Dieser Sammelband mit drei Essays beschreibt detailliert und spannend die Vor- und Nachgeschichte von Bölls Erzählung und beweist die bleibende Aktualität seines Werks.

ISBN 978-86928-272-5